



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie *leben!*



Strukturdatenband

zum Dritten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum
01.01.2017 – 31.12.2017 der Wissenschaftlichen
Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften
für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!
Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und
Menschenfeindlichkeit“

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, Dezember 2017

Autor/innen ISS e.V.

Irina Bohn
Julia Däumling
Julia Hallmann
Jan Saßmannshausen

Inhalt

1	Überblick	1
2	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie	2
3	Steuerungsgremien und -prozesse	4
3.1	Koordinierungs- und Fachstellen	4
3.2	Begleitausschüsse	7
4	Finanzielle Ausstattung	15
5	Ausgangslage vor Ort	18
6	Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie	24
6.1	Arbeitsschwerpunkte	24
6.2	Zielgruppen	29
6.3	Integrierte Handlungsstrategie	31
6.4	Projekte	31
7	Demokratiekonferenzen	33
8	Jugendpartizipation	36
9	Unterstützungsbedarfe, Weiterbildung und Coaching	43
10	Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion	48
11	Klima der Bedrohung in den Förderregionen	51
12	Anhang	67
12.1	Literatur	67
12.2	Tabellen	67
	Abbildungsverzeichnis	196
	Tabellenverzeichnis	199

1 Überblick

Die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen werden im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings einmal im Jahr in einer standardisierten Online-Erhebung zur inhaltlichen und strukturellen Umsetzung ihrer Partnerschaft für Demokratie befragt. Es handelt sich hierbei um eine Vollerhebung, d.h. es werden Daten zu sämtlichen Förderstandorten erfasst. Die gewonnenen Daten ermöglichen es somit, verlässliche Aussagen zum Stand der Umsetzung für sämtliche Partnerschaften für Demokratie zu treffen. Derzeit werden 265 Partnerschaften im Rahmen des Bundesprogramms gefördert. Da zum Zeitpunkt der Erhebung im Juli und August dieses Jahres noch nicht alle Partnerschaften ihre Arbeit aufgenommen hatten, wurden insgesamt 264 Partnerschaften befragt. Die Ergebnisse der Erhebung wurden mithilfe der Programme SPSS und Excel uni- und bivariat ausgewertet und in Abbildungs- und Tabellenform aufbereitet.¹

Der vorliegende Strukturdatenband präsentiert die Erkenntnisse der diesjährigen Monitoring-Befragung. Er vermittelt einen Überblick über die strukturellen Voraussetzungen der Partnerschaften, über wichtige Kennzahlen, wie das Budget, über die zentralen Steuerungsgremien und -prozesse sowie über die inhaltliche Arbeit. Weitere Schwerpunkte sind außerdem die Jugendpartizipation sowie etwaige Bedrohungslagen in den Förderregionen. Dem Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres wird besondere Beachtung geschenkt. Auch wird, dort, wo dies relevant ist, zwischen den bereits im Vorjahr befragten Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens und den neu hinzugekommenen Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens differenziert.²

Der Strukturdatenband enthält einen umfangreichen Anhang, in dem sämtliche Daten in Tabellenform nachzulesen sind. Der vorliegende Band dient somit als Datengrundlage und zum Verständnis vor allem auch der analytischen Kapitel im Hauptteil des dritten Zwischenberichts. Dort werden einzelne Themenbereiche des Monitorings ausführlich behandelt und, zum Teil mit ergänzenden qualitativen Daten, erörtert. Dies betrifft die Kapitel *Lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie* und das Kapitel *Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie*, in dem ausgewählte Entwicklungen in der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie präsentiert und eingeordnet werden.

1 Zum methodischen Vorgehen siehe Zwischenbericht S. 15ff.

2 Im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren kann die Förderung als Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ beantragt werden.

2 Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie

Von den in der Monitoring-Erhebung im Vorjahr befragten 218 Partnerschaften ist ein Standort ausgeschieden. Im Rahmen des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens erweiterte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Zahl der Partnerschaften für Demokratie um 47 neue Förderregionen. In der diesjährigen Erhebung wurden somit insgesamt 264 Partnerschaften für Demokratie befragt. Im Dezember 2017 gibt es bundesweit insgesamt 265 Partnerschaften für Demokratie.

Die neu hinzugekommenen Partnerschaften für Demokratie sind häufiger in den alten Bundesländern angesiedelt als Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren.

59 % (156) aller Partnerschaften sind in den alten Bundesländern angesiedelt, 35 % (93) in den neuen Bundesländern und 6 % (15) in Berlin. Mit Blick auf die Förderdauer zeigt sich, dass, im Vergleich zu den 217 Partnerschaften, die bereits seit dem ersten oder zweiten Interessenbekundungsverfahren gefördert werden, jene des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens häufiger in den alten Bundesländern angesiedelt sind (75 %, 35 im Vgl. zu 56 %, 121). 23 % (11) der neuen Förderstandorte befinden sich in den neuen Bundesländern und 2 % (1) in Berlin.³

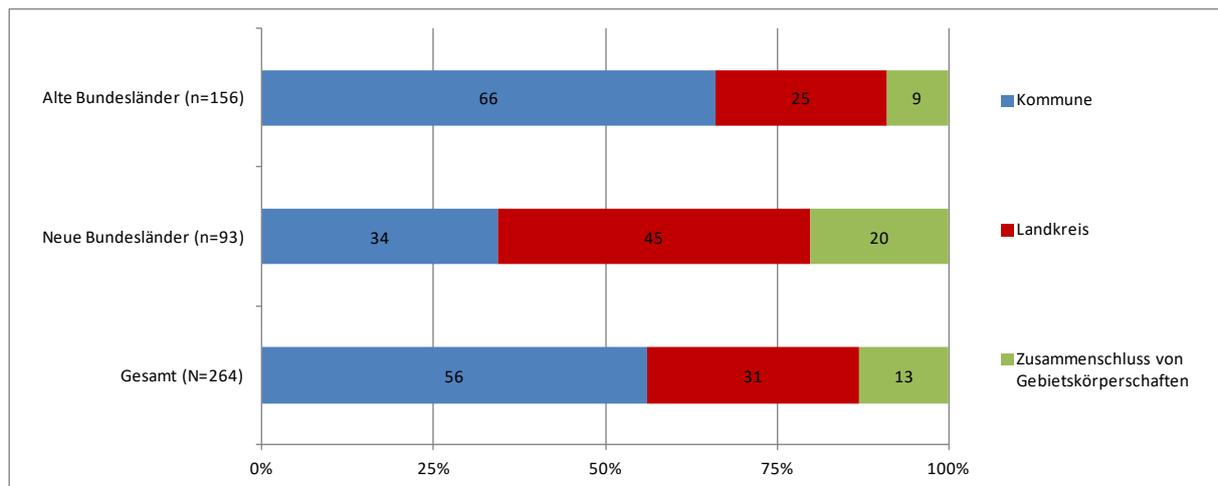
Die Mehrheit der Partnerschaften (56 %, 148) ist in Kommunen angesiedelt, weitere 31 % (81) in Landkreisen und 13 % (35) in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften. Aus früheren Erhebungen ist bekannt, dass in den neuen Bundesländern häufiger Partnerschaften in Landkreisen, in den alten Bundesländern hingegen in Kommunen gefördert werden.⁴ Diese Verteilung trägt sich auch mit den jüngeren Interessenbekundungsverfahren fort. So sind die Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens weniger oft in Landkreisen angesiedelt als Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens (17 %, 8 im Vgl. zu 34 %, 73). 66 % (31) der bewilligten Förderstandorte sind Kommunen und 17 % (8) Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften.⁵ Abbildung 1 ist zu entnehmen, welchen Verwaltungsformen die Partnerschaften je nach regionaler Verortung zuzuordnen sind.

3 Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

4 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 179, Tabelle 7.

5 Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

Abbildung 1: Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

6 Vgl. Tabelle 3 im Anhang

3 Steuerungs-gremien und -prozesse

Das federführende Amt, die Koordinierungs- und Fachstelle sowie der Begleitausschuss bilden gemeinsam mit dem Jugendforum gemäß den Leitlinien des Bundesprogramms den strukturellen Rahmen einer Partnerschaft für Demokratie. Während das federführende Amt vor allem in der Initiierungsphase als Antragsteller/in auftritt und die Berufung bzw. Bereitstellung der Koordinierungs- und Fachstelle und des Begleitausschusses verantwortet, bilden die Koordinierungs- und Fachstelle und der Begleitausschuss die zentralen Strukturelemente zur Umsetzung der Partnerschaft. Der Begleitausschuss als Kernnetzwerk legt die inhaltlich-strategische Ausrichtung fest. Er ist auch für die Auswahl der Projekte zuständig, mit denen die Handlungsstrategie in die Praxis übersetzt wird. In ihm kommen Akteur/innen aus Zivilgesellschaft und Kommune zusammen, die somit eine zentrale inhaltliche Steuerungsfunktion innerhalb der Partnerschaft übernehmen.

Die Koordinierungs- und Fachstelle hingegen ist für die operative Umsetzung verantwortlich. Sie betreut die Projekte und ist zentrale fachliche sowie prozessverantwortliche Ansprechpartnerin. Sie repräsentiert die Partnerschaft vor Ort und soll als Teil der lokalen Infrastruktur zur Demokratieförderung verankert sein. Sie übernimmt zudem die Öffentlichkeitsarbeit und bereitet die Sitzungen des Begleitausschusses vor. Der Koordinierungs- und Fachstelle kommt eine zwischen den Steuerungsgremien, Einzelprojekten sowie zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteursgruppen vernetzende Position zu. Sie ist gemäß den Leitlinien des Bundesprogramms bei einem freien Träger anzusiedeln.

3.1 Koordinierungs- und Fachstellen

Nach wie vor ist die Mehrheit (89 %, 235) der Koordinierungs- und Fachstellen bei einem externen Träger angesiedelt. In 10 % (27) der Fälle haben Partnerschaften von der Sonderregelung Gebrauch gemacht, die es erlaubt, die Koordinierungs- und Fachstelle an kommunale Verwaltungsstrukturen anzubinden. Zwei (1 %) Partnerschaften realisierten eine Sonderform, bei der die fachliche Verantwortung für die Koordinierungs- und Fachstelle zwischen einem freien Träger und dem federführendem Amt aufgeteilt wird.⁷ Nur fünf (17 %) der 29 Partnerschaften ohne externe Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle planen, diese noch bei einem freien Träger anzusiedeln.⁸ Demnach ist die verwaltungsinterne Anbindung der Koordinierungs- und Fachstellen nicht nur eine vorübergehende Lösung.

Die Träger der Koordinierungs- und Fachstellen sind zwar nicht mehrheitlich, jedoch schwerpunktmäßig in der Kinder- und Jugendhilfe verankert.

Die Wahl des Trägers bzw. die Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle ist ob ihres breiten Aufgabenspektrums von weitreichender Bedeutung. Hier zeigt sich wie schon in den Vorjahren auch in der diesjährigen Erhebung eine Konzentration der externen Koordinierungs-

⁷ Hierbei weisen Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens in etwa die gleiche Verteilung auf. Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

⁸ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

und Fachstellen auf Jugendhilfeträger. 40 % (93) der Träger sind im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Im Vergleich zum Jahr 2016 (32 %) ⁹ stieg der Anteil der Träger im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe leicht an. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt der Träger ist zudem die Bildungsarbeit. So geben 26 % (61) der Befragten an, dass die Koordinierungs- und Fachstelle bei einem entsprechenden Träger angesiedelt ist. 24 % (56) verorten ihre Koordinierungs- und Fachstelle bei einem Träger der sozialen Arbeit. ¹⁰ Bei den Trägern der externen Koordinierungs- und Fachstellen handelt es sich bei mehr als der Hälfte der Fälle um einen Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband (52 %, 123). Weitere 20 % (46) der externen Träger sind Vereine mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband. ¹¹ Ist die Koordinierungs- und Fachstelle innerhalb der Verwaltungsstrukturen verortet, so ist sie in etwa der Hälfte aller Fälle (48 %, 13) an Fachreferate im Jugendamt angebunden. ¹²

Es lässt sich somit feststellen, dass die strukturelle Anbindung der Koordinierungs- und Fachstellen sowohl bei externer als auch bei interner Ansiedlung einen deutlichen Bezug zur Jugendhilfe aufweist, auch wenn sie dort nicht mehrheitlich angesiedelt sind. Bei der Betrachtung der Rechtsform des Trägers zeigt sich zudem, dass auch kleine Vereine ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband eingebunden und die Koordinierungs- und Fachstellen nicht primär in großen Verbänden angesiedelt sind.

In den Koordinierungs- und Fachstellen stehen durchschnittlich 1,8 Mitarbeiter/innen mit einem Stellenvolumen von 81,6 % eines Vollzeitäquivalents zur Verfügung.

Die Koordinierungs- und Fachstellen sind mit durchschnittlich 1,8 Mitarbeiter/innen und einem Stellenvolumen von 81,6 % eines Vollzeitäquivalents (VZÄ) ausgestattet. ¹³ Dies entspricht in etwa den Werten des Vorjahres. ¹⁴ Bei Unterscheidung nach interner und externer Ansiedlung zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede. Bei Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle bei einem freien Träger ist diese mit durchschnittlich 1,7 Personen besetzt, die über ein Stellenvolumen von 78,4 % eines VZÄ verfügen. Im federführenden Amt stehen in Standorten, in denen eine externe Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet wurde, zusätzlich durchschnittlich 1,5 Personen mit durchschnittlich 52,3 % eines VZÄ zur Verfügung. ¹⁵

In den Partnerschaften, die ihre Koordinierungs- und Fachstelle beim federführenden Amt angesiedelt haben, arbeiten hier im Durchschnitt 2,2 Personen mit einem Stellenumfang von 102,1 % eines VZÄ. Die beiden Partnerschaften mit geteilter Koordinierungs- und Fachstelle

9 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 181, Tabelle 13.

10 Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

11 Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

12 Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

13 Der Durchschnittswert bezieht sich ausschließlich auf die personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen. Mitarbeiter/innen im federführenden Amt wurden demnach nur dann in die Berechnungen einbezogen, wenn keine externe Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet worden ist. In einem Fall war zum Erhebungszeitpunkt die Koordinierungs- und Fachstelle nicht besetzt. Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

14 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 182, Tabelle 16.

15 Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

haben mit durchschnittlich 3,5 Personen mit einem Stellenanteil von 125 % eines VZÄ die höchste personelle Ausstattung.¹⁶

Über die Ansiedlung bei einem internen oder externen Träger hinaus variiert die personelle Ausstattung mit der regionalen Verortung der Partnerschaften für Demokratie. Während in den alten und in den neuen Bundesländern etwa gleich viele Personen zur Verfügung stehen (1,8 in den alten und 1,7 in den neuen Bundesländern), ist das Stellenvolumen in den neuen Bundesländern höher. Hier beträgt es im Durchschnitt 89,5 % eines VZÄ, während dies in den alten Bundesländern 75,5 % eines VZÄ sind. Dies ist ein aus dem Vorjahr bekannter Befund,¹⁷ der auch auf die umfangreichere Ausstattung mit Drittmitteln aus Landesmitteln in den Partnerschaften in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist (siehe Abschnitt „finanzielle Ausstattung“).¹⁸

Abbildung 2: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	n	Anzahl der Personen (Mittelwert)	Prozent eines VZÄ (Mittelwert)
Alte Bundesländer	149	1,8	75,5
Neue Bundesländer	91	1,7	89,5
Berlin	15	1,9	95,1
Gesamt	255	1,8	81,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=255). Bei neun Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

Koordinator/innen in Landkreisen schätzen ihr Stellenvolumen seltener als ausreichend ein als ihre Kolleg/innen in Kommunen.

Insgesamt bewertet etwa die Hälfte (51 %, 120) der befragten Koordinator/innen das Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle als ausreichend. Die Einschätzung fällt je nach Verwaltungseinheit der Partnerschaft unterschiedlich aus. Während 54 % (72) der befragten Koordinator/innen in kommunalen Partnerschaften ihr Stellenvolumen als ausreichend erachtet, sind dies in Landkreisen nur 43 % (30). In Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften fällt die Bewertung mit 58 % (18) hingegen am positivsten aus.¹⁹

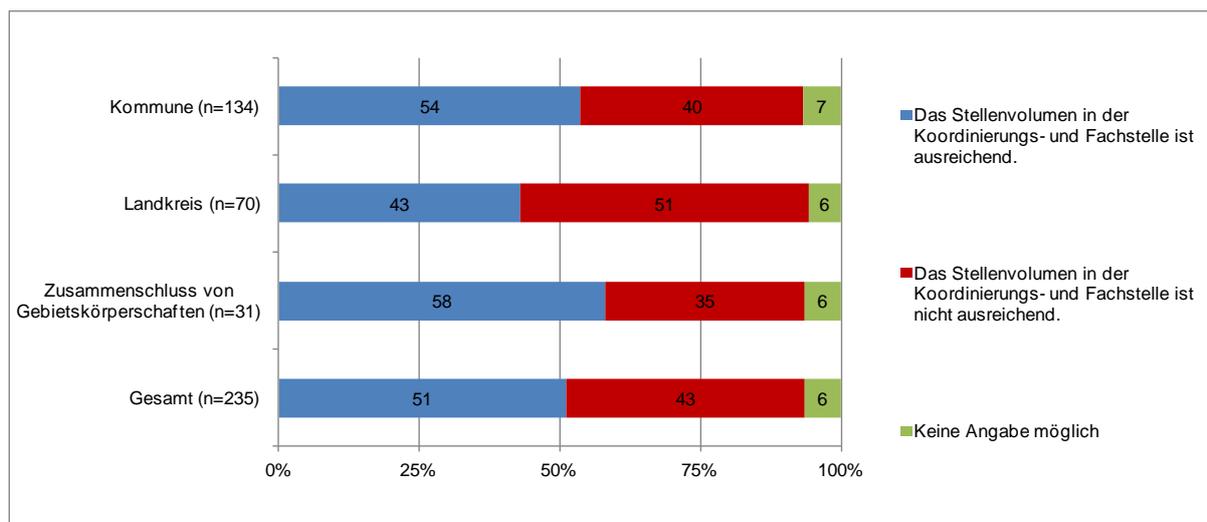
¹⁶ Vgl. Tabellen 11 und 12 im Anhang. Hier ist auf die eingeschränkte Vergleichbarkeit der Angaben hinzuweisen. In den zwei Sonderfällen wurden sämtliche Stellenanteile bzw. Personen in die Berechnungen aufgenommen, da eine Differenzierung auf Grund der Zahlenbasis nicht möglich war.

¹⁷ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 32, Abbildung 5.

¹⁸ Die Differenz zwischen der Anzahl der Mitarbeiter/innen ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Dies liegt vor allem an dem nun höheren Wert in den neuen Bundesländern (im Jahr 2016 standen durchschnittlich 1,5 Mitarbeiter/innen zur Verfügung).

¹⁹ Dies ist vor allem auf die den neu hinzugekommen Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens zurückzuführen. Drei Viertel aller befragten Koordinator/innen des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften beurteilen das Stellenvolumen als ausreichend, während es von den Koordi-

Abbildung 3: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle bei freien Trägern²⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235).

Etwa jede dritte Partnerschaft für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren wird seit fünf oder mehr Jahren durch ihre/n dienstälteste/n Koordinator/in begleitet.

Im vergangenen Jahr wurde etwa jede dritte Partnerschaft (31 %) seit mindestens fünf Jahren durch ihre/n dienstälteste/n Koordinator/in der Koordinierungs- und Fachstelle begleitet.²¹ In diesem Jahr beträgt der Anteil 26 % (68), er beinhaltet aber natürlich auch die neu hinzugekommenen Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens. Da 30 % (66) aller befragten Koordinator/innen der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren angeben, dass die Partnerschaft seit fünf oder mehr Jahren durch den/die dienstälteste/n Koordinator/in begleitet wird, finden sich hier keine Hinweise auf eine erhöhte Personalfluktu-
ation.²²

3.2 Begleitausschüsse

Zum Zeitpunkt der Befragung hatten 238 der 264 Partnerschaften (90 %) ihren Begleitausschuss konstituiert. Unter den 26 Partnerschaften, die (noch) keinen Begleitausschuss eingerichtet haben, erhielten 24 Partnerschaften ihren positiven Förderbescheid im Rahmen des dritten oder vierten Interessenbekundungsverfahrens.²³ Zwei Partnerschaften aus dem ersten

nantor/innen der Partnerschaften des ersten oder zweiten Interessenbekundungsverfahrens in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften lediglich 52 % (12) sind. Bei den Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren wird wie im Vorjahr das Stellenvolumen in Kommunen am positivsten beurteilt. Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

²⁰ Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

²¹ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 185, Tabelle 26.

²² Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

²³ Somit haben 49 % (23) der Partnerschaften aus dem dritten oder vierten Interessenbekundungsverfahren ihren Begleitausschuss bereits konstituiert. Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

Interessenbekundungsverfahren wählen ein Steuerungsmodell mit flexibler Mitgliederstruktur.²⁴

In den Begleitausschüssen engagieren sich 4.405 Personen. Zivilgesellschaftliche Akteur/innen sind hier in der Mehrzahl.

In den 238 Begleitausschüssen engagieren sich insgesamt 4.405 Personen. Durchschnittlich ist ein Begleitausschuss also mit 18,5 Mitgliedern besetzt, die Mitgliedszahlen liegen zwischen 8 und 84 Personen.²⁵ Die Programmleitlinien sehen vor, dass die Begleitausschüsse der Partnerschaften mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft zu besetzen sind. Dem entsprechen die konstituierten Begleitausschüsse, indem zivilgesellschaftliche Akteur/innen 55 % (2.410) aller Mitglieder in den Begleitausschüssen ausmachen.²⁶

In neun von zehn Begleitausschüssen sind ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen vertreten.

Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen stellen 24 % (1.038) aller Mitglieder in den Begleitausschüssen.²⁷ Sie sind in 92 % (218) aller Begleitausschüsse vertreten.²⁸ Im Jahr 2016 war dieser Wert mit 93 % nahezu identisch.²⁹ Der Anteil der professionellen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen beträgt 31 % (1.372), jener der staatlichen und politischen Akteur/innen 34 % (1.490).³⁰ Diese Verteilung entspricht ebenfalls in etwa jener aus dem Jahr 2016.³¹

24 Durch diese Form wollen die Partnerschaften eine stärker inhaltlich fokussierte Auseinandersetzung erreichen. Die Zusammenarbeit geschieht weniger formalisiert und durch die Niedrigschwelligkeit der Austauschrunden sollen neue Akteur/innen gewonnen werden.

25 Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

26 Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

27 Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

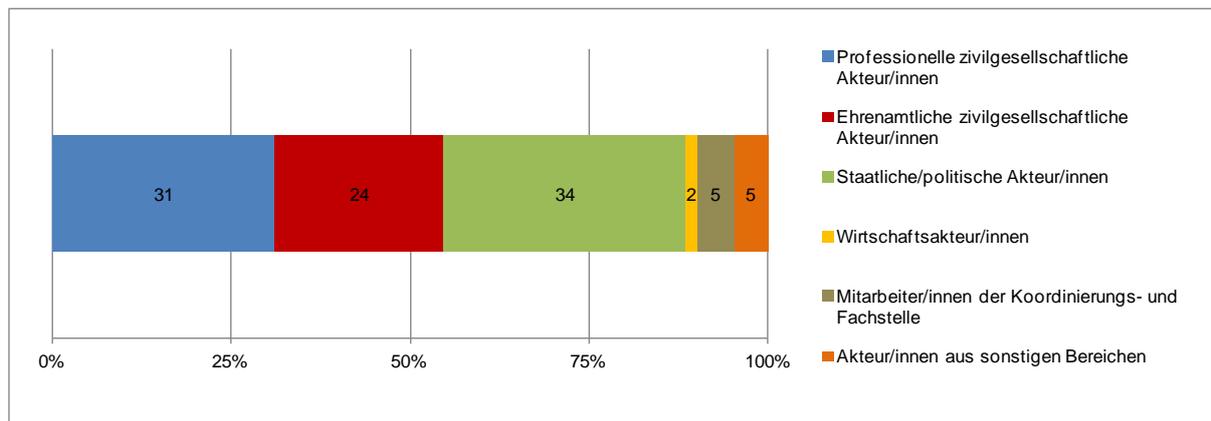
28 Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

29 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 190, Tabelle 43.

30 Vgl. Tabelle 16 im Anhang.. Die Anteile der verschiedenen Akteursgruppen an der Gesamtanzahl der Mitglieder im Begleitausschuss unterscheidet sich kaum zwischen Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens. Vgl. Tabellen 17 und 18 im Anhang.

31 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 38.

Abbildung 4: Anteile der verschiedenen Akteursgruppen an allen Mitgliedern in den Begleitausschüssen³²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Die weiterführende Betrachtung der verschiedenen Akteursgruppen zeigt, dass sich unter den ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen vor allem Vertreter/innen der Jugendforen finden. Sie stellen mit 298 von 1.038 Personen (29 %) innerhalb dieser Akteursgruppe den größten Personenkreis dar. Sie sind in 72 % (172) der Begleitausschüsse vertreten.³³

Weitere personenstarke Gruppen unter den ehrenamtlichen Akteur/innen sind Bürgerbündnisse und Initiativen sowie Bürger/innen im Allgemeinen, die jeweils auch in 53 % (126) bzw. 42 % (100) aller Begleitausschüsse vertreten sind.³⁴ Unter den professionellen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen finden sich hauptsächlich Vertreter/innen von Vereinen oder Organisationen mit ähnlichen Rechtsformen mit finanzierter Struktur (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe) und Vertreter/innen konfessioneller Strukturen, die in 86 % (205) bzw. 59 % (141) aller Begleitausschüsse vertreten sind.³⁵ Bei den staatlichen/politischen Akteur/innen handelt es sich hauptsächlich um Vertreter/innen aus der Verwaltung. Auch Vertreter/innen von Schulen (50 %, 118), der Polizei (39 %, 93) und Parlamentsangehörige (37 %, 89) sowie Bürgermeister/innen (36 %, 85) sind präsent.³⁶

Eine Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen in die Begleitausschüsse gelingt zunehmend besser.

Die Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen gestaltet sich ähnlich wie im Vorjahr. So sind jene Organisationen nach den Angaben der Koordinator/innen in 42 % (101) aller Ausschüsse vertreten (siehe folgende Abbildung). Im Jahr 2016 lag der Anteil bei 37 %.³⁷

³² Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

³³ Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

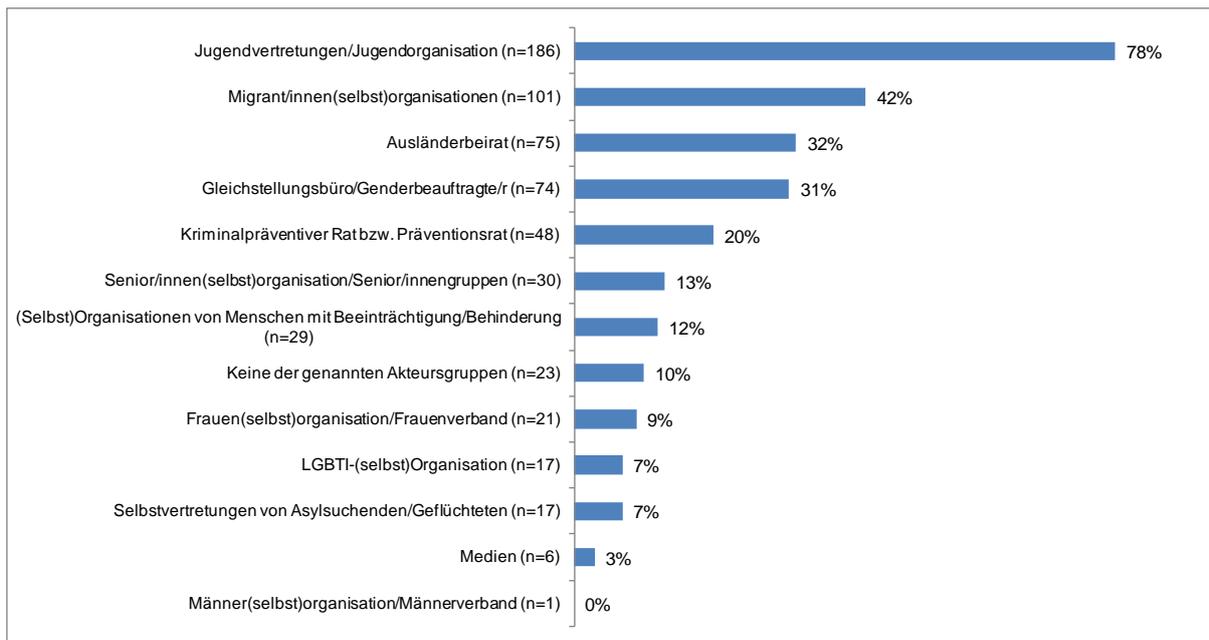
³⁴ Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

³⁵ Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

³⁶ Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

³⁷ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 192, Tabelle 48. Diese Steigerung ist vor allem auf die Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren zurückzuführen. Hier sind in 44 % (94) der Begleitausschüsse solche Organisationen vertreten. In den 23 Begleitausschüssen der Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens gelingt es in der

Abbildung 5: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen³⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

Ist keine Migrant/innen(selbst)organisation im Begleitausschuss vertreten, so geben die Koordinator/innen als Grund vor allem das Fehlen solcher Organisationen in der Förderregion, deren strukturelle Instabilität oder fehlende personelle Kontinuität an.³⁹ In 85 % (203) der Begleitausschüsse gelingt es, junge Menschen unter 27 Jahren als Mitglieder zu gewinnen.⁴⁰ Im Vergleich zum Vorjahr ist hier eine geringfügige Steigerung um sechs Prozentpunkte zu erkennen.⁴¹

Politische Parteien sind in der Hälfte aller Begleitausschüsse vertreten.

In etwa der Hälfte (53 %, 125) aller konstituierten Begleitausschüsse arbeiten Vertreter/innen von Parteien mit. Damit ist dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr um neun Prozentpunkte gestiegen. 2016 waren Parteien in 44 % aller Begleitausschüsse vertreten. Die Verteilung über die Parteien ist dabei in etwa gleich geblieben.⁴² Mitglieder der SPD sind in 43 % (103) der Ausschüsse und somit am häufigsten vertreten, gefolgt von Mitgliedern der CDU/CSU (37 %,

Gesamtschau noch zu einem geringeren Ausmaß, die in Abbildung 4 dargestellten Akteursgruppen einzubinden. Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten sind jedoch zu einem deutlich höheren Anteil in den Begleitausschüssen der jüngeren Partnerschaften vertreten (22 %, 5 im Vgl. zu 6 %, 12 in den Begleitausschüssen der dienstälteren Partnerschaften). Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

38 Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

39 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

40 Vgl. Tabelle 27 im Anhang.

41 Die Zahl der Begleitausschüsse im Jahr 2016, in denen junge Menschen vertreten sind, wurde aus den Daten aus dem Vorjahr in diesem Jahr neu berechnet.

42 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 191, Tabelle 47.

89), BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (31 %, 73), DIE LINKE (21 %, 51), Freie Wähler (13 %, 30), FDP (12 %, 28) und AfD (2 %, 5).⁴³

Nachsteuerungsbedarf bzgl. der Vertretung verschiedener Akteursgruppen in den Begleitausschüssen sehen die Partnerschaften selbst vor allem bzgl. der Beteiligung von Migrant/innen(selbst)organisationen, Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten, (Selbst-)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung, Jugendvertretungen und Wirtschaftsakteur/innen.⁴⁴

Das Engagement zur Gewinnung neuer Mitglieder in den Begleitausschüssen ist ausbaufähig.

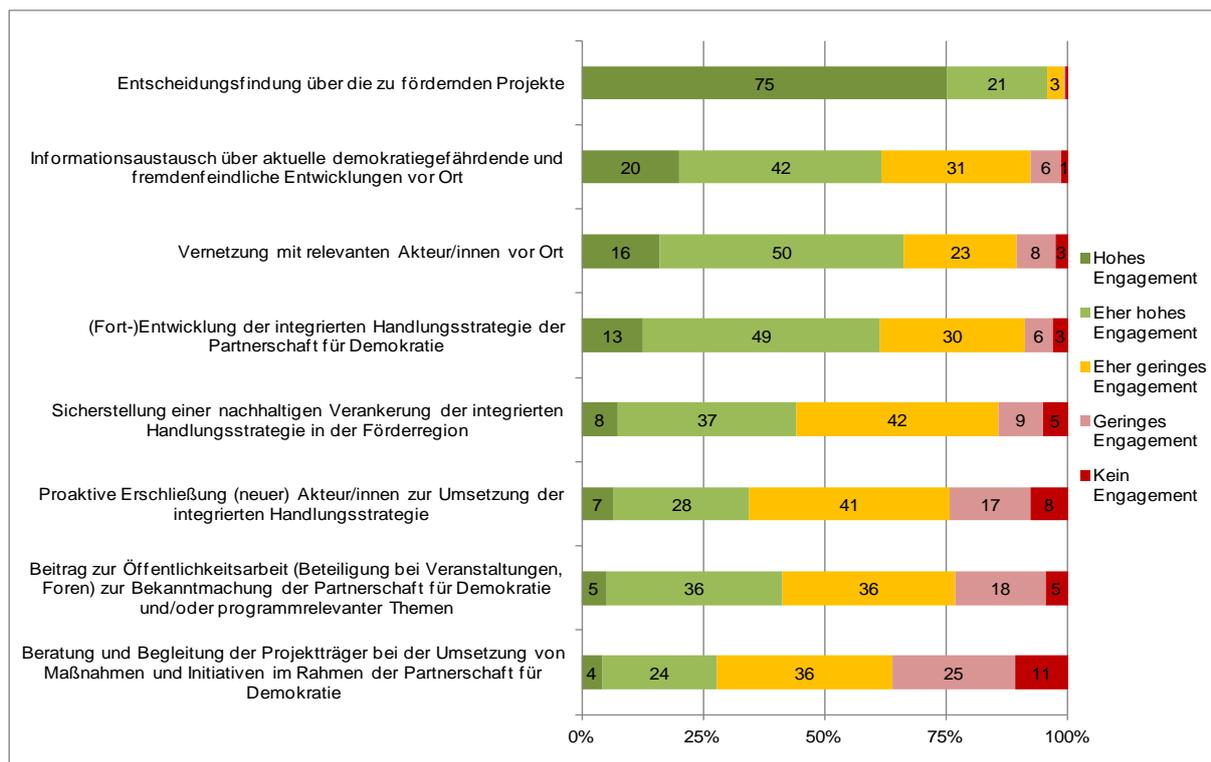
Bei der proaktiven Erschließung (neuer) Akteur/innen zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie zeigen sich jedoch, wie schon im Vorjahr,⁴⁵ Nachsteuerungsbedarfe im Engagement der Begleitausschüsse. Lediglich 35% der Begleitausschüsse (82) entwickeln aus Perspektive der Koordinator/innen diesbezüglich ein mindestens eher hohes Engagement. Dies gilt auch für den Beitrag des Begleitausschusses zur Öffentlichkeitsarbeit, den weniger als 50% eher engagiert betreiben. Die Begleitausschüsse sind nach den Angaben der befragten Koordinator/innen besonders in der Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte engagiert. 96 % (228) der befragten Koordinator/innen von Partnerschaften mit konstituiertem Begleitausschuss geben an, dass der Begleitausschuss in diesem Bereich (eher) hohes Engagement zeige. Auch bzgl. des Informationsaustauschs über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen und der Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort attestiert ein Großteil der befragten Koordinator/innen dem Begleitausschuss ihrer Partnerschaft (eher) hohes Engagement.

43 Vgl. Tabelle 28 im Anhang.

44 Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

45 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 47.

Abbildung 6: Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen⁴⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Ein Drittel der befragten Koordinator/innen der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren berichtet von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss.

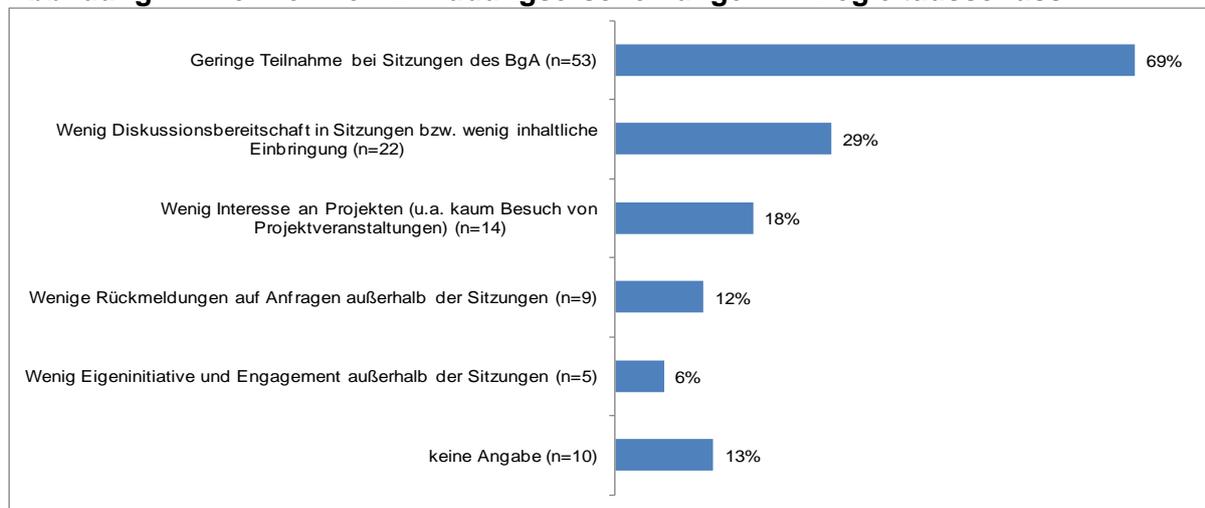
Der Begleitausschuss ist das zentrale Steuerungsgremium und seine Arbeit somit von großer Bedeutung für die Umsetzung der Partnerschaften. Dies erfordert ein kontinuierliches Engagement der Mitglieder. Daher wurden die Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens im Rahmen der diesjährigen Monitoring-Befragung gebeten, einzuschätzen, ob das Engagement der Akteur/innen im Begleitausschuss Ermüdungserscheinungen aufweist. Etwa ein Drittel (36 %, 77) der Partnerschaften mit konstituiertem Begleitausschuss nimmt in Bezug auf das Engagement der Akteur/innen des Begleitausschusses entsprechende Erscheinungen wahr. Koordinator/innen von Partnerschaften des ersten Interessenbekundungsverfahrens konstatieren Ermüdungserscheinungen häufiger als Partnerschaften des zweiten Interessenbekundungsverfahrens. 39 % (65) der befragten Koordinator/innen von Partnerschaften des ersten Interessenbekundungsverfahrens nehmen Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss wahr, während dieser Anteil bei den befragten Koordinator/innen des zweiten Interessenbekundungsverfahrens 26 % (12) beträgt.⁴⁷

⁴⁶ Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

⁴⁷ Vgl. Tabelle 31 im Anhang.

Von den befragten Koordinator/innen, die Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss konstatieren, gibt die Mehrheit (69 %, 53) an, dass es zu erhöhtem Fernbleiben von Mitgliedern des Begleitausschusses bei den Sitzungen kommt. In den Sitzungen sei zudem die Diskussionsbereitschaft bzw. die Bereitschaft, sich inhaltlich einzubringen, gering (29 %, 22).

Abbildung 7: Formen von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss⁴⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, die Ermüdungserscheinungen wahrnehmen (n=77). Kategorisierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Koordinator/innen sehen die Gewinnung neuer Mitglieder für den Begleitausschuss als relevant an, um Ermüdungserscheinungen entgegenzuwirken.

Die Vorschläge, die von den Befragten genannt werden, um das Engagement aufrechtzuerhalten, sind vielfältig. Unter anderem regen sie an, neue Mitglieder für den Begleitausschuss zu gewinnen bzw. diesen neu zu formieren. So sieht ein Drittel (34 %, 26) der Befragten, die Ermüdungserscheinungen feststellen, den Bedarf einer strukturellen Neuausrichtung ihres Begleitausschusses. Bei den Koordinator/innen, die angeben, keine Ermüdungsentscheidungen wahrzunehmen, ist es nur knapp jede zehnte (9 %, 12). Die Bedeutung einer Anerkennungskultur für das Engagement in den Partnerschaften für Demokratie sowie das Einbringen neuer inhaltlicher Impulse werden ebenfalls hervorgehoben.⁴⁹

Diese Vorschläge finden sich auch in den Antworten der Koordinator/innen, die keine Ermüdungserscheinungen in ihrem Begleitausschuss wahrnehmen. Demnach habe die Gewinnung neuer Mitglieder sowie die Anerkennung der Arbeit im Begleitausschuss ihrer Meinung nach dazu beigetragen, das Engagement aufrecht zu erhalten. Vor allem aber betonen sie die intrinsische Motivation der Teilnehmenden sowie eine bestehende gute Vernetzung der Mitglieder untereinander als Erfolgsbausteine für eine anhaltende Motivation. Auch die Einbindung der

⁴⁸ Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

⁴⁹ Vgl. Tabellen 33 und 34 im Anhang.

Akteur/innen in Entscheidungsprozesse und eine respektvolle Diskussionskultur werden als förderliche Faktoren benannt.⁵⁰

⁵⁰ Vgl. Tabelle 35 im Anhang.

4 Finanzielle Ausstattung

Die Leitlinien des Bundesprogramms legen die Dauer und die Höhe der Bundesförderung fest. Während im vergangenen Programmjahr Partnerschaften mit bis zu 85.000 € förderfähig waren, beträgt die Höchstfördersumme im Jahr 2017 100.000 €. Dieser Betrag ergibt sich aus verschiedenen Komponenten. Die förderfähigen Personal- und Sachausgaben für die externe Koordinierungs- und Fachstelle betragen maximal 45.000 €. Die Mittel für den Aktions- und Initiativfonds sowie für den Jugendfonds wurden von Maximalförderungssummen in Minimalförderungssummen umgewandelt. Die beiden Fonds bilden die zentralen Instrumente zur Überführung der Handlungskonzepte in die Praxis. Demnach betragen die Bundesmittel aus dem Aktions- und Initiativfonds nun mindestens 20.000 € und die Bundesmittel aus dem Jugendfonds mindestens 5.000 €. Die Ausgaben für Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching sind weiterhin mit maximal 10.000 € förderfähig.

Den Partnerschaften für Demokratie steht im Durchschnitt ein Budget von 104.911 € zur Verfügung.

Die Leitlinien sehen ab dem zweiten Förderjahr eine Aufstockung des Aktions- und Initiativfonds sowie des Jugendfonds durch eine Mitfinanzierung der Kommune bzw. der Erbringung von Drittmitteln vor. Diese Förderung soll 4.000 € für den Aktions- und Initiativfonds sowie 1.000 € für den Jugendfonds betragen.⁵¹ Unter Inanspruchnahme der maximalen Förderungssumme aus Mitteln des Bundesprogramms von 100.000 € und einem kommunalen Eigenanteil von 5.000 € ergäbe sich somit ein Gesamtbudget von 105.000 €. Tatsächlich verfügt etwa die Hälfte (49 %, 128) aller Partnerschaften über ein Gesamtbudget von exakt 105.000 €⁵², das sich in der Regel auch wie erläutert aus der Maximalförderungssumme des Bundesprogramms von 100.000 € sowie den kommunalen Mitteln in Höhe von 5.000 € zusammensetzt (57 %, 73)⁵³. Das Gesamtbudget der Partnerschaften liegt im Jahr 2017 zwischen 55.000 € und 379.500 € und beträgt im Durchschnitt 104.911 €⁵⁴

50 (19 %) Partnerschaften geben an, (noch) keine Drittmittel bzw. weniger als die ab dem zweiten Jahr erforderlichen 5.000 € eingeworben zu haben.⁵⁵ Demgegenüber verfügen 23 % (61) der Partnerschaften über ein Drittmittelbudget von über 5.000 €⁵⁶

51 Ab dem vierten Förderjahr erhöhen diese Summen auf 8.000 € für den Aktions- und Initiativfonds sowie 2.000 € für den Jugendfonds.

52 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

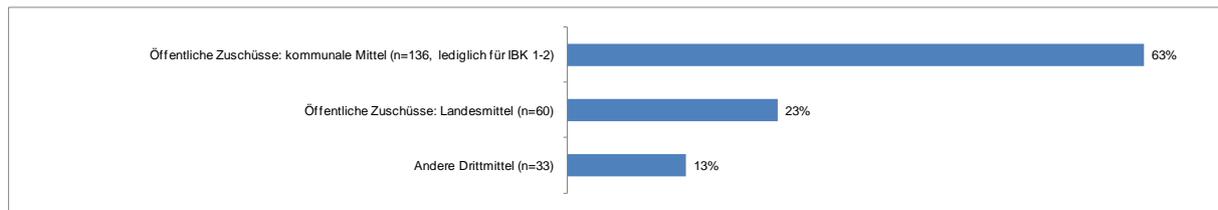
53 Vgl. Tabelle 38 im Anhang.

54 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

55 Bei 31 dieser Partnerschaften handelt es sich um Partnerschaften, die erst seit dem 4. Interessenbekundungsverfahren gefördert werden. 20 dieser Partnerschaften werden jedoch bereits seit dem 1. oder 2. Interessenbekundungsverfahren gefördert. Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

56 Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

Abbildung 8: Quellen der Komplementärförderung⁵⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

63 % (136) der Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren verzeichnen kommunale Mittel in ihrem Budget. 23 % (60) aller Partnerschaften erhält zusätzliche Landesmittel.

Die zur Verfügung stehenden durchschnittlichen Drittmittel- und Gesamtbudgets unterscheiden sich zwischen den alten und neuen Bundesländern.

Die Komplementärförderung aus Landesmitteln unterscheidet sich deutlich zwischen den Bundesländern. In Thüringen, Hessen und Sachsen verfügt jeweils eine deutliche Mehrheit der Partnerschaften über solche zusätzlichen Drittmittel.⁵⁸

Der hohe Anteil von Partnerschaften mit zusätzlichen Landesmitteln in zwei von fünf neuen Bundesländern schlägt sich auch in den unterschiedlichen Gesamtbudgets nieder. Die Partnerschaften in den neuen Bundesländern verfügen mit durchschnittlich 116.821 € über ein höheres Budget als die Partnerschaften in den alten Bundesländern mit durchschnittlich 98.024 €.⁵⁹

Bezüglich der Verwaltungseinheit zeigen sich geringfügige Unterschiede. Landkreise verfügen durchschnittlich über das höchste Gesamtbudget (109.355 €), gefolgt von Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (105.309 €) und Kommunen (102.384 €).⁶⁰ Dies ist ein aus dem vergangenen Jahr bekannter Befund.⁶¹ Auch bezüglich der regionalen Verortung zeigen sich noch einmal Unterschiede. So beträgt das durchschnittliche Budget der Landkreise in den alten Bundesländern 96.631 € und in den neuen Bundesländern 121.170 €.⁶²

Die Partnerschaften für Demokratie nutzen die neue Flexibilität in der Mittelverteilung häufiger zur Aufstockung des Aktions- und Initiativfonds als zur Aufstockung des Jugendfonds.

Die einzelnen Budgetposten der Partnerschaften variieren ebenfalls deutlich. Wie bereits beschrieben, haben sich die verfügbaren Mittel für den Aktions- und Initiativfonds sowie für den

⁵⁷ Vgl. Tabelle 41 im Anhang.

⁵⁸ Vgl. Tabelle 42 im Anhang,

⁵⁹ Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

⁶⁰ Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

⁶¹ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 188, Tabelle 38.

⁶² Auch bei den Kommunen zeigen sich Unterschiede bzgl. der Verortung in den alten Bundesländern (97.477 €) oder in den neuen Bundesländern (118.357 €). Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

Jugendfonds von Maximalförderungssummen auf Minimalförderungssummen geändert. Dies bedeutet, dass die Partnerschaften die ihnen aus dem Bundesprogramm zur Verfügung stehenden Mittel nun flexibler verteilen können.

Den Maximalbetrag von 45.000 € für die externe Koordinierungs- und Fachstelle nehmen 75 % (177) der 235 Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle in Anspruch.⁶³ Im Durchschnitt rufen die Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle 40.792 € aus Programmmitteln für die externe Koordinierungs- und Fachstelle ab.⁶⁴ Für den Aktions- und Initiativfonds nehmen die Partnerschaften durchschnittlich 39.784 € in Anspruch,⁶⁵ wobei 14 % (38) lediglich den Mindestbetrag von 20.000 € abrufen. Die deutliche Mehrheit von 86 % (226) nimmt mehr Mittel für den Aktions- und Initiativfonds in Anspruch.⁶⁶ Anders sieht es bei den Programmmitteln für den Jugendfonds aus. Hier nimmt nur ca. ein Drittel (32 %, 85) der Partnerschaften mehr als den Mindestbetrag von 5.000 € in Anspruch.⁶⁷ Die hinzugewonnene Flexibilität in der Verteilung der Bundesmittel auf die verschiedenen Finanzierungsbereiche nutzen die Partnerschaften also eher, um den Aktions- und Initiativfonds aufzustocken und seltener für den Jugendfonds. Den Maximalbetrag von 10.000 € für Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit nimmt hingegen die Mehrheit von 92 % (243) der Partnerschaften in Anspruch.⁶⁸

Zusätzlich zu den Mitteln aus dem Bundesprogramm können die Partnerschaften die einzelnen Fonds auch durch Drittmittel aufstocken. Dadurch ergeben sich deutliche Unterschiede in den insgesamt für die Fonds zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den Partnerschaften. So variiert das Budget für den Aktions- und Initiativfonds zwischen 20.000 € und 289.500 €, durchschnittlich steht den Partnerschaften hier ein Budget von 47.290 € zur Verfügung. Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle verfügen für diese durchschnittlich über ein Gesamtbudget von 43.605 €. Der Jugendfonds ist durchschnittlich mit einem Gesamtbudget von 7.617 € ausgestattet, das Budget für Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit beträgt im Durchschnitt 9.761 €.

63 Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

64 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

65 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

66 Vgl. Tabelle 47 im Anhang.

67 Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

68 Vgl. Tabelle 49 im Anhang.

5 Ausgangslage vor Ort

Die strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung in der Förderregion der Partnerschaften für Demokratie sind wichtige Anknüpfungspunkte der Bündelung vorhandener Engagementpotentiale.

Die Partnerschaften für Demokratie sind unter heterogenen Rahmenbedingungen aktiv.

Insgesamt wird die Situation vor Ort von den befragten Koordinator/innen grundsätzlich positiv bewertet. Demnach geben 81 % (216) an, dass es (eher) zutrifft, dass ihre Förderregion über ein vielfältiges Angebot an Vereinen verfügt. 69 % (182) geben außerdem an, dass es in ihrer Förderregion eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendbildung gebe. Weniger positiv fällt, wie schon im Vorjahr,⁶⁹ die Beurteilung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche sowie für Erwachsene aus.

Die strukturellen Voraussetzungen in der Förderregion werden von den Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens im Durchschnitt positiver beurteilt als von jenen des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens.⁷⁰ Zudem zeigen sich Unterschiede nach der regionalen Verortung der Partnerschaften. Die Partnerschaften in den alten Bundesländern beurteilen die strukturellen Voraussetzungen durchgehend positiver als jene in den neuen Bundesländern.⁷¹ Partnerschaften, die in Kommunen angesiedelt sind, zeichnen ebenfalls ein positiveres Bild der zivilgesellschaftlichen Angebotsstruktur als Partnerschaften in Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.⁷²

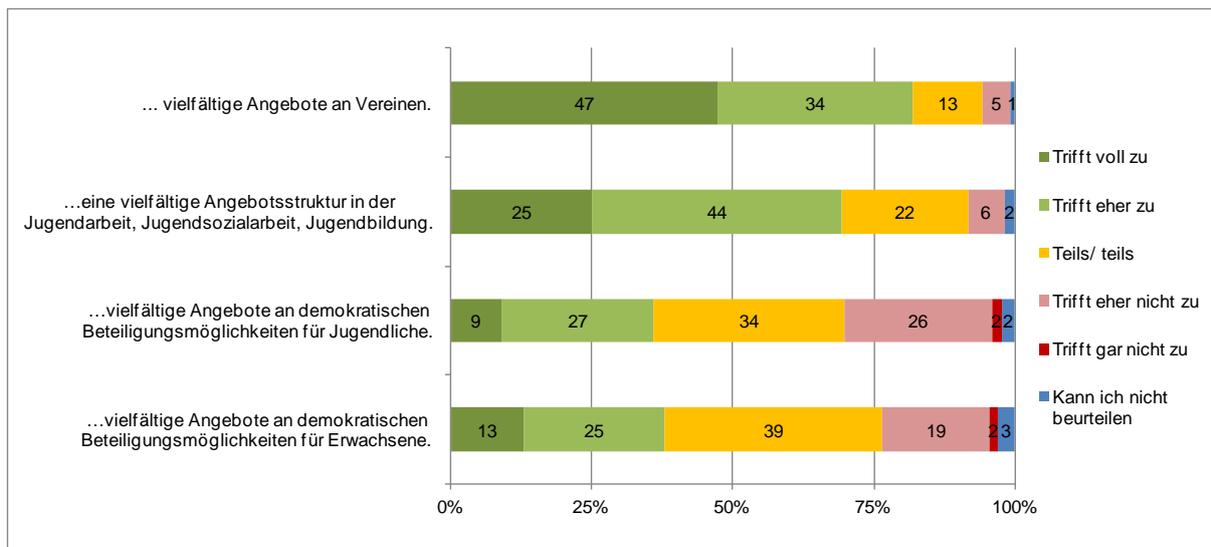
69 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 180, Tabelle 9.

70 Vgl. Tabelle 51 im Anhang.

71 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

72 Vgl. Tabelle 53 im Anhang.

Abbildung 9: Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es...“⁷³



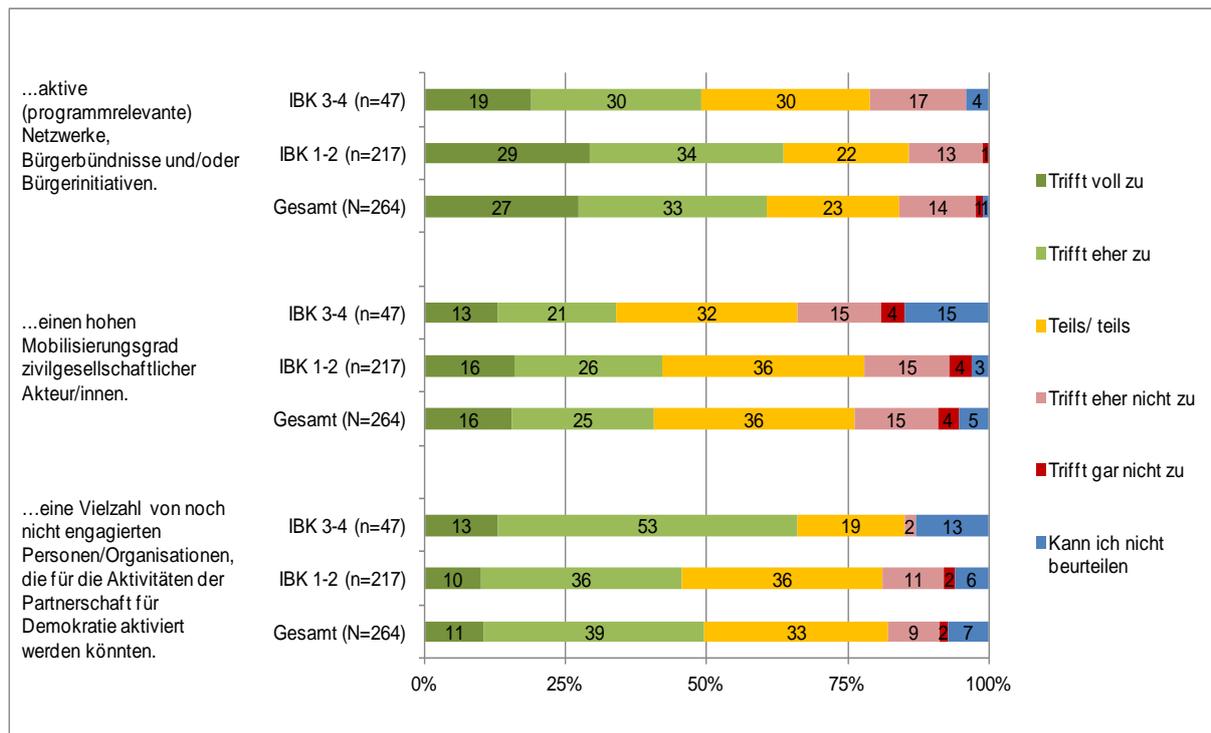
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

60 % (160) der befragten Koordinator/innen urteilen, dass es in ihren Fördergebieten aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen gibt, 41 % (107) konstatieren einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen und 50 % (131) machen eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen aus, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können.

Bezüglich dieser Einschätzungen des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials in den Förderregionen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens und Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens. Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens beurteilen das Vorhandensein aktiver (programmrelevanter) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen sowie den Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen skeptischer als Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens. Zugleich sehen sie mehr Potential hinsichtlich noch nicht engagierter Personen und Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.

73 Vgl. Tabelle 50 im Anhang.

**Abbildung 10: Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials:
„In unserer Förderregion gibt es...“⁷⁴**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Der Vergleich der Angaben der Partnerschaften aus dem ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahren mit den Ergebnissen der vorjährigen Befragung⁷⁵ ist ebenfalls aufschlussreich. Im Vorjahr wurden die Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens bereits befragt. Daher ermöglicht der Vergleich mit ihren diesjährigen Angaben, nachzuvollziehen, wie sich die Einschätzungen zum zivilgesellschaftlichen Mobilisierungsgrad im Verlaufe eines Jahres verändert haben.⁷⁶ Hier zeigt sich, dass mit dem Bestehen der Partnerschaft für Demokratie die Kenntnis über den Mobilisierungsgrad der Zivilgesellschaft in der Förderregion wächst. Es fällt auf, dass die Koordinator/innen häufiger präzise Angaben machen können als im Vorjahr. Der Anteil der „teils/teils“-Antworten hat im Vergleich zur vorigen Befragung abgenommen.⁷⁷

⁷⁴ Vgl. Tabellen 54 bis 56 im Anhang.

⁷⁵ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 202, Tabelle 74.

⁷⁶ Lediglich eine Partnerschaft, die im Vorjahr befragt wurde, ist ausgeschieden und wurde daher in der diesjährigen Monitoring-Befragung nicht mehr befragt. Bis auf diese eine Partnerschaft entsprechen also die Befragten des Vorjahres exakt den in diesem Jahr befragten Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens.

⁷⁷ Der Anteil der „Kann ich nicht beurteilen“-Antworten ist unverändert geblieben.

Die Mehrzahl der Koordinator/innen von Partnerschaften für Demokratie der ersten zwei Interessenbekundungsverfahren nimmt seit 2016 keinen Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und Vielfalt wahr.

Auf die Frage, ob seit dem Jahr 2016 ein Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und Vielfalt erkennbar sei, antworten lediglich 12 % (27) der befragten Koordinator/innen⁷⁸ mit „Ja“. Ein Rückgang wird häufiger in den neuen Bundesländern und in Berlin wahrgenommen sowie in Landkreisen.⁷⁹ Als Ursache für den Rückgang nennen die meisten Befragten ein zuvor sehr hohes Engagement für Geflüchtete, das mittlerweile auch durch den Rückgang der Zahl der ankommenden Geflüchteten nachlasse.⁸⁰

Migrant/innen(selbst)organisationen sowie muslimische Gemeinden sind in Förderregionen der alten Bundesländer häufiger vorhanden als in Förderregionen der neuen Bundesländer. Sind Migrant/innen(selbst)organisationen vorhanden, sind sie auch zu einem höheren Grad in die Strukturen der Partnerschaften für Demokratie eingebunden.

In sämtlichen Förderregion wurden Geflüchtete aufgenommen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind migrantische Selbstorganisationen und muslimische Gemeinden als mögliche Kooperationspartner/innen für die Partnerschaften von hoher Bedeutung. In jeweils etwa zwei Dritteln der Förderregionen gibt es laut den Angaben der befragten Koordinator/innen muslimische Gemeinden (66 %, 175) und Migrant/innen(selbst)organisationen (68 %, 179). Die wahrgenommene Präsenz dieser Organisationen ist jedoch je nach regionaler Verortung unterschiedlich. Während in den alten Bundesländern, wie schon im Vorjahr,⁸¹ etwa neun von zehn (88 %, 137) befragten Koordinator/innen angeben, dass es in ihrer Förderregion muslimische Gemeinden gibt, beträgt der Anteil in den neuen Bundesländern nur ein Drittel. Dies ergibt sich schon durch den historisch bedingten niedrigeren Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern. Auch Migrant/innen(selbst)organisationen sind in den alten Bundesländern historisch und repräsentativ bedingt häufiger vorhanden als in den neuen Bundesländern. Im Vergleich zum Vorjahr⁸² geben deutlich mehr Koordinator/innen von Partnerschaften, die in Berlin angesiedelt sind, an, dass es in ihrer Förderregion migrantische Selbstorganisationen gebe.⁸³ Dies liege laut einem Koordinator einer Partnerschaft in Berlin daran, dass diese im vergangenen Jahr deutlich aktiver geworden seien und so für die Partnerschaften stärker ins Blickfeld gerückt seien. Wie schon in der Befragung des vergangenen Jahres zeigt sich, dass sowohl Migrant/innen(selbst)organisationen als auch muslimische Gemeinden in den alten als auch in den neuen Bundesländern eher in Kommunen als in Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften vorhanden sind.⁸⁴

78 Gemeint sind die Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren.

79 Vgl. Tabellen 57 und 58 im Anhang.

80 Vgl. Tabelle 59 im Anhang.

81 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 180, Tabelle 10.

82 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 180, Tabelle 10.

83 Vgl. Tabelle 60 im Anhang.

84 Vgl. Tabelle 61 im Anhang und ISS/Camino 2016, S. 181, Tabelle 11.

In 58 % der Partnerschaften mit konstituiertem Begleitausschuss und vorhandenen Migrant/innen(selbst)organisationen sind letztere auch in das Steuerungsgremium eingebunden⁸⁵ 28 % (66) aller Partnerschaften des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens benennen Migrant/innen(selbst)organisationen als Antragstellende von Projekten im Jahr 2016⁸⁶; in Förderregionen, in denen Migrant/innen(selbst)organisationen verortet werden, ist dieser Anteil mit 41 % (65) ebenfalls höher.⁸⁷

In mehr als der Hälfte der Fördergebiete wird mindestens ein weiteres bundesgefördertes Programm umgesetzt.

In 54 % (143) der Förderregionen wird mindestens ein weiteres bundesgefördertes Programm umgesetzt. Dabei handelt es sich um die Programme Zusammenhalt durch Teilhabe (BMI), Mehrgenerationenhäuser (BMFSFJ), Engagierte Stadt (BMFSFJ), Menschen stärken Menschen (BMFSFJ), Projekte zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern (BMI/BMFSFJ – BAMF), Beteiligungsverfahren für Zuwanderer (BMUB) oder der Deutsche Engagementpreis (BMFSFJ). Am häufigsten werden die Programme Mehrgenerationenhäuser (107, 41 %) und Beteiligungsverfahren für Zuwanderer (45, 17 %) von den befragten Koordinator/innen genannt.⁸⁸

Kriminalpräventive Räte bzw. Präventionsräte sind als Kooperationspartner für die Partnerschaften ebenfalls von Bedeutung. Diese Räte sind kommunal verantwortete Zusammenschlüsse, die kooperativ lokalen Kriminalitätsentwicklungen entgegenwirken wollen. Oft sind sie an lokalpolitische Strukturen und die Verwaltung angebunden. Kriminalpräventive Räte bzw. Präventionsräte gibt es in 44 % (116) der Förderregionen.⁸⁹ In etwa drei Viertel (77 %, 89) dieser Förderregionen haben die Partnerschaften seit 2015 mit den Räten zusammengearbeitet oder eine Zusammenarbeit für das Jahr 2017 verabredet.⁹⁰ Dies kann beispielsweise den informellen Austausch, eine formalisierte Zusammenarbeit oder eine gemeinsame Durchführung von Projekten umfassen.

Etwa drei Viertel (76 %, 201) der Partnerschaften arbeitet im Jahr 2017 mit dem/der Landeskoordinator/in der Demokratiezentren bzw. der Beratungsnetzwerke zusammen oder hat dies verabredet. 43 % (113) kooperieren mit der jeweils vorhandenen Landeszentrale für politische Bildung, sodass durchaus ein regionsübergreifender Austausch stattfindet. Im Bereich der spezifischen Kriminalitätsprävention gibt es hingegen nur bedingt eine Zusammenarbeit auf Landesebene. 10 % (26) der Partnerschaften arbeiten mit dem Landesamt für Verfassungsschutz, beim Landeskriminalamt sind es 5 % (12) der Partnerschaften.

85 Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

86 Vgl. Tabelle 88 im Anhang.

87 Vgl. Tabelle 63 im Anhang.

88 Vgl. Tabelle 64 im Anhang.

89 Vgl. Tabelle 65 im Anhang.

90 Vgl. Tabelle 66 im Anhang.

Der Austausch mit anderen Partnerschaften gelingt in vielen Fällen. 92 % (242) der Partnerschaften kooperieren mit anderen Partnerschaften aus der gleichen Region oder dem gleichen Bundesland bzw. haben dies verabredet. Mit anderen Partnerschaften über die eigene Region hinaus wird in zwei Drittel (66 %, 174) der Förderregionen zusammengearbeitet oder ist dies vorgesehen.⁹¹

91 Vgl. Tabelle 67 im Anhang.

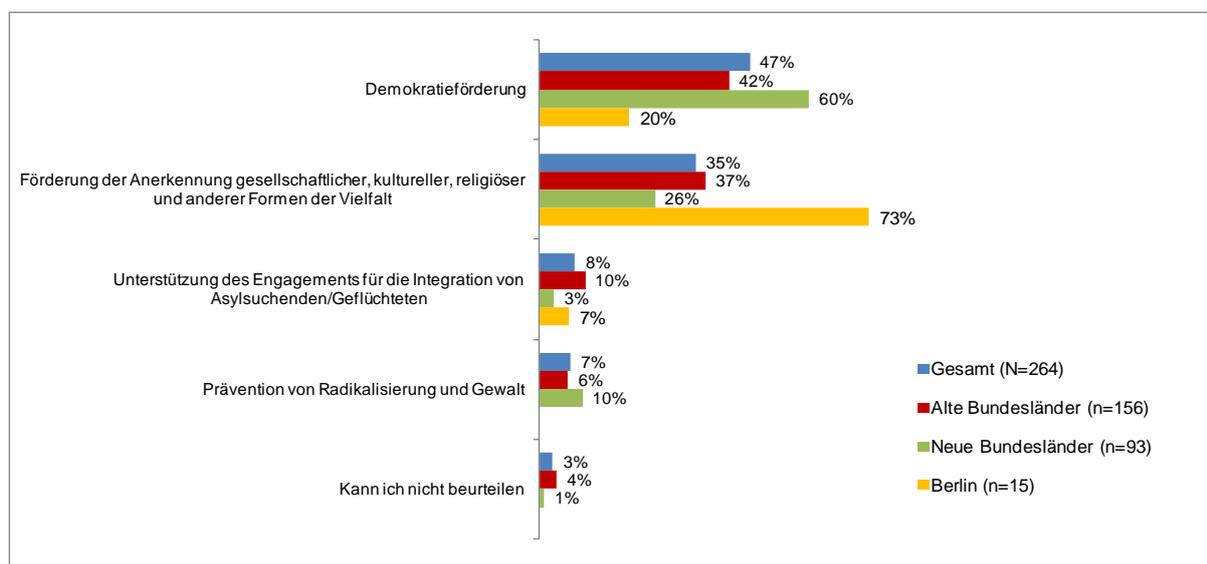
6 Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie

Wie der vorige Abschnitt gezeigt hat, agieren die Partnerschaften für Demokratie unter heterogenen Rahmenbedingungen. Die Programmleitlinien geben den Partnerschaften daher allgemeine Programmziele vor, eröffnen ihnen aber genügend Flexibilität, um ihre Handlungsstrategien unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten zu entwickeln. So ergibt sich eine Diversität sowohl der Arbeitsschwerpunkte als auch der angesprochenen Zielgruppen, die sich unter anderem in der Themenvielfalt der Projekte widerspiegelt.

6.1 Arbeitsschwerpunkte

Die Partnerschaften identifizieren auf der Grundlage der lokalen Bedingungen und Strukturen in ihrer Förderregion zentrale Handlungsbedarfe, die ihnen helfen, Zielsetzungen und Strategien zu entwickeln. Wie schon im Vorjahr⁹² benennen die meisten befragten Koordinator/innen Demokratieförderung als prioritären Handlungsbedarf in ihrer Förderregion. 47 % (125) aller befragten Koordinator/innen identifizieren dieses Handlungsfeld als das für ihre Partnerschaft relevanteste. Die „Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt“ sehen 35 % (93) als prioritären Handlungsbedarf an, die „Unterstützung des Engagements für die Integration von Geflüchteten und Asylsuchenden“ 8 % (20) der Partnerschaften.

Abbildung 11: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie⁹³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Im Vergleich der Partnerschaften in den alten und den neuen Bundesländern zeigen sich deutliche Unterschiede in den identifizierten prioritären Handlungsbedarfen. Demokratieförderung

92 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 206, Tabelle 78.

93 Vgl. Tabelle 68 im Anhang.

wird von 60 % (56) der befragten Koordinator/innen in den neuen Bundesländern, aber nur von 42 % (66) der befragten Koordinator/innen in den alten Bundesländern benannt, wenngleich Demokratieförderung sowohl in den Partnerschaften der alten als auch der neuen Bundesländer der am häufigsten genannte prioritäre Handlungsbedarf ist. Mit diesen Ergebnissen einhergehend sind die Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt und die Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten in den neuen Bundesländern weniger präsent als in den alten Bundesländern. In Berlin liegt der Schwerpunkt mit 73 % (11), anders als im übrigen Bundesgebiet, deutlich auf der Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt. Zudem konzentrieren sich vor allem die jüngeren Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens zunächst auf das breite Themenfeld der Demokratieförderung.⁹⁴

Aus den identifizierten Handlungsbedarfen ergeben sich konkrete Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften. Im Rahmen der Monitoring-Befragung wurden die befragten Koordinator/innen gebeten, aus einer Liste von möglichen Themenfeldern diejenigen zu benennen, die im Rahmen der integrierten Handlungsstrategie im Jahr 2017 bearbeitet werden.⁹⁵ Von den 125 befragten Koordinator/innen, die Demokratieförderung als Handlungsbedarf in der Förderregion ihrer Partnerschaft identifizieren, geben 115 (92 %) Demokratieförderung auch als Arbeitsschwerpunkt der Partnerschaft an. Etwa die Hälfte (49 %, 46) der Partnerschaften, in denen die Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt prioritärer Handlungsbedarf ist, widmen sich dem aktuellen Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit. Alle (20) befragten Koordinator/innen, die die Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten als Handlungsbedarf nennen, geben auch die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete als Arbeitsschwerpunkt an.⁹⁶ Im Folgenden wird die Bedeutung der Arbeitsschwerpunkte für die Partnerschaften in der Gesamtschau beleuchtet sowie ein Vergleich zwischen Partnerschaften in den alten und den neuen Bundesländern sowie zwischen Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens gezogen.

Demokratieförderung rückt auf den ersten Platz der von den Koordinator/innen benannten Arbeitsschwerpunkte.

Auch bei den von den Koordinator/innen benannten Arbeitsschwerpunkten ist ein deutlicher Fokus auf Demokratieförderung zu erkennen. Für 91 % (239) der Partnerschaften ist dies ein Schwerpunkt. Während im Vorjahr die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete mit 89 % der meistgenannte Schwerpunkt war⁹⁷, ist er in diesem Jahr mit 70 % (184) der zweithäufigste. Hier ist zu sehen, dass der Handlungsbedarf in

94 Vgl. Tabelle 69 im Anhang.

95 Mehrfachnennungen waren möglich.

96 Vgl. Tabelle 70 im Anhang,

97 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 213, Tabelle 89.

diesem Feld im Vergleich zum Vorjahr als etwas geringer eingeschätzt wird und die Demokratieförderung als breites Themenfeld stärker in den Mittelpunkt rückt. Die Vielfältigkeit der Arbeitsschwerpunkte zeigt sich auch in der Anzahl der Themen, die die Partnerschaften bearbeiten. Im Durchschnitt widmen sie sich 4,9 Themen, 30 % (79) bearbeiten 6 oder mehr Arbeitsschwerpunkte.⁹⁸

Partnerschaften für Demokratie in den alten und neuen Bundesländern setzen unterschiedliche Schwerpunkte bei der Programmumsetzung.

Die verschiedenen thematischen Bereiche werden von den befragten Koordinator/innen der Partnerschaften in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich häufig genannt. In den Partnerschaften der alten Bundesländer sind die Themen Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus und islamistische Orientierungen und Handlungen wesentlich häufiger vertreten als in den Partnerschaften der neuen Bundesländer. Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit werden von Koordinator/innen von Partnerschaften in den alten Bundesländern mehr als doppelt so häufig (48 %, 75) als Arbeitsschwerpunkt benannt wie von Koordinator/innen von Partnerschaften in den neuen Bundesländern (23 %, 21). Ein Drittel der Partnerschaften in den alten Bundesländern, aber nur 4 % (4) der Partnerschaften in den neuen Bundesländern geben islamistische Orientierungen und Handlungen als Schwerpunkt an.

Demgegenüber setzen die Partnerschaften in den neuen Bundesländern vielfach andere Akzente. Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen sowie Demokratiestärkung im ländlichen Raum sind hier präsenter als in den alten Bundesländern. Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen stellen sowohl für Partnerschaften in den alten als auch den neuen Bundesländern einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt dar, der von den Koordinator/innen von Partnerschaften, die in den neuen Bundesländern angesiedelt sind, noch häufiger genannt wird als von Koordinator/innen von Partnerschaften der alten Bundesländer. Das Thema Demokratiestärkung im ländlichen Raum ist in den neuen Bundesländern deutlich präsenter als in den alten Bundesländern. Partnerschaften in den neuen Bundesländern sind, wie bereits zu Beginn dieses Kapitels erläutert, deutlich häufiger in Landkreisen angesiedelt als Partnerschaften in den alten Bundesländern.

Im Vergleich zu den Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren benennen die Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens außerdem häufiger islamistische Orientierungen und Handlungen als Arbeitsschwerpunkt. Weniger oft widmen sie sich der Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete, rechtsextremen Orientierungen und Handlungen und Gender Mainstreaming.⁹⁹

Wenngleich Islamismus in der jüngeren Vergangenheit vermehrt ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gerückt ist, ist dies ein Themenbereich, der bisher von einem eher geringen Anteil der Partnerschaften bearbeitet wird. Insgesamt benennen 23 % (61) der Partnerschaften

98 Vgl. Tabelle 72 im Anhang.

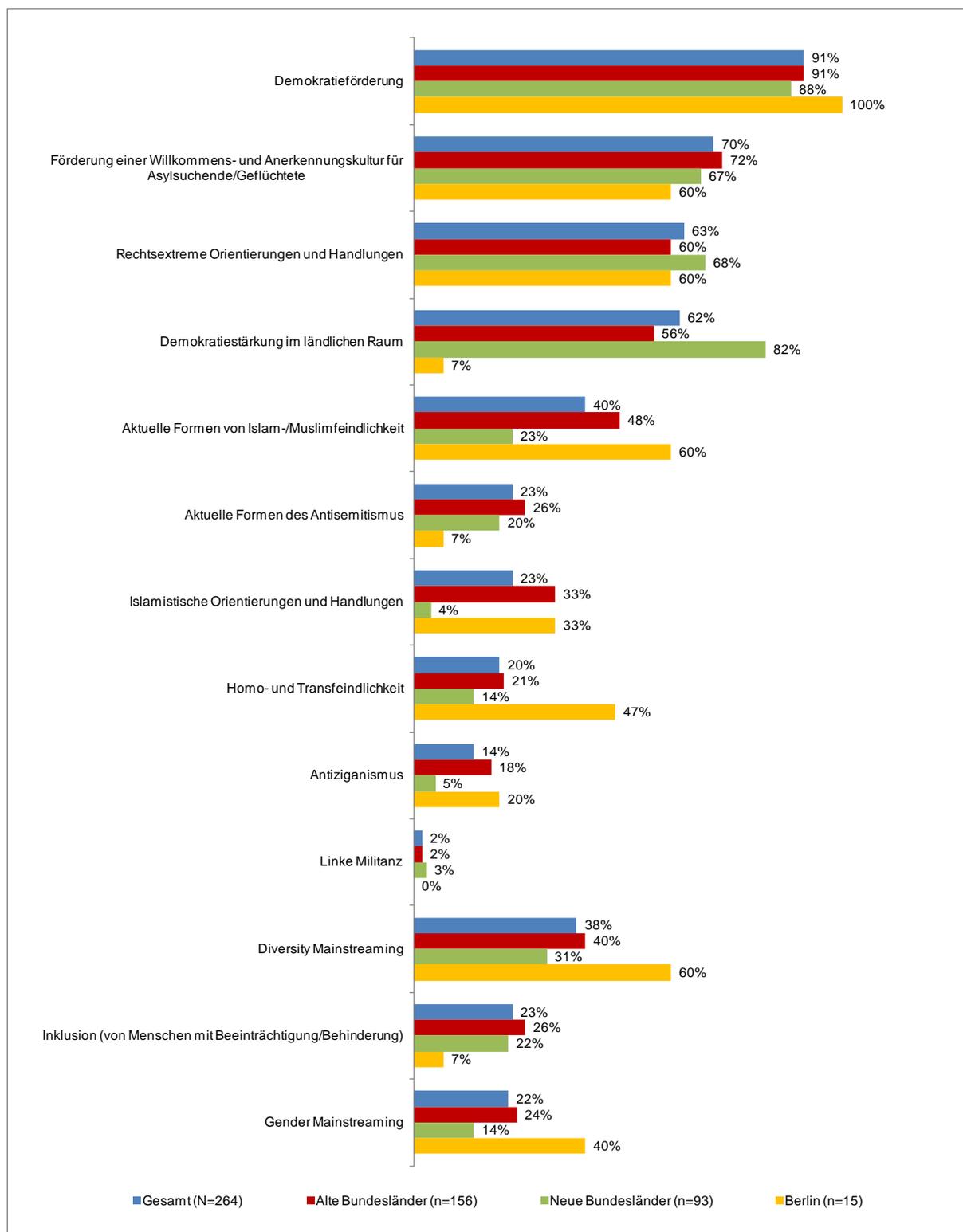
99 Vgl. Tabelle 73 im Anhang.

islamistische Orientierungen und Handlungen als Arbeitsschwerpunkt. Auf die Unterschiede je nach regionaler Verortung wurde bereits hingewiesen. Von denjenigen Koordinator/innen, die angeben, dass islamistische Orientierungen und Handlungen kein Arbeitsschwerpunkt ihrer Partnerschaft sind, gibt etwa die Hälfte (49 %, 99) an, dass in diesem Bereich kein Handlungsbedarf bestehe. 36 % (74) benennen außerdem die Priorität der Bearbeitung anderer Themen durch die Partnerschaft für Demokratie (z.B. Rechtsextremismus) als Grund dafür, dass das Thema Islamismus kein Arbeitsschwerpunkt ist.¹⁰⁰

Es bleibt festzuhalten, dass sich in den Arbeitsschwerpunkten der Partnerschaften für Demokratie über die bisherigen Monitoring-Befragungen hinweg ein thematisch stabiler Kern zeigt, an dessen Spitze die Demokratieförderung steht und dass sich im Vergleich von alten und neuen Bundesländern deutliche Unterschiede in der Schwerpunktsetzung ergeben. Während die Partnerschaften in den alten Bundesländern häufiger Themenfelder der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie Islam- und Muslimfeindlichkeit und Antiziganismus bearbeiten, fokussieren sich die Partnerschaften in den neuen Bundesländern deutlich häufiger auf Demokratiestärkung im ländlichen Raum.

100 Vgl. Tabelle 75 im Anhang.

Abbildung 12: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung¹⁰¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

101 Vgl. Tabelle 71 im Anhang

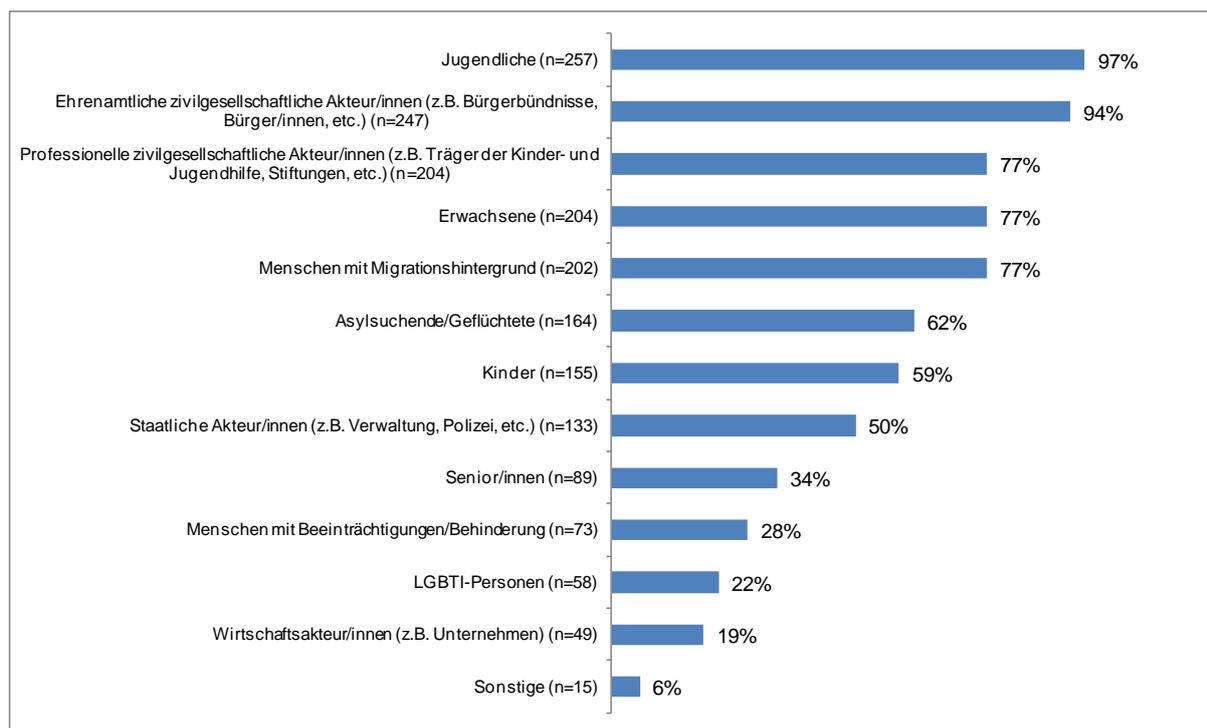
6.2 Zielgruppen

Die Leitlinie für den Förderbereich A des Bundesprogramms sieht u.a. Kinder und Jugendliche, pädagogische Fachkräfte sowie lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur/innen als zu adressierende Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie vor, legt jedoch nicht für alle Fördergebiete die Zielgruppen gleichermaßen fest. Damit erhalten die Akteur/innen vor Ort die Option, die anzusprechenden Gruppen entsprechend der lokalen Bedarfe festzulegen.

Die Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie adressiert Jugendliche, sie sind jedoch nicht die ausschließliche Zielgruppe.

In nahezu allen (97 %, 257) Partnerschaften für Demokratie sollen Jugendliche erreicht werden. Sie stellen die am häufigsten genannte Zielgruppe dar. Aber auch Erwachsene (77 %, 204), Kinder (59 %, 155) und Senior/innen (34 %, 89) werden adressiert. Unter den Zielgruppen der Partnerschaften sind also alle Altersgruppen vertreten, es zeigt sich jedoch ein deutlicher Jugendfokus.

Abbildung 13: Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie¹⁰²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Menschen mit Migrationshintergrund werden von 77 % (202) der Partnerschaften als Zielgruppen benannt, Asylsuchende/Geflüchtete von 62 % (164). Bei letzterer Personengruppe ist ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozentpunkte (72 %) erkennbar.¹⁰³ Wie schon

¹⁰² Vgl. Tabelle 76 im Anhang.

¹⁰³ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 214, Tabelle 91.

bei den Arbeitsschwerpunkten zeigt sich hier die leicht abnehmende Präsenz des Themenbereichs Flucht und Asyl. Im Einklang mit den Ergebnissen des Vorjahres werden ehrenamtliche Akteur/innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.) von nahezu allen (94 %, 247) Partnerschaften als Zielgruppe benannt und auch professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.) werden von 77 % (204) der Partnerschaften adressiert.

Senior/innen, Wirtschaftsakteur/innen und staatliche Akteur/innen sind in den neuen Bundesländern, in Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften häufiger angesprochene Zielgruppen. Asylsuchende/Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund werden eher in den alten Bundesländern und daher weniger oft in Landkreisen als Zielgruppe vorgesehen.¹⁰⁴

Menschen mit Migrationshintergrund werden etwas besser erreicht als im Vorjahr.

Die befragten Koordinator/innen schätzen die Erreichung der von ihnen benannten Zielgruppen ähnlich ein wie im Vorjahr¹⁰⁵: Während es (eher) gut gelingt, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Jugendliche und Erwachsene zu erreichen, fällt die Einschätzung bei Senior/innen und Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderungen weniger positiv aus. Menschen mit Migrationshintergrund werden hingegen etwas besser erreicht. So stieg der Anteil der befragten Koordinator/innen der Partnerschaften aus den ersten beiden Interessensbekundungsverfahren, die angegeben haben, dass diese Gruppe gut oder eher gut erreicht wird, von 66 % auf nunmehr 76 % (129) an. Die Koordinator/innen aus Partnerschaften, die erst seit dem dritten und vierten Interessensbekundungsverfahren gefördert werden, geben seltener an, dass Menschen mit Migrationshintergrund gut oder eher gut erreicht werden.

Zwar werden ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen von 81 % (199) der Partnerschaften gut oder eher gut erreicht, im Vergleich zur Erhebung des Jahres 2016 zeichnet sich allerdings ein Rückgang um zehn Prozentpunkte ab (91 %). Dieser Rückgang ist nicht zuletzt auf die Angaben der Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens zurückzuführen. Auch für die weiteren Zielgruppen fallen die entsprechenden Einschätzungen im Vergleich zu den Standorten der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren eher zurückhaltend aus. Offensichtlich dauert es einige Zeit, bis die Partnerschaften die von ihnen anvisierten Zielgruppen in zufriedenstellendem Maße einbinden können.

Die Zielgruppenerreichung von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung, LGBTI-Personen und Wirtschaftsakteur/innen wird ebenfalls schlechter eingeschätzt als noch im Vorjahr, wengleich die Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens die Zugänge zu Wirtschaftsakteur/innen etwas besser beurteilen als Förderregionen der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren.¹⁰⁶

104 Wie bereits erläutert, sind Partnerschaften in den alten Bundesländern weniger oft in Landkreisen angesiedelt als Partnerschaften in den neuen Bundesländern. Vgl. Tabellen 77 und 78 im Anhang.

105 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 214, Tabelle 92.

106 Vgl. Tabellen 79 und 80 im Anhang.

6.3 Integrierte Handlungsstrategie

Wie bereits beschrieben, geben die Programtleitlinien den Partnerschaften für Demokratie übergeordnete Zielstellungen vor, die konkrete inhaltliche Ausgestaltung sollte sich jedoch entlang der lokalen und regionalen Bedarfe richten. Die Entwicklung einer auf die spezifischen Besonderheiten der jeweiligen Kontexte ausgerichteten integrierten Handlungsstrategie stellt somit eine zentrale Herausforderung dar, mit der sich zum Erhebungszeitpunkt insbesondere die Partnerschaften des vierten Interessenbekundungsverfahrens konfrontiert sahen.

Unter anderem aufgrund des kurzen zeitlichen Vorlaufs hatte zum Zeitpunkt der Erhebung erst eine der 32 zugehörigen Partnerschaften eine entsprechende Handlungsstrategie konzipiert.¹⁰⁷ Bei den anvisierten Bereichen, in denen durch die Partnerschaft Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt werden, nennen die Partnerschaften des vierten Interessenbekundungsverfahrens vor allem Themenfelder, die bereits als Schwerpunkte der Partnerschaften bekannt sind. Hierzu gehören Demokratiedistanz (100 %, 32), Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus (94 %, 30) und Rechtsextremismus (69 %, 22).¹⁰⁸

21 der 232 Partnerschaften des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens (9 %) haben im Zuge der jährlichen Fortschreibung ihrer integrierten Handlungsstrategie ihre Partnerschaft für Demokratie umfassend neu ausgerichtet.¹⁰⁹ Als Gründe hierfür nennen sie vor allem einen veränderten Problemdruck in verschiedenen Themenfeldern, wie angestiegene Problemlagen in bisher nicht bearbeiteten Schwerpunkten oder ein geringeres Problemaufkommen im Bereich des bisherigen Arbeitsschwerpunktes bzw. bereits erzielte Erfolge bei deren Bearbeitung. Auch interne bzw. personelle Gründe spielen eine Rolle, wie etwa ein Wechsel des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle.¹¹⁰

6.4 Projekte

Die integrierte Handlungsstrategie wird in Form mehrerer Einzelprojekte/Initiativen realisiert. Hierzu liegen der wissenschaftlichen Begleitung Daten für das Jahr 2016 vor.¹¹¹

Die Mehrzahl der Projekte widmete sich im Jahr 2016 der Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete.

Die 4.406 insgesamt bewilligten Projekte weisen eine große Themenvielfalt auf, konzentrieren sich aber auf einige deutliche Schwerpunktthemen. Der „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“ werden dabei von den befragten Koordinator/innen die meisten Projekte zugeordnet (1.274, 29 %). In etwa neun von zehn (91 %, 212) Partnerschaften der ersten drei Interessenbekundungsverfahren wurde im Vorjahr mindestens

107 Vgl. Tabelle 81 im Anhang.

108 Vgl. Tabelle 82 im Anhang.

109 Vgl. Tabelle 83 im Anhang.

110 Vgl. Tabelle 84 im Anhang.

111 Da es sich um die Projekte des Vorjahres handelt, wurden lediglich die Partnerschaften der ersten drei Interessenbekundungsverfahren befragt, da die Partnerschaften des vierten Interessenbekundungsverfahrens frühestens Ende 2016 ihre Arbeit aufgenommen haben.

ein solches Projekt umgesetzt. 24 % (1.057) aller Projekte wurden dem Themenfeld „Demokratieförderung“ zugeordnet. 17 % (731) widmen sich nach den Angaben der befragten Koordinator/innen der „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“. In der Hälfte aller Partnerschaften (50 %, 115) wurde mindestens ein Projekt mit diesem Schwerpunkt durchgeführt. Wenngleich der Anteil der Projekte mit dem Schwerpunkt „rechtsextreme Orientierungen und Handlungen“ nur 9 % (410) beträgt, wurde in 57 % (133) der Partnerschaften mindestens ein entsprechendes Projekt umgesetzt. 95 % (4.176) aller Projekte wurden aus Mitteln des Bundesprogramms finanziert.¹¹²

89 % (206) der befragten Koordinator/innen geben an, dass sich die geförderten Projekte an die breite Öffentlichkeit bzw. Bürger/innen richteten. Auch Asylsuchende/Geflüchtete wurden in 87 % (202) der Förderregionen adressiert. Junge Menschen sind eine wichtige Zielgruppe der Partnerschaften, 83 % (193) aller Koordinator/innen nennen Kinder und Jugendliche in Schulen, 78 % (180) Kinder und Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen und sogar 85 % (197) Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund als Zielgruppe. 65 % (150) geben an, dass speziell Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus, 61 % (141), dass ehrenamtlich engagierte Kinder und Jugendliche adressiert wurden. Etwa ein Drittel (31 %, 72) der befragten Koordinator/innen benennt, dass sich die Projekte explizit an radikalisiierungsgefährdete Kinder und Jugendliche richteten.¹¹³

Als Letztempfänger/innen der Fördermittel aus dem Bundesprogramm können nicht-staatliche Organisationen als Träger für Einzelmaßnahmen – d.h. konkrete Projekte – auftreten. Sie beantragen die Förderung von Einzelmaßnahmen nicht bei der Regiestelle des Bundesprogramms, sondern bei der Partnerschaft für Demokratie in der Förderregion. Diese kann ihnen aus den Fondsmitteln der Partnerschaft Gelder zur Umsetzung zur Verfügung stellen. Verschiedene Gruppen und Institutionen traten als Antragsteller/innen von Projekten auf. Am häufigsten nennen die befragten Koordinator/innen den freien Träger der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft¹¹⁴ und Schulvereine/Fördervereine von Schulen als Antragsteller (jeweils 55 %, 128). Auch sonstige Vereine, Bildungs-/Qualifizierungsträger, Bürgerbündnisse und Jugendverbände treten im Jahr 2016 häufig als Antragstellende auf.¹¹⁵

112 Vgl. Tabellen 85 und 86 im Anhang.

113 Vgl. Tabelle 87 im Anhang.

114 Zur weiteren Klärung dieses Befundes hat das ISS-Frankfurt a.M. eine nachgehende Untersuchung durchgeführt. Hierzu wurde eine Zufallsstichprobe (25 Fälle) aus jenen 128 Fällen gezogen die angegeben haben, dass der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle als Antragsteller von Projekten aufgetreten ist. 23 der 25 Fälle konnten telefonisch erreicht und befragt werden. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 92 %. Während in einigen Fällen der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle tatsächlich selbst Projekte umgesetzt hat, war es auch häufig so, dass diese für kleine Initiativen oder Einzelpersonen, die keine juristischen Personen darstellen, die Antragstellung übernommen hat. Zudem hat der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle auch in einigen Fällen Anträge für den Jugendfonds oder für den Fonds für Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit gestellt. Es kam zudem vor, dass der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle ein großer Dachverband ist, der letztlich Antragsteller für untergeordnete Instanzen war oder dass für ein angedachtes Projekt kein anderer geeigneter Träger gefunden werden konnte.

115 Vgl. Tabelle 88 im Anhang.

7 Demokratiekonferenzen

Demokratiekonferenzen stellen für die Partnerschaften ein Forum dar, um zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Bürger/innen sowie Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zu einem inhaltlichen Diskurs zusammenzubringen. Gemeinsam sollen in einem partizipativen Prozess der Stand der Umsetzung der Partnerschaft sowie die weitere Arbeit reflektiert und zukünftige Maßnahmen besprochen werden. Die Programmleitlinien sehen vor, dass die Partnerschaften mindestens eine Demokratiekonferenz pro Jahr durchführen. Außerdem wird die Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung angeregt.

Die Partnerschaften für Demokratie planen für das Jahr 2017 im Durchschnitt 1,4 Demokratiekonferenzen.

Der Vorgabe, mindestens eine Demokratiekonferenz auszurichten, entsprachen in diesem Jahr bereits 101 (38 %) Partnerschaften.¹¹⁶ Durchschnittlich planen die Partnerschaften für das Jahr 2017 1,4 Veranstaltungen dieser Art bzw. haben diese teilweise schon umgesetzt.¹¹⁷

An den zuletzt durchgeführten Demokratiekonferenzen nahmen jeweils zwischen 12 und 250 Personen teil, im Durchschnitt 59,3 Akteur/innen. Insgesamt besuchten ca. 6000 Personen die zuletzt von den 101 Partnerschaften durchgeführten Demokratiekonferenzen. Die Demokratiekonferenzen der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren werden durchschnittlich von etwas mehr Personen besucht als die der Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens.¹¹⁸

Partnerschaften, die in diesem Jahr bereits eine Konferenz durchgeführt haben, berichten von einer breiten Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteur/innen/Träger/Einrichtungen, wie in der nachfolgenden Abbildung zu sehen ist. Gleichwohl ist hier, wie auch bei der Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse im Vergleich zu den Befragungen in den Jahren 2015¹¹⁹ und 2016¹²⁰ ein Rückgang erkennbar.¹²¹ Fortschritte gibt es hingegen bei der Beteiligung Jugendlicher an den Demokratiekonferenzen.

116 Davon sind 93 Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens und acht Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens. Die Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren haben schon zu einem größeren Anteil (43 %, 93) in diesem Jahr eine Demokratiekonferenz umgesetzt. Vgl. Tabelle 90 im Anhang.

117 Drei Partnerschaften geben an, in diesem Jahr keine Demokratiekonferenz zu planen, davon zwei aus dem vierten Interessenbekundungsverfahren und eine aus dem ersten Interessenbekundungsverfahren. Vgl. Tabelle 89 im Anhang.

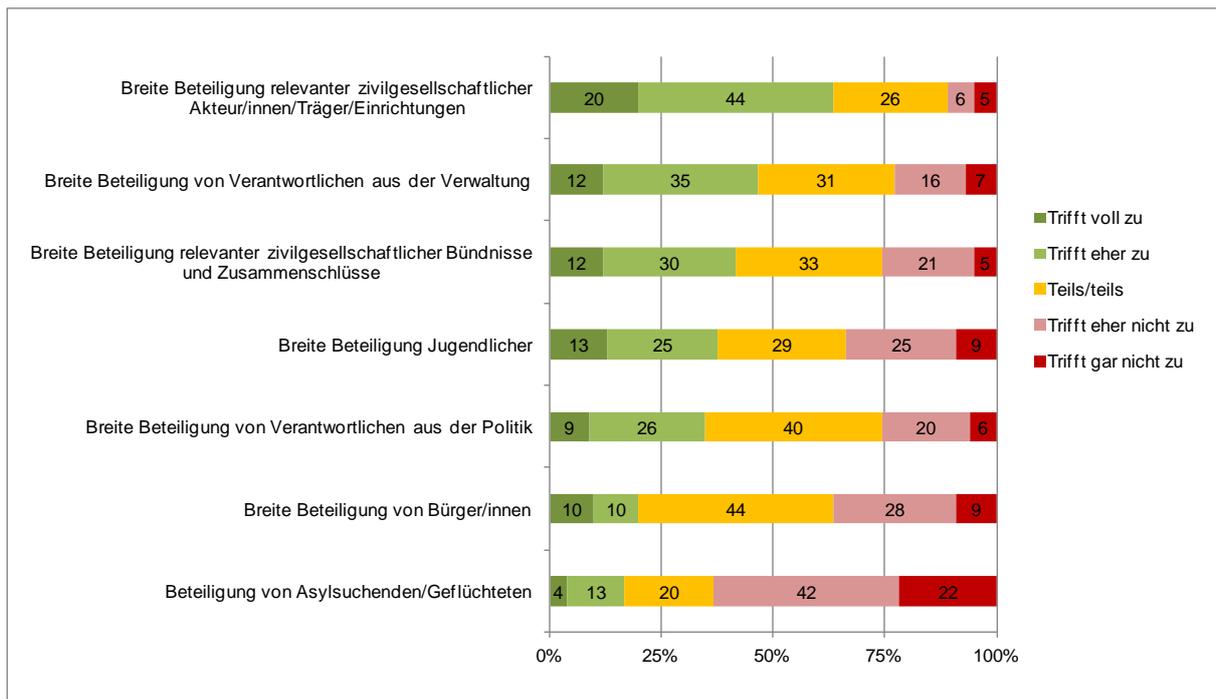
118 Vgl. Tabelle 91 im Anhang.

119 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 142, Tabelle 32.

120 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 201, Tabelle 72.

121 Unter den 101 Partnerschaften, die in diesem Jahr bereits eine Demokratiekonferenz umgesetzt haben, sind, wie erwähnt, nur acht Partnerschaften aus dem dritten oder vierten Interessenbekundungsverfahren. Die Einschätzungen zur Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen spiegelt daher vor allem die Einschätzung von Partnerschaften aus dem ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahren wieder. Diese haben schon mehrere Demokratiekonferenzen umgesetzt.

Abbildung 14: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen¹²²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

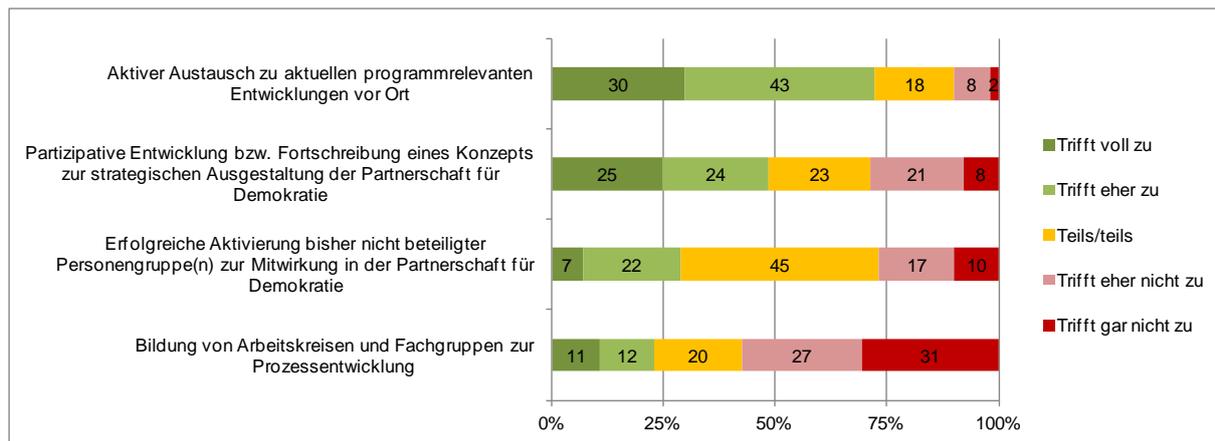
Bei den durchgeführten Demokratiekonferenzen zeigen sich Nachsteuerungsbedarfe bzgl. der erfolgreichen Aktivierung bisher nicht beteiligter Personen.

Im Rahmen der Demokratiekonferenzen findet ein aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort statt (s. Abbildung 15). In etwa der Hälfte der Fälle (49 %, 49) wurden Konzepte zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie im Rahmen der Demokratiekonferenz erarbeitet bzw. fortgeschrieben. Nachsteuerungspotentiale zeigen sich wie schon in den Vorjahren bei der erfolgreichen Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppen sowie der Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung.¹²³

122 Vgl. Tabelle 92 im Anhang.

123 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 142, Tabelle 33 und ISS/Camino 2016, S. 201, Tabelle 73.

Abbildung 15: Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen¹²⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Der Bekanntheitsgrad der Partnerschaften für Demokratie steigt mit ihrer Bestehensdauer.

Die Demokratiekonferenzen können unter anderem auch zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Partnerschaften in der Öffentlichkeit beitragen. Auf einer Skala von 1 (niedrig) bis 10 (hoch) schätzen die Koordinator/innen diesen mit durchschnittlich 5,2 ein. Sie verorten sich demnach im mittleren Feld der beschriebenen Skala. Wenig überraschend sind leichte Unterschiede zwischen den Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und den Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens erkennbar. So bewerten Koordinator/innen von Partnerschaften des ersten Interessenbekundungsverfahrens die Bekanntheit der Partnerschaft durchschnittlich mit 5,7, jene des zweiten Interessenbekundungsverfahrens mit 5,4 und jene des dritten Interessenbekundungsverfahrens mit 5,1. Die Koordinator/innen von Partnerschaften des vierten Interessenbekundungsverfahrens schätzen den Bekanntheitsgrad ihrer Partnerschaft mit durchschnittlich 2,3 nochmals deutlich geringer ein.¹²⁵

Auch der Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre weist darauf hin, dass der Bekanntheitsgrad der Partnerschaften mit der Dauer ihres Bestehens zunimmt. Die Partnerschaften des zweiten Interessenbekundungsverfahrens bewerteten ihre Bekanntheit im Jahr 2015 noch mit durchschnittlich 2,7.¹²⁶ In zwei Jahren hat sich diese Einschätzung also um durchschnittlich 2,7 Punkte erhöht, d.h. verdoppelt. Im Laufe des Bestehens der Partnerschaften gelingt es demnach den verantwortlichen vor Ort, diese deutlicher in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

¹²⁴ Vgl. Tabelle 93 im Anhang.

¹²⁵ Vgl. Tabelle 94 im Anhang.

¹²⁶ Vgl. ISS/Camino 2015, S. 44, Abbildung 17.

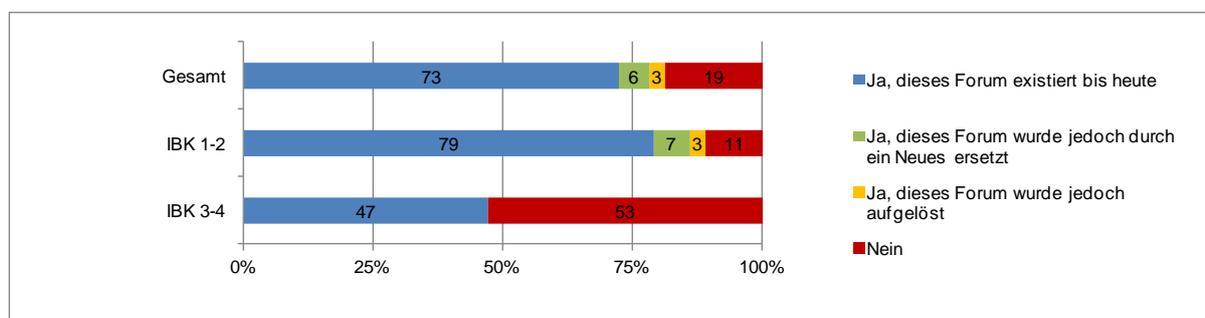
8 Jugendpartizipation

Im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie wird die Partizipation junger Menschen u.a. durch die Initiierung von Jugendforen und finanzielle Förderung von Projekten über einen Jugendfonds realisiert. Dabei handelt es sich um eine Beteiligungsform, die Jugendlichen eine weitgehend selbstorganisierte und aktive Teilhabe in kommunalen Kontexten ermöglicht. In Abhängigkeit der Rahmenbedingungen vor Ort entscheidet jede Partnerschaft individuell über die für sie geeignete Etablierungsform und Ausgestaltung ihres Jugendforums. So können bereits bestehende Strukturen (z. B. Jugendparlamente oder Jugendbeiräte) genutzt und erweitert oder gänzlich neue Beteiligungsformate entwickelt und aufgebaut werden. Finanzielle Mittel erhalten die Jugendforen aus dem Jugendfonds, der durch einen zu bestimmenden Träger verantwortet wird. Vorgesehen ist des Weiteren eine fachliche Begleitung und Unterstützung der Mitglieder des Jugendforums, beispielsweise durch die Koordinierungs- und Fachstelle oder einen weiteren freien Träger.

Die überwiegende Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie setzt im Jahr 2017 ein Jugendforum um.

In den Förderstandorten der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren existierten zum Zeitpunkt der Befragung 186 Jugendforen. In den Partnerschaften, die ihren Förderbescheid im Zuge späterer Verfahren erhielten, konnten weitere 22 eingerichtet werden, so dass nunmehr ¹²⁷ 208 der 264 Partnerschaften (79 %) ein entsprechendes Format der Jugendpartizipation etabliert haben.¹²⁸ In 15 Fällen (6 %) wurde dieses im Laufe des Förderungszeitraums bereits durch ein neues ersetzt.

Abbildung 16: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode¹²⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

¹²⁷ Von den 49 Partnerschaften, die seit Beginn ihrer Förderung noch kein Jugendforum eingerichtet haben, berichten 22, dass sich die Implementierung des Jugendforums noch in der Planungsphase befindet (Vgl. Tabelle 98 im Anhang).

¹²⁸ Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren haben somit zu 86 % ein Jugendforum eingerichtet, Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens zu 47 %.

¹²⁹ Vgl. Tabelle 95 im Anhang.

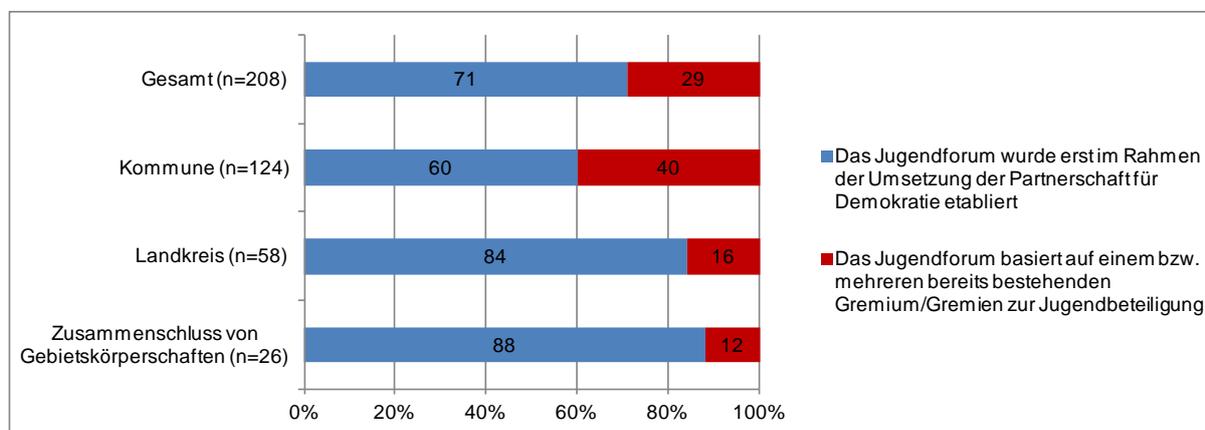
Partnerschaften für Demokratie aus Kommunen gelingt die Implementierung von Jugendforen besser als Partnerschaften für Demokratie aus Landkreisen.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass es den Partnerschaften in den alten Bundesländern (83 %, 129) bisher in einem etwas größeren Ausmaß gelingt, Jugendforen zu etablieren als den Partnerschaften in den neuen Bundesländern (70 %, 65). Besonders gut gelingt die Implementierung in Berlin (93 %, 14). Hier hat lediglich eine von 15 Partnerschaften (noch) kein Jugendforum eingerichtet.¹³⁰ Damit einhergehend weisen Kommunen am häufigsten ein Jugendforum auf (84 %, 124), gefolgt von Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (74 %, 26) und Landkreisen (72 %, 58). In Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften berichten Partnerschaften zudem häufiger, dass ein bestehendes Jugendforum durch ein neues ersetzt wurde.¹³¹

Von „Demokratie leben!“ gehen deutliche Impulse zur Ausweitung des Engagements von Jugendlichen in Jugendforen aus.

Wie schon im Vorjahr¹³² setzt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ deutliche Impulse zur Ausweitung der Jugendpartizipation in den Förderregionen. 71 % (147) aller Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum geben an, dass das Jugendforum erst im Kontext des Programms realisiert wurde. In 29 % (61) der Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum basiert dieses auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung.

Abbildung 17: Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit¹³³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2017 (n=208).

Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede zwischen den jeweiligen Verwaltungseinheiten der Partnerschaften: In Kommunen basieren die Jugendforen mit 40 % (49) am häufigsten auf

130 Vgl. Tabelle 96 im Anhang.

131 Vgl. Tabelle 97 im Anhang.

132 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 61.

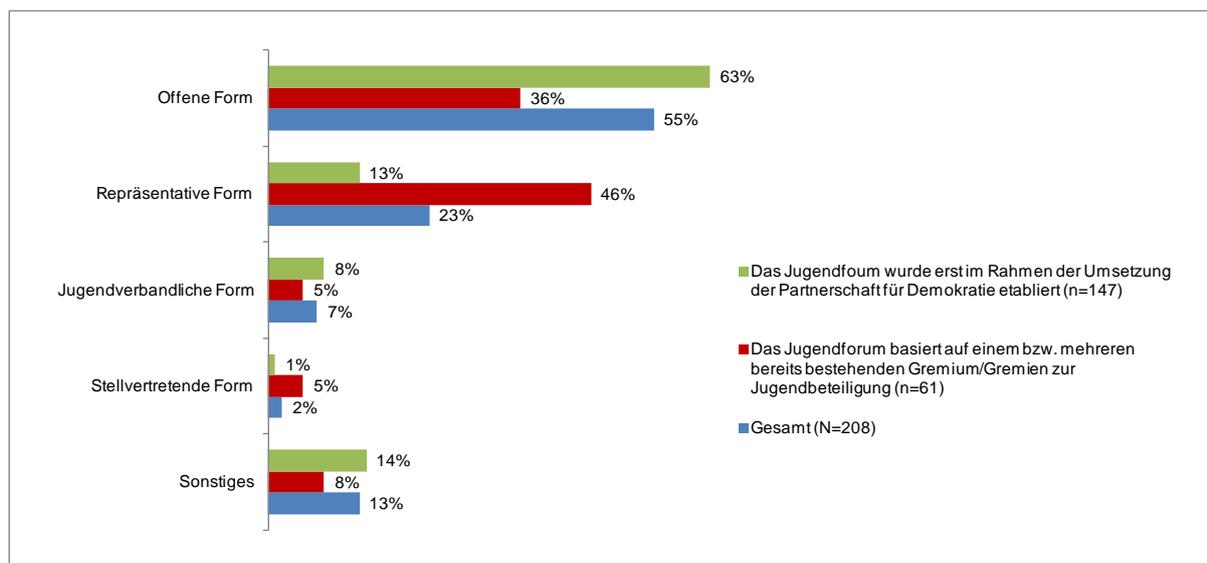
133 Vgl. Tabelle 99 im Anhang.

bereits bestehenden Strukturen. In Landkreisen (16 %, 9) und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (12 %, 3) ist dieser Anteil geringer, die realisierte Jugendpartizipation ist hier demnach unmittelbar auf das Programm „Demokratie leben!“ zurückzuführen.

In neu etablierten Jugendforen sowie in Landkreisen wird vorrangig eine offene Form der Jugendbeteiligung realisiert.

Die am häufigsten gewählten Organisationsformen für Jugendforen sind die offene (55 %, 115) sowie die repräsentative Form (23 %, 47). Die jugendverbandliche (7 %, 15), die stellvertretende (2 %, 5) sowie sonstige Organisationsformen (13 %, 26) werden hingegen seltener realisiert. In Landkreisen (66 %, 38) findet sich die offene Variante tendenziell etwas häufiger als in Kommunen (52 %, 64) und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (50 %, 13).¹³⁴ Darüber hinaus ist die Organisationsform oftmals abhängig vom Etablierungskontext: Während bei Jugendforen, die auf bestehenden Strukturen aufbauen, am häufigsten eine repräsentative Form (46 %, 28) vorzufinden ist, bevorzugen die Jugendforen, die erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert wurden, am häufigsten eine offene Form (63 %, 93).

Abbildung 18: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext¹³⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2017 (n=208).

Mitglieder der Jugendforen besitzen konkrete Entscheidungsbefugnisse und sind in den Begleitausschüssen ihrer jeweiligen Partnerschaft – sehr häufig mit Stimmrecht – vertreten.

Insgesamt engagieren sich in den Jugendforen 3.362 junge Menschen unter 27 Jahren, im Durchschnitt 16,2 Personen. In den kleinsten Jugendforen sind nur 2 junge Menschen aktiv,

134 Vgl. Tabelle 101 im Anhang.

135 Vgl. Tabelle 100 im Anhang.

im größten hingegen 250.¹³⁶ Die durchschnittliche Größe unterscheidet sich je nach Organisationsform. In Jugendforen mit weniger verbindlichen offenen Formen engagieren sich durchschnittlich 13,8 junge Menschen, während es in repräsentativen Jugendforen 23,6 sind.¹³⁷ Zudem zeigt sich, dass Jugendforen, die auf bereits bestehenden Strukturen basieren, mit mehr jungen Menschen besetzt sind als solche, die erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert wurden.¹³⁸ Am häufigsten sind Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren vertreten (54 %, 113).¹³⁹ In nahezu allen Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum (94 %, 195) treffen die jungen Menschen eigenständige Entscheidungen über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds.¹⁴⁰

Die Programmleitlinien sehen zudem vor, dass die Jugendforen auch im Begleitausschuss der Partnerschaft personell vertreten sein sollen. Zum Zeitpunkt der Befragung verfügten 200 Partnerschaften sowohl über einen konstituierten Begleitausschuss als auch über ein Jugendforum. In 159 dieser 200 Begleitausschüsse (80 %) sind Vertreter/innen der Jugendforen gemäß den Leitlinien beteiligt.¹⁴¹ Sind Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss aktiv, haben sie in 94 % (150) der Fälle auch ein Stimmrecht.¹⁴²

Das Vorhandensein von Jugendforen geht erwartungsgemäß mit einer höheren Einbindung von Jugendlichen in die verschiedenen Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften für Demokratie einher.

136 Der Median liegt bei 11, der Modus Verteilung hingegen bei 10.

137 Vgl. Tabelle 102 im Anhang.

138 Vgl. Tabelle 103 im Anhang.

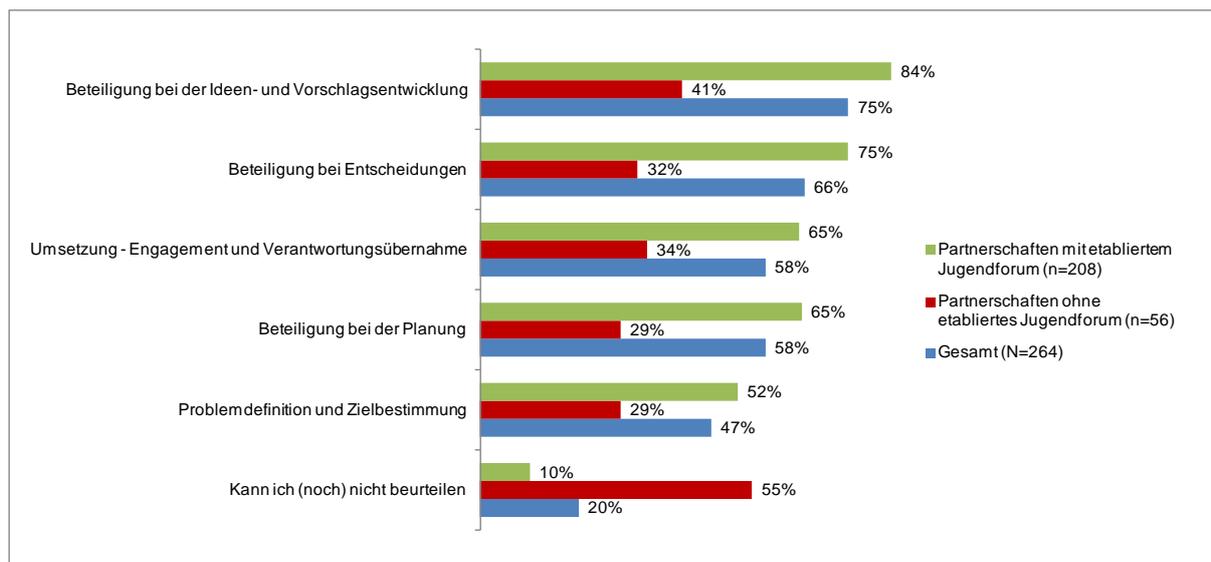
139 Vgl. Tabelle 104 im Anhang.

140 Vgl. Tabelle 105 im Anhang.

141 Vgl. Tabelle 106 im Anhang.

142 Vgl. Tabelle 107 im Anhang.

Abbildung 19: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses differenziert nach Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum¹⁴³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

75 % (197) der Partnerschaften geben an, dass Jugendliche bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung beteiligt sind (mit etabliertem Jugendforum: 84 %, 174). Bei Entscheidungen sind Jugendliche in 66 % (174) der Partnerschaften involviert (mit etabliertem Jugendforum: 75 %, 156). 58 % (154) aller Partnerschaften geben ferner an, dass Jugendliche bei der Umsetzung von Maßnahmen eingebunden werden und Verantwortung übernehmen (mit etabliertem Jugendforum: 65 %, 135). In 152 Fällen (58 %) werden Jugendliche in der Planungsphase mit einbezogen (mit etabliertem Jugendforum: 65 %, 136).

Lediglich in etwa der Hälfte der Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum (47 %, 125) werden Jugendliche in die Problemdefinition und Zielbestimmung eingebunden (mit etabliertem Jugendforum: 52 %, 109), dabei macht es kaum einen Unterschied, ob Mitglieder der Jugendforen im Begleitausschuss vertreten sind oder nicht.¹⁴⁴ Nachsteuerungsbedarfe ergeben sich demnach vorrangig bei der Einbindung von Jugendlichen in die Phase der Identifizierung von lokalen Problemlagen und der Entwicklungen von Zielsetzungen für die jeweilige Partnerschaft und zwar unabhängig davon, ob es sich um Partnerschaften des ersten und zweiten oder des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens handelt, bei denen eine Einbeziehung der Jugendlichen in diese Arbeitsphase objektiv möglich wäre.¹⁴⁵

143 Vgl. Tabelle 108 im Anhang.

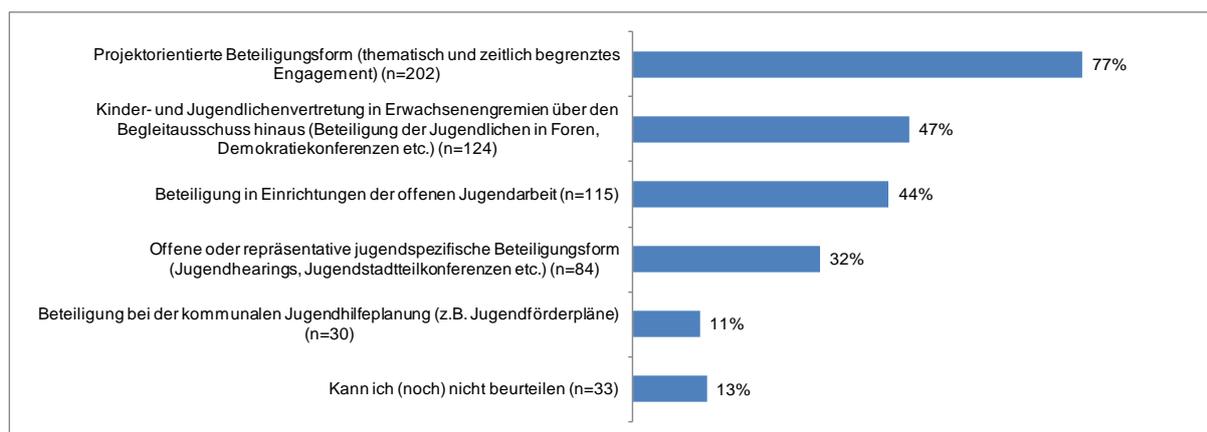
144 Vgl. Tabelle 109 im Anhang.

145 Vgl. Tabelle 110 im Anhang.

Bei der Umsetzung von Jugendbeteiligung in den Partnerschaften für Demokratie werden projektorientierte Formate weiterhin favorisiert.

Bei den Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung zeigt sich, wie schon im Vorjahr¹⁴⁶, eine deutliche Konzentration auf projektorientierte Beteiligungsformate. 77 % (202) aller Partnerschaften geben an, dass Jugendbeteiligung auf diese Weise umgesetzt wird. In 47 % der Fälle (124) sind Kinder und Jugendliche in Erwachsenengremien über den Begleitausschuss hinaus eingebunden. In 11 % (30) der Partnerschaften werden Jugendliche bei der kommunalen Hilfeplanung beteiligt. Partnerschaften ohne etabliertes Jugendforum beteiligen Jugendliche in allen Formen deutlich seltener.

Abbildung 20: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung¹⁴⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Die thematischen Schwerpunkte der realisierten Projekte liegen auf „Demokratieförderung“ und der „Stärkung des Engagements junger Menschen im lokalen Kontext“.

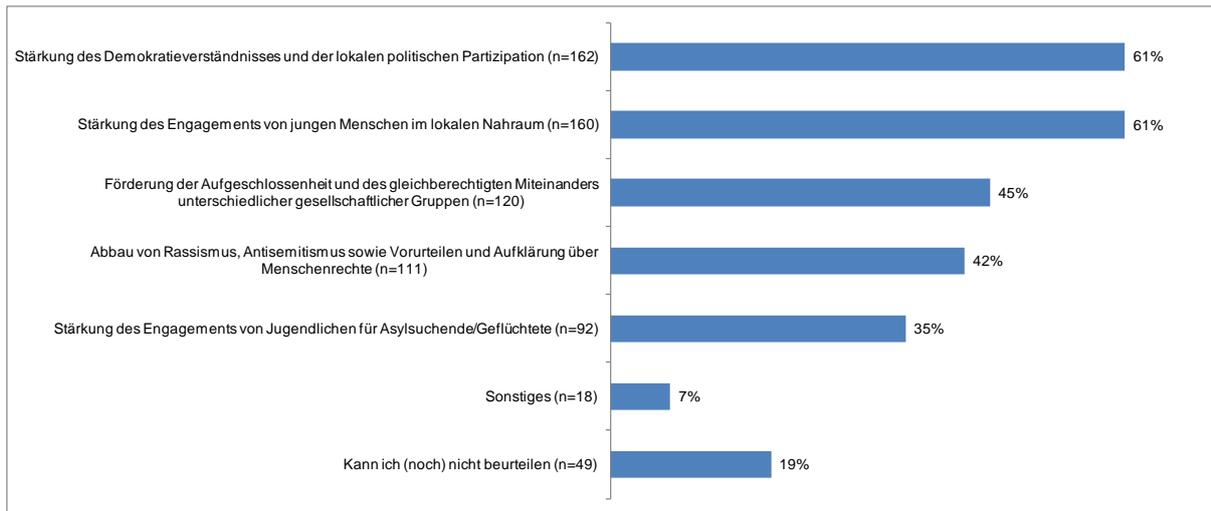
Insgesamt wurden von den Partnerschaften des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens im Jahr 2016 766 Projekte aus dem Jugendfonds umgesetzt. Dies entspricht 17 % aller umgesetzten Projekte.¹⁴⁸ Die aus dem Jugendfonds realisierten Projekte setzen, wie die Projekte der Partnerschaften insgesamt, einen deutlichen Schwerpunkt auf die „Stärkung des Demokratieverständnisses“, also auf die klassische Demokratieförderung. Ein weiteres Hauptaugenmerk liegt auf der „Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahrung“.

146 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 220, Tabelle 103.

147 Vgl. Tabelle 111 im Anhang.

148 Vgl. Tabelle 85 im Anhang.

Abbildung 21: Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte¹⁴⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Partnerschaften für Demokratie aus den alten Bundesländern und Kommunen sind zufriedener mit der Umsetzung der Jugendforen als Partnerschaften aus den neuen Bundesländern und aus Landkreisen.

Die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie beurteilen ihre Zufriedenheit mit dem Stand der Umsetzung des Jugendforums in Abhängigkeit verschiedener Faktoren sehr unterschiedlich. Die Koordinator/innen wurden gebeten, ihre Zufriedenheit auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) auszudrücken. Insgesamt liegt die Zufriedenheit durchschnittlich bei 5,9. Bezüglich der regionalen Verortung der Partnerschaften zeigen sich nur geringe Unterschiede.¹⁵⁰ Jedoch zeigt sich, dass Koordinator/innen von Partnerschaften aus Kommunen mit durchschnittlich 6,2 etwas zufriedener mit der Umsetzung der Jugendforen sind als Koordinator/innen von Partnerschaften aus Landkreisen (5,5) und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (5,4).¹⁵¹

Koordinator/innen, die die strukturellen Voraussetzungen in ihrer Förderregion, wie das Angebot an Vereinen, an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und Erwachsene und die Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, positiv bewerten, äußern auch eine durchschnittlich höhere Zufriedenheit mit dem Stand der Umsetzung des Jugendforums.¹⁵²

¹⁴⁹ Vgl. Tabelle 112 im Anhang. Im zweiten Zwischenbericht hat das ISS-Frankfurt a.M. die Kategorisierung der aus dem Jugendfonds realisierten Projekte auf Grundlage der Projektdatenbank der Regiestelle vorgenommen. Daher ist die Vergleichbarkeit mit den diesjährigen Ergebnissen beschränkt. Die Antwortkategorie „Prävention von Rechtsextremismus“ wurde in diesem Jahr – aufgrund einer Irregularität in der Datenerhebung – nicht erhoben.

¹⁵⁰ Vgl. Tabelle 113 im Anhang.

¹⁵¹ Vgl. Tabelle 114 im Anhang.

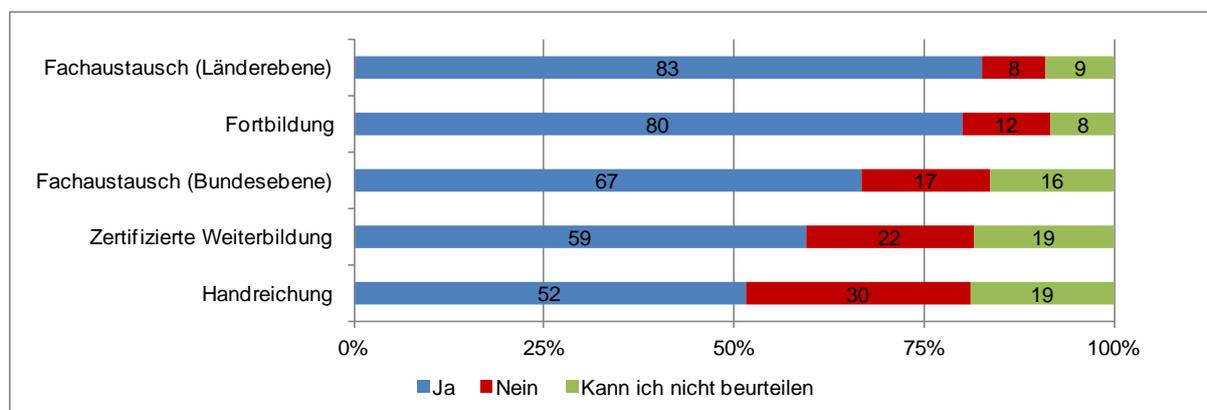
¹⁵² Vgl. Tabelle 115 im Anhang.

9 Unterstützungsbedarfe, Weiterbildung und Coaching

Die Partnerschaften für Demokratie sind mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, die neben ihrer inhaltlichen Arbeit auch formale Prozesse wie die Beantragung von finanziellen Mitteln und Abrechnungsverfahren umfassen. Als Hilfe für die Koordinator/innen bietet das Bundesprogramm verschiedene Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote an.

Die befragten Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie äußern vielfältige Unterstützungsbedarfe, die sich sowohl auf unterschiedliche Formate als auch konkrete Themenbereiche beziehen. Nachgefragt werden vor allem Fachaustausche auf Länderebene. 83 % (218) bekunden Interesse an einer solchen Form des Austausches, 80 % (211) wünschen Fortbildungen, 59 % (157) zertifizierte Weiterbildungen. Handreichungen werden hingegen von etwa der Hälfte der befragten Koordinator/innen nachgefragt.

Abbildung 22: Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen¹⁵³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

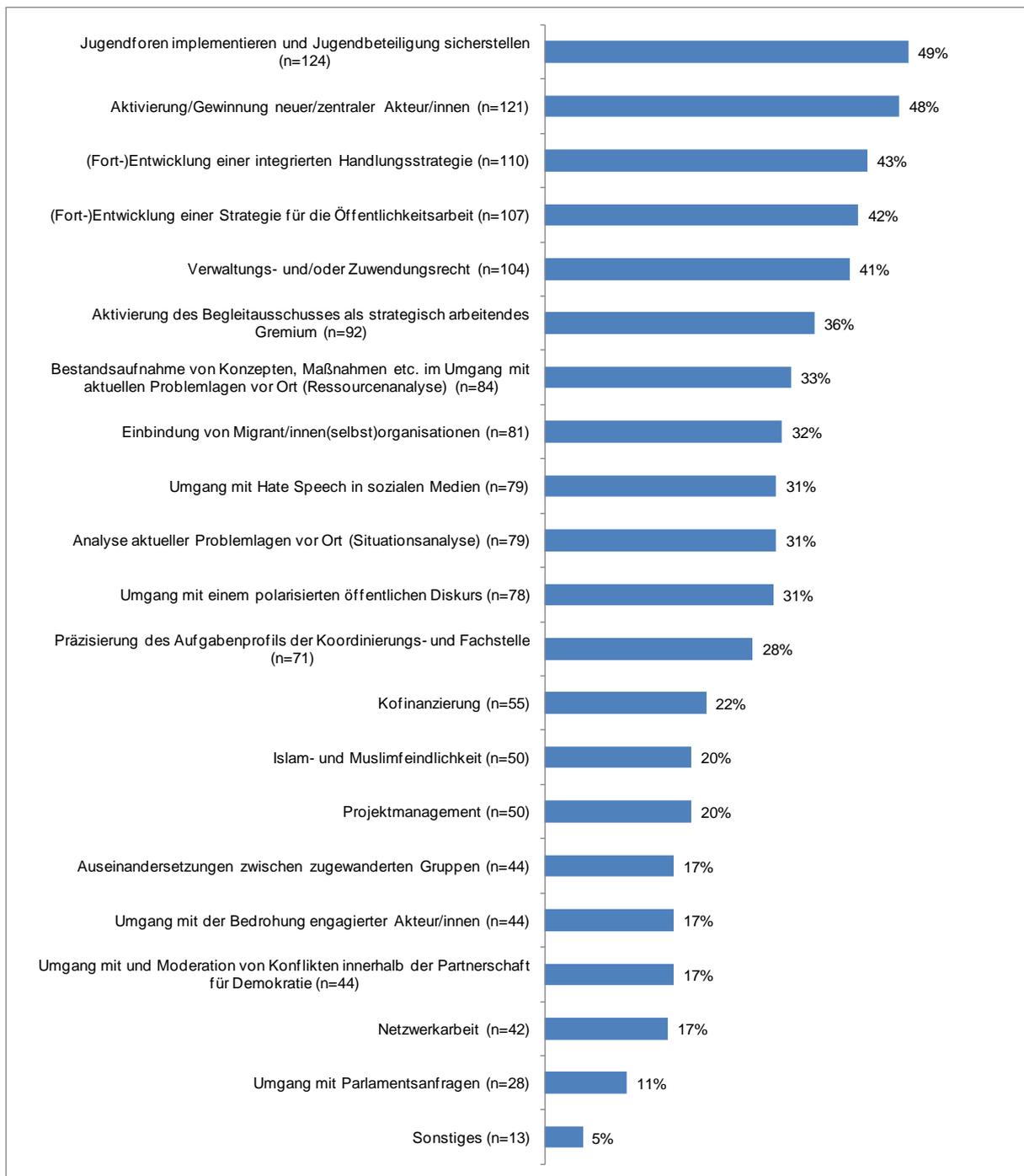
Die Bedarfe nach Fachaustauschen auf Länder- bzw. Bundesebene gehen zudem nicht mit zunehmender Erfahrungsdauer der/s dienstältesten Koordinators/in zurück, sondern werden aus Koordinierungs- und Fachstellen, die auf langjährige Mitarbeiter/innen zurückgreifen können, z.T. sogar häufiger geäußert.¹⁵⁴

Bzgl. der Themenbereiche, in denen weitere Unterstützung gewünscht ist, nennen die Koordinator/innen vor allem strategische bzw. handlungsbezogene Felder wie die „Implementierung von Jugendforen“ und die „Sicherstellung der Jugendbeteiligung“ (49 %, 124), die „Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteur/innen“ (48 %, 121) oder die „(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie“ (43 %, 110).

¹⁵³ Vgl. Tabelle 116 im Anhang.

¹⁵⁴ Vgl. Tabelle 117 im Anhang.

Abbildung 23: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern¹⁵⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen 2017 (n=254). Mehrfachnennungen sind möglich.

155 Vgl. Tabelle 119 im Anhang.

Koordinator/innen von Partnerschaften für Demokratie des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens äußern andere Unterstützungsbedarfe als Koordinator/innen schon länger bestehender Partnerschaften.

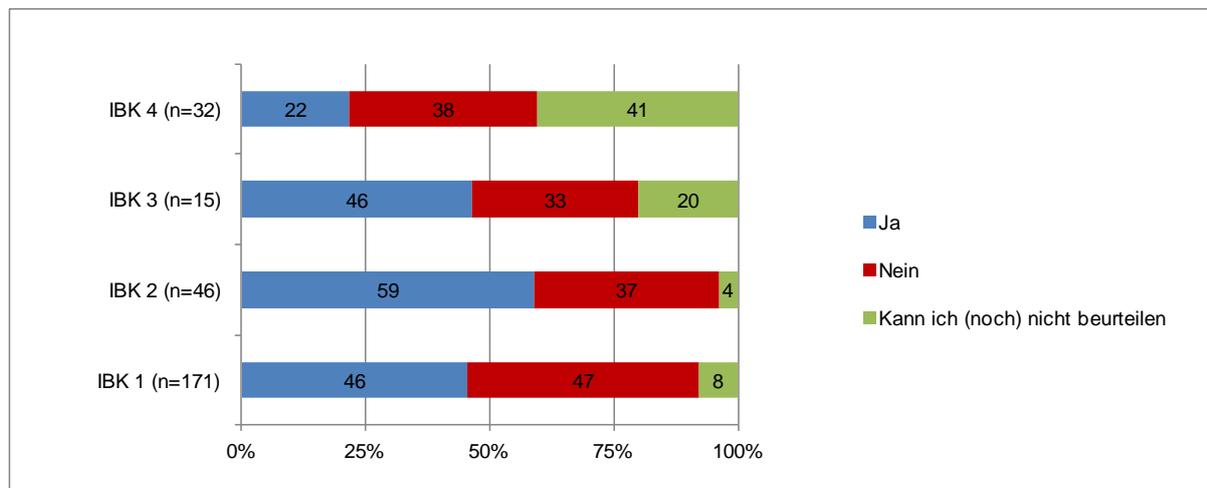
Die nachgefragten Themen variieren mit der Bestehensdauer. So äußern Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens häufiger als jene der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren Bedarf an Unterstützung bzgl. der „(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie“, der „Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen“, der „Analyse aktueller Problemlagen vor Ort“, der „Präzisierung des Aufgabenprofils der Koordinierungs- und Fachstelle“ und des „Projektmanagements“.¹⁵⁶

Knapp die Hälfte der Partnerschaften für Demokratie wird im Jahr 2017 durch einen Coach begleitet.

Sämtliche Partnerschaften haben im Rahmen des Bundesprogramms die Möglichkeit, sich durch einen Coach begleiten zu lassen. 119 (45 %) Partnerschaften geben an, im Jahr 2017 ein solches Coaching in Anspruch genommen zu haben.¹⁵⁷

Partnerschaften des zweiten Interessenbekundungsverfahrens werden mit 59 % (27) am häufigsten durch einen Coach begleitet, Partnerschaften des vierten Interessenbekundungsverfahrens mit 22 % (7) hingegen am seltensten.

Abbildung 24: Begleitung durch einen Coach differenziert nach Förderperiode¹⁵⁸



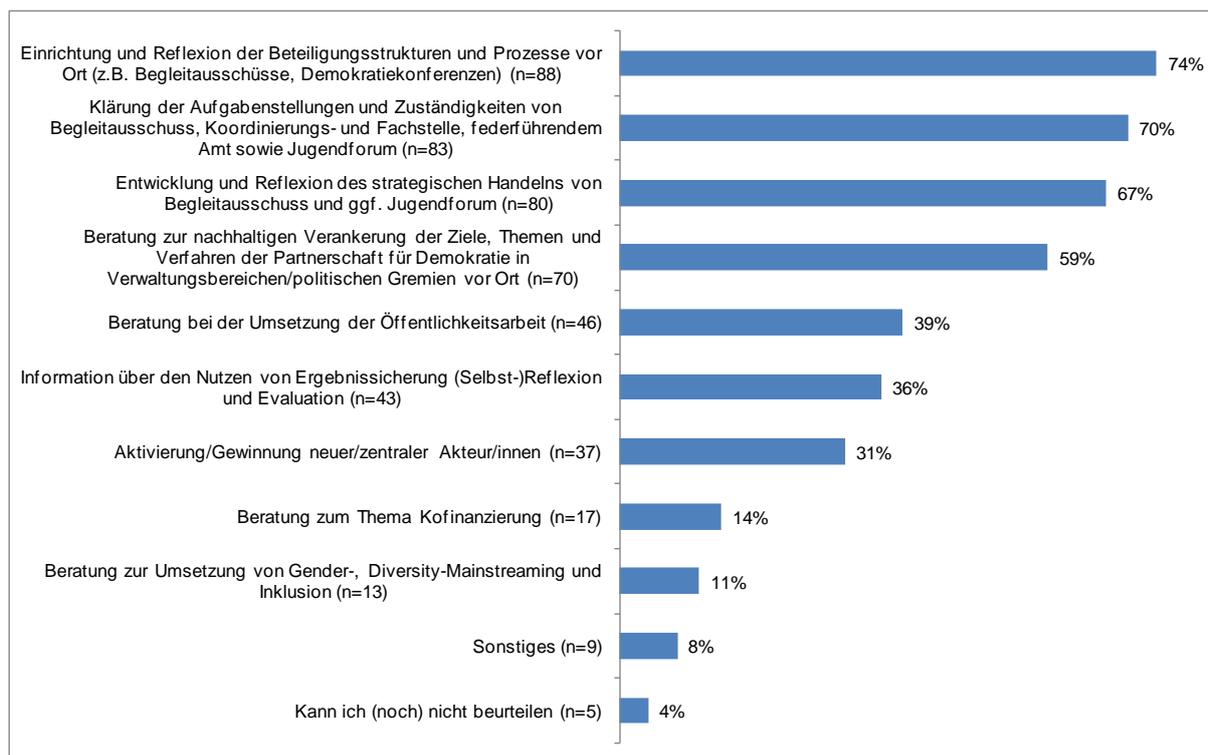
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

156 Vgl. Tabelle 119 im Anhang.

157 Vgl. Tabelle 120 im Anhang.

158 Vgl. Tabelle 121 im Anhang.

Abbildung 25: Bereiche der Unterstützung durch einen Coach¹⁵⁹



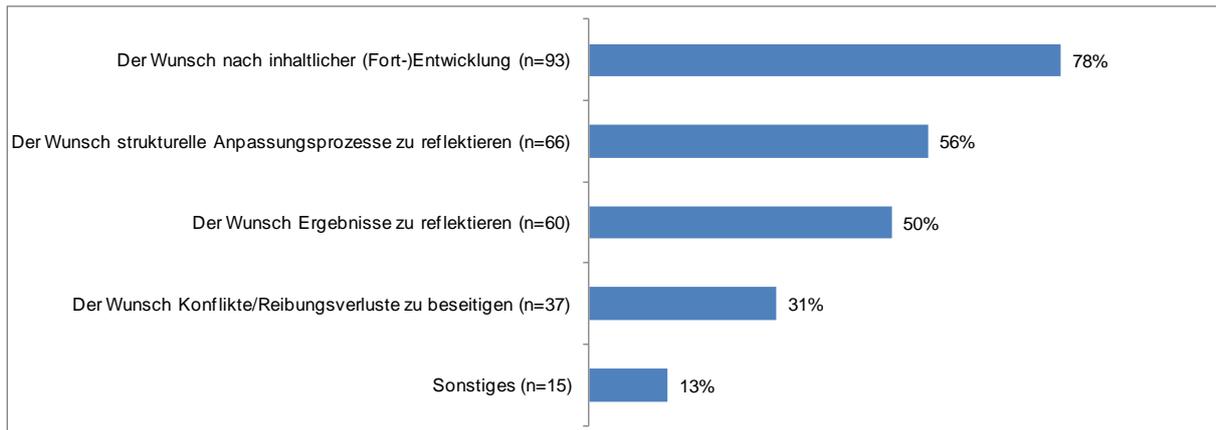
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die durch einen Coach begleitet werden (n=119). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Die Koordinator/innen formulieren einen stetigen Bedarf an Reflexion.

Die Abbildungen 25 und 26 lassen erkennen, dass der Wunsch nach Reflexion bei Partnerschaften, die durch einen Coach begleitet werden, sehr präsent ist. Dieser Befund bietet eine Erklärung, für die Tatsache, dass auch viele Förderstandorte der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren das Coaching in Anspruch nehmen. Demnach dient es nicht nur zur Unterstützung in der Initiierungs- und Aufbauphase, sondern vor allem auch als ständige Begleitung und Reflexionshilfe. Auch wenn die inhaltlichen Themenfelder, zu denen Unterstützung benötigt wird, divers ausfallen, so manifestiert sich dennoch ein kontinuierlicher Bedarf an Unterstützung durch einen Coach. Dies zeigt sich auch in den Antworten der Koordinator/innen zum Anlass der Partnerschaften, das Coaching anzufordern, die sich auf unterschiedliche Phasen der Umsetzung beziehen.

¹⁵⁹ Vgl. Tabelle 122 im Anhang.

Abbildung 26: Gründe für die Inanspruchnahme des Coachings¹⁶⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die durch einen Coach begleitet werden (n=119). Mehrfachnennungen sind möglich.

Die Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie entspricht in etwa dem Wert des Vorjahres. Die befragten Koordinator/innen wurden gebeten, die Zufriedenheit auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) anzugeben. Im Durchschnitt ergibt sich ein Wert von 6,8, was exakt dem Wert der vorjährigen Befragung¹⁶¹ entspricht. Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren zeigen sich hierbei mit durchschnittlich 6,9 zufriedener als Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens mit 6,0.¹⁶²

¹⁶⁰ Vgl. Tabelle 123 im Anhang.

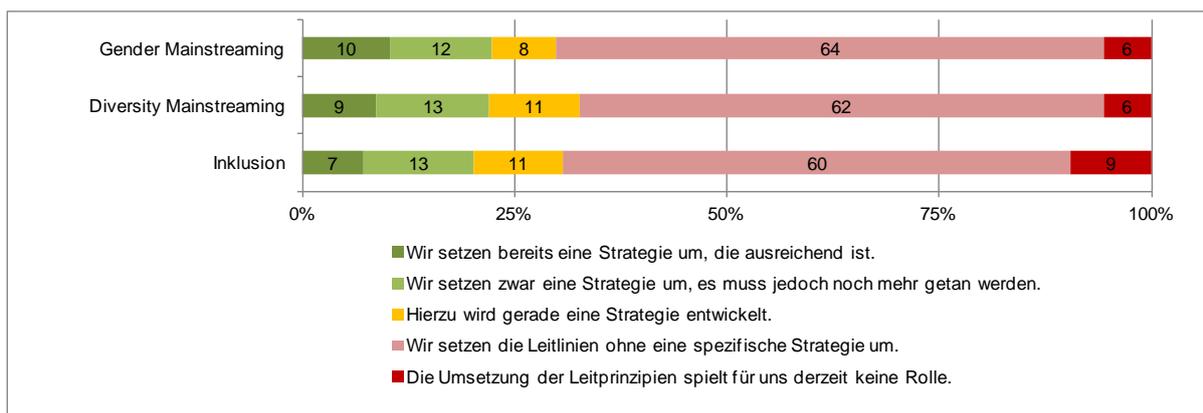
¹⁶¹ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 197, Tabelle 64.

¹⁶² Vgl. Tabelle 124 im Anhang.

10 Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion

Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion (GDI) sind in den Förderleitlinien des Bundesprogramms als leitende Prinzipien festgeschrieben. Sie sollen im gesamten Entwicklungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozess der Partnerschaften Berücksichtigung finden. Es zeigt sich indes, dass die strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien in einem Großteil der Partnerschaften noch nicht vollumfassend gelingt.

Abbildung 27: Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien¹⁶³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Die strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien und die Umsetzung auf Handlungsebene weisen weiterhin Nachsteuerungsbedarfe auf.

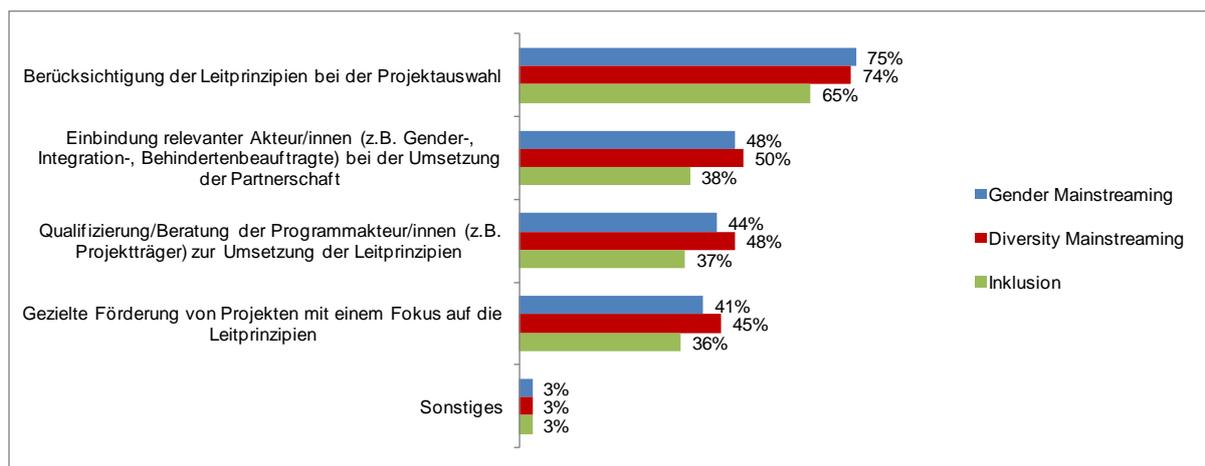
Für sämtliche Teilbereiche der GDI-Leitprinzipien geben mehr als zwei Drittel der befragten Koordinator/innen an, dass die Leitlinien ohne eine spezifische Strategie umgesetzt werden bzw. dass die Umsetzung der Leitlinien derzeit keine Rolle spielt. Lediglich 10 % (27) der befragten Koordinator/innen erachten ihre Strategie im Bereich „Gender Mainstreaming“ als ausreichend. Für „Diversity Mainstreaming“ (9 %, 23) und „Inklusion“ (7 %, 19) fallen diese Einschätzungen nochmals etwas zurückhaltender aus. Im Vergleich zur vorjährigen Befragung zeigen sich zudem kaum Veränderungen.¹⁶⁴

Auch auf der Handlungsebene lassen sich Entwicklungspotentiale erkennen. So werden zwar die Leitprinzipien mehrheitlich bei der Projektauswahl berücksichtigt, eine gezielte Förderung von Projekten mit einem entsprechenden inhaltlichen Fokus findet jedoch deutlich seltener statt.

¹⁶³ Vgl. Tabelle 125 im Anhang.

¹⁶⁴ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 232, Tabelle 123.

Abbildung 28: Umsetzung der GDI-Leitprinzipien¹⁶⁵

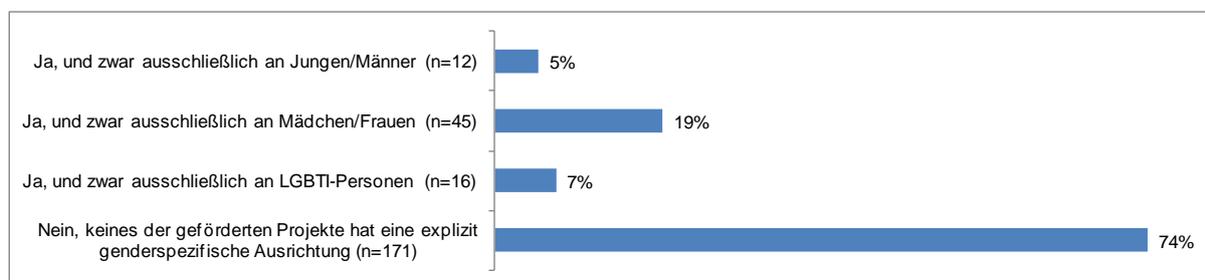


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Die geförderten Projekte adressieren nur im geringen Ausmaß genderspezifische Zielgruppen.

In drei Vierteln der Partnerschaften hat keines der geförderten Projekte eine explizit genderspezifische Ausrichtung. 19 % (45) der befragten Koordinator/innen geben hingegen an, dass Projekte/Initiativen im Jahr 2016 eine explizite Ausrichtung auf Mädchen oder Frauen aufwiesen. 7 % (16) benennen, dass LGBTI-Personen adressiert wurden, in 5 % (12) der Partnerschaften wurden im Vorjahr Projekte umgesetzt, die sich ausschließlich an Jungen oder Männer richteten.

Abbildung 29: Zielgruppenspezifische Projekte/Initiativen im Jahr 2016¹⁶⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“.

Die Koordinator/innen wurden gebeten, auf einer Skala von 1 (entwicklungsbedürftig) bis 10 (umfassend realisiert) einzuschätzen, wie die Umsetzung von GDI in ihrer Partnerschaft gelingt. Die nachfolgende Abbildung zeigt die durchschnittlichen Werte differenziert nach Förderperiode.

¹⁶⁵ Vgl. Tabelle 126 im Anhang.

¹⁶⁶ Vgl. Tabelle 127 im Anhang.

Abbildung 30: Beurteilung der Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion

	IBK 1-2	IBK 3-4	Gesamt
Gender Mainstreaming	5,7	4,8	5,6
Diversity Mainstreaming	5,5	4,7	5,4
Inklusion	4,7	3,9	4,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Die Mittelwerte wurden von 1 („entwicklungsbedürftig“) bis 10 („umfassend realisiert“) berechnet. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

Die Einschätzungen der befragten Koordinator/innen bewegen sich im Mittelfeld der Skala. Die Umsetzung des Gender Mainstreaming wird durchschnittlich mit 5,6, des „Diversity Mainstreaming“ mit 5,4 und die Umsetzung der „Inklusion“ mit 4,6 bewertet. Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren beurteilen die Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion im Durchschnitt positiver als Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens. Im Vergleich mit dem Vorjahr fällt die Einschätzung der befragten Koordinator/innen zudem etwas positiver aus. Hier wurde die Umsetzung von „Gender Mainstreaming“ mit durchschnittlich 5,4, die Umsetzung von „Diversity Mainstreaming“ mit durchschnittlich 5,1 und von „Inklusion“ mit durchschnittlich 4,3 beurteilt.¹⁶⁷

¹⁶⁷ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 233, Tabelle 126.

11 Klima der Bedrohung in den Förderregionen

Der Befund des vergangenen Förderjahres, dass sowohl Geflüchtete als auch zivilgesellschaftlich für Demokratie und Vielfalt engagierte Akteur/innen in mehr als der Hälfte der Partnerschaften für Demokratie Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind, war für das ISS-Frankfurt a.M. Anlass, im Rahmen des diesjährigen Monitorings einen Schwerpunkt auf die aktuellen Bedrohungslagen in den Fördergebieten zu legen.

Im Gegensatz zum Vorjahr wurden die Koordinator/innen im Rahmen der quantitativen Vollerhebung nicht nur gebeten, Einschätzungen zur Quantität der Vorkommnisse und zu den Opfergruppen zu machen, sondern darüber hinaus auch Einschätzungen zur Verfasstheit des lokalen Klimas in Hinblick auf die Bedrohungslagen zu treffen. Hierzu wurden Angaben sowohl zu demokratie-stärkenden als auch demokratiefeindlichen Akteur/innen und zu ihren öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten erhoben, die schließlich mit Aussagen zu Reaktionen auf demokratiefeindliche Vorfälle ergänzt wurden.

Die Rückmeldungen der Koordinator/innen zeigen deutlich auf, dass in nahezu allen Partnerschaften für Demokratie Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe stattfinden. Von allen Partnerschaften, in denen sich die Koordinator/innen in der Lage sahen, Aussagen zu treffen (224), meldeten lediglich vier zurück, dass zwischen Juli 2016 und Juni 2017 keine Vorfälle stattgefunden haben.¹⁶⁸

Ein Rückgang der Anteile von Förderregionen, aus denen Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe gemeldet werden, ist nicht zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist insgesamt kein Rückgang der Anteile von Förderregionen, aus denen Anfeindungen gemeldet werden, zu konstatieren. Es sind ganz im Gegenteil eher Zuwächse bzw. stagnierende Häufigkeiten festzustellen.¹⁶⁹

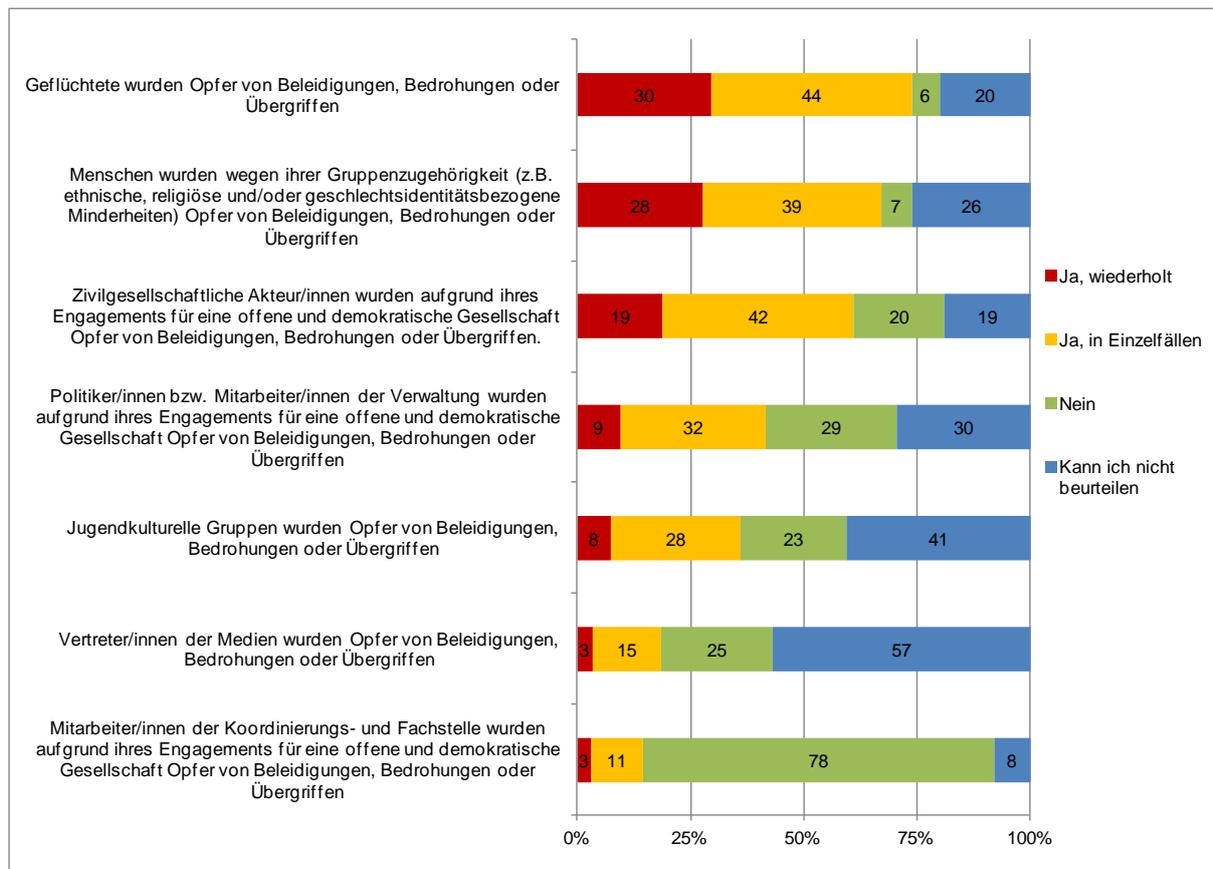
Geflüchtete werden in den meisten Nennungen als Opfergruppe benannt. 74 % (195) der Koordinator/innen gaben an, dass Geflüchtete wiederholt (30 %) oder in Einzelfällen (44 %) beleidigt, bedroht oder angegriffen worden sind. Im Gegensatz zum Vorjahr ist der Anteil der Förderregionen, aus denen derartige Anfeindungen und/oder Übergriffe zurückgemeldet wurden, somit um 14 Prozentpunkte gestiegen.¹⁷⁰

168 Vgl. Tabelle 128 im Anhang. Werden ausschließlich Übergriffe auf die vier Zielgruppen, die bereits im vergangenen Jahr erhoben wurden (Geflüchtete, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung oder Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle), berücksichtigt, so sind 81 % (213) der Standorte von Übergriffen betroffen. Auch diese Zahl liegt über den Werten des vergangenen Jahres. Vgl. Tabelle 129 im Anhang und ISS/Camino 2016, S. 221, Tabelle 107.

169 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 221, Tabelle 106 und ISS/Camino 2016, S. 222, Tabelle 108. Der Anstieg der Zahl an Förderregionen, aus denen Anfeindungen zurückgemeldet werden, ist nicht auf die Ausweitung der Standorte zurückzuführen. Auch die entsprechenden Zahlen für die Partnerschaften aus den ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahren nehmen anteilig zu. Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

170 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 221, Tabelle 106.

Abbildung 31: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017¹⁷¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

67 % (177) der Koordinator/innen berichten, dass Menschen aufgrund ihrer ethnischen, religiösen oder geschlechtsidentitätsspezifischen Gruppenzugehörigkeit wiederholt (28 %) bzw. in Einzelfällen (39 %) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind. Aus 79 % der Förderregionen, in denen solche Vorfälle vorkamen (140), meldeten die Koordinator/innen zurück, dass diese islam- und/oder muslimfeindlich motiviert waren.¹⁷²

Im Vergleich zum Vorjahr¹⁷³ bleibt der Anteil der Förderregionen, aus denen von Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Akteur/innen berichtet wird, mit 61 % (161) unverändert. Bezüglich Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe gegenüber Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung ist hingegen ein leichter Anstieg um fünf Prozentpunkte zu verzeichnen. Letztere wurden in insgesamt 42 % (110) der Förderregionen Opfer von Anfeindungen.

171 Vgl. Tabelle 131 im Anhang.

172 Vgl. Tabelle 132 im Anhang.

173 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 222, Tabelle 108.

Ein Anstieg ist ebenfalls bei den Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen zu konstatieren. Während im vergangenen Jahr 25 Koordinator/innen entsprechende Vorfälle zurückmeldeten (12 %) ¹⁷⁴, sind es in diesem Jahr 38 (14 %). Die differenzierte Analyse zeigt hierbei, dass in 16 Förderregionen auch in diesem Jahr weiterhin entsprechende Anfeindungen und Bedrohungen stattgefunden haben. Aus 22 Förderregionen wird hingegen erstmalig von solchen Formen der Bedrohung berichtet. ¹⁷⁵ Ob jugendkulturelle Gruppen oder Medienvertreter/innen Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden, können Koordinator/innen seltener sicher einschätzen. Aus 36 % der Fördergebiete (95) melden die Koordinator/innen dennoch Anfeindungen gegenüber jugendkulturellen Gruppen und aus 18 % (49) gegenüber Medienvertreter/innen zurück.

Koordinator/innen aus Fördergebieten in Berlin und in den neuen Bundesländern melden häufiger Vorfälle zurück als Koordinator/innen der Fördergebiete in den alten Bundesländern.

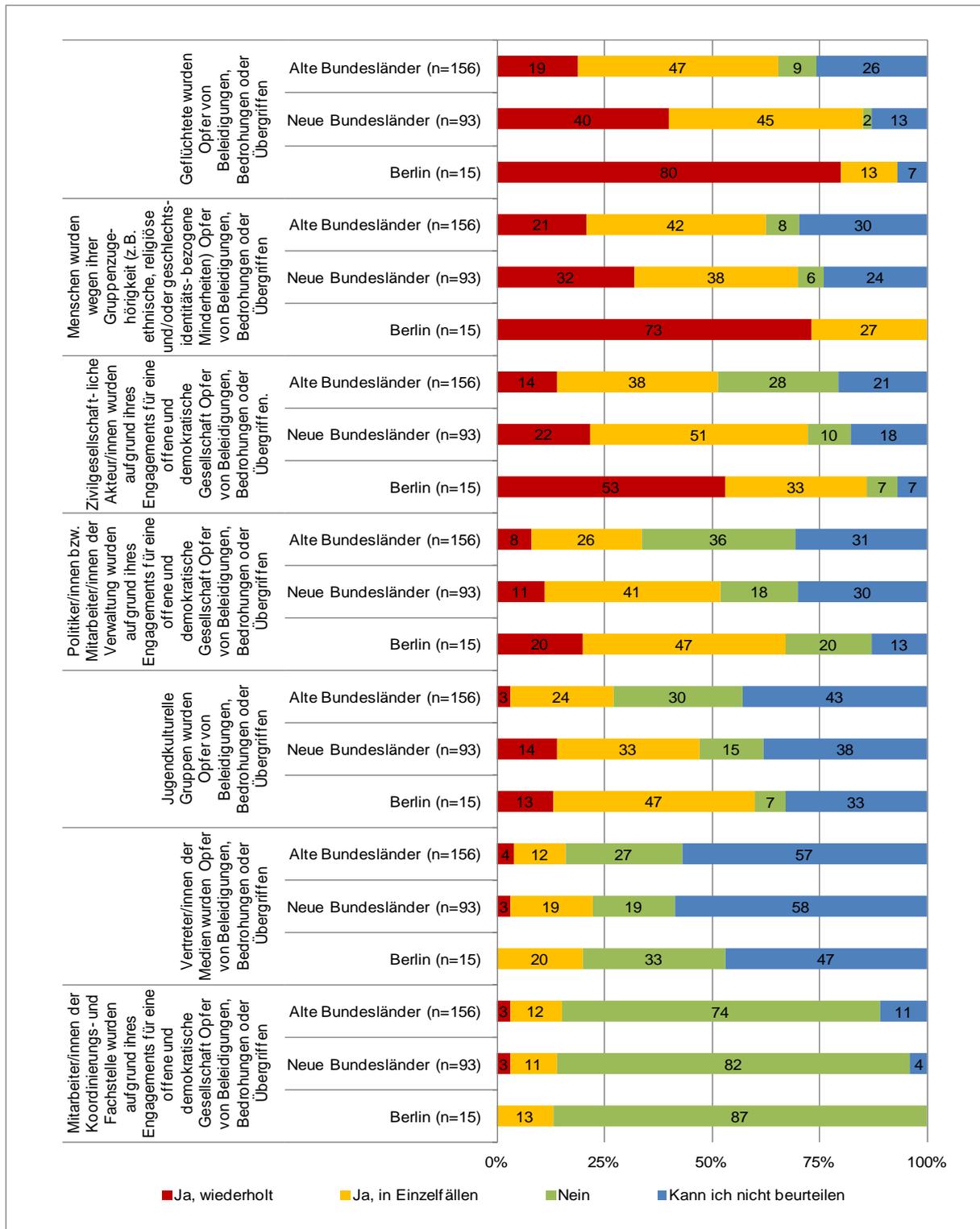
Mit Blick auf die regionale Verteilung der zurückgemeldeten Vorfälle fällt auf, dass die Koordinator/innen aus Berlin und den neuen Bundesländern deutlich häufiger Anfeindungen und Übergriffe angeben als ihre Kolleg/innen aus den alten Bundesländern. In Berlin ist der Anteil der Förderregionen mit gemeldeten Tathandlungen in nahezu allen Kategorien am höchsten. ¹⁷⁶ So geben alle Koordinator/innen aus Berlin an, dass Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden und in 93 % der Fördergebiete Vorfälle gegen Geflüchtete stattgefunden haben. Auch Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen (86 %) und Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung (67 %) werden aus Berlin am häufigsten zurückgemeldet. Auffällig ist hierbei, dass aus Berlin häufiger wiederholte Vorfälle zurückgemeldet werden, als aus den neuen und alten Bundesländern. Während z.B. der Anteil der Förderregionen mit wiederholten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe gegenüber Geflüchteten in den neuen Bundesländern bei 40 % und in den alten Bundesländern bei 19 % liegt, berichten die Koordinator/innen aus Berlin zu 80 % von wiederholten Anfeindungen. Abweichend hoch im Vergleich zu den Angaben der Koordinator/innen aus den alten und den neuen Bundesländern sind ebenso die Zahlen zu den wiederholten Anfeindungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit und gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen.

174 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 222, Tabelle 108.

175 Vgl. Tabelle 133 im Anhang.

176 Berlin verfügt seit 2016 über ein Register zur Dokumentation von rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ-feindlich, antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen in allen Bezirken, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Koordinator/innen sich laufend informieren können (Link zur Projektvorstellung: <http://www.berliner-register.de/projektvorstellung-register>).

Abbildung 32: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 differenziert nach regionaler Verortung¹⁷⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

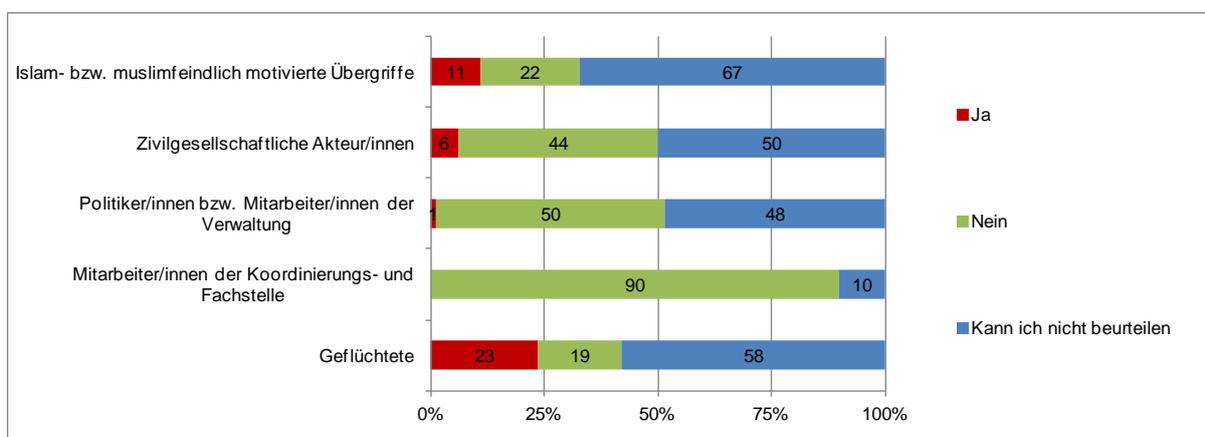
177 Vgl. Tabellen 135 bis 137 im Anhang.

Aus den Förderregionen in den neuen Bundesländern melden die Koordinator/innen im Vergleich zu den alten Bundesländern insgesamt häufiger Anfeindungen, insbesondere gegenüber Asylsuchende/Geflüchtete (85 %, 79) und jugendkulturelle Gruppierungen (47 %, 44).

Körperverletzungen, Bedrohungen, Einschüchterungen und/oder Nötigungen gegenüber Geflüchteten werden häufig berichtet.

23 % der Koordinator/innen (62) berichten von Körperverletzungsdelikten gegenüber Geflüchteten, 11 % (29) von entsprechenden Vorfällen gegenüber Menschen muslimischen Glaubens. Aus 16 Partnerschaften melden Akteur/innen gewaltsame Übergriffe gegen zivilgesellschaftliche Akteur/innen zurück.

Abbildung 33: Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017¹⁷⁸

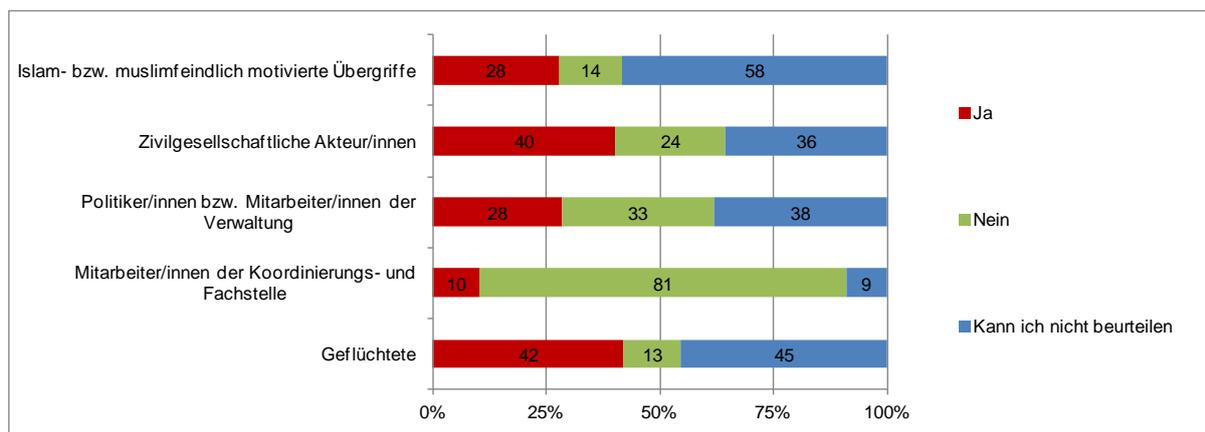


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Körperverletzungen. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Körperverletzungen gegenüber dieser Personengruppe gab.

Bedrohungen, Einschüchterungen und oder Nötigungen kamen in 111 Fördergebieten (42 %) gegen Geflüchtete und in 106 gegen zivilgesellschaftliche Akteur/innen (40 %) vor. Aus 75 (28 %) Regionen berichten die Koordinator/innen ferner, dass auch Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung betroffen waren.

178 Vgl. Tabelle 138 im Anhang.

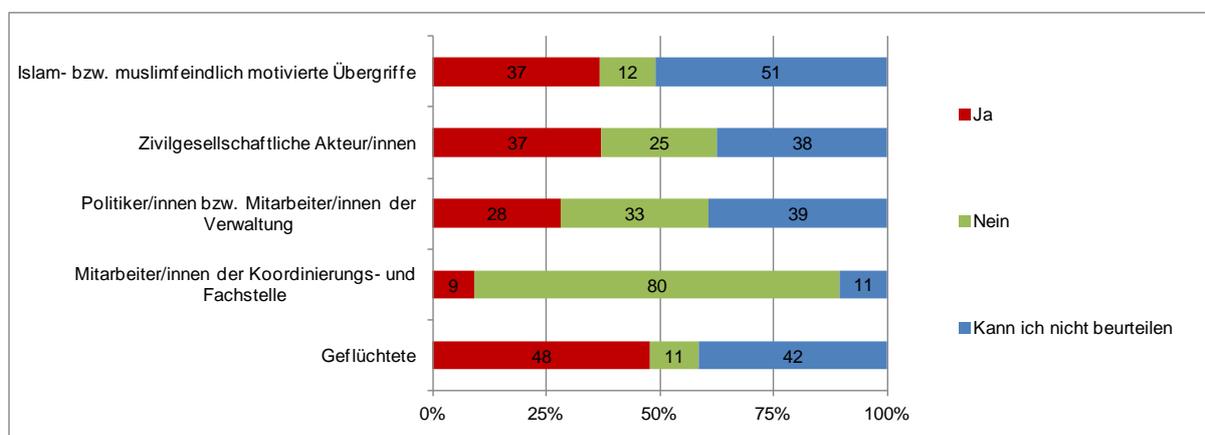
Abbildung 34: Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017¹⁷⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegenüber dieser Personengruppe gab.

Straftaten gegen die Ehre, also Beleidigungen, Üble Nachrede und Verleumdungen, werden aus 126 Fördergebieten (48 %) gegenüber Geflüchteten zurückgemeldet. Diese Formen von Anfeindungen werden in jeweils 37 % der Partnerschaften auch für islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe (97) und zivilgesellschaftliche Akteur/innen (98) registriert.

Abbildung 35: Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017¹⁸⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Straftaten gegen die Ehre. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Straftaten gegen die Ehre gegenüber dieser Personengruppe gab.

179 Vgl. Tabelle 139 im Anhang.

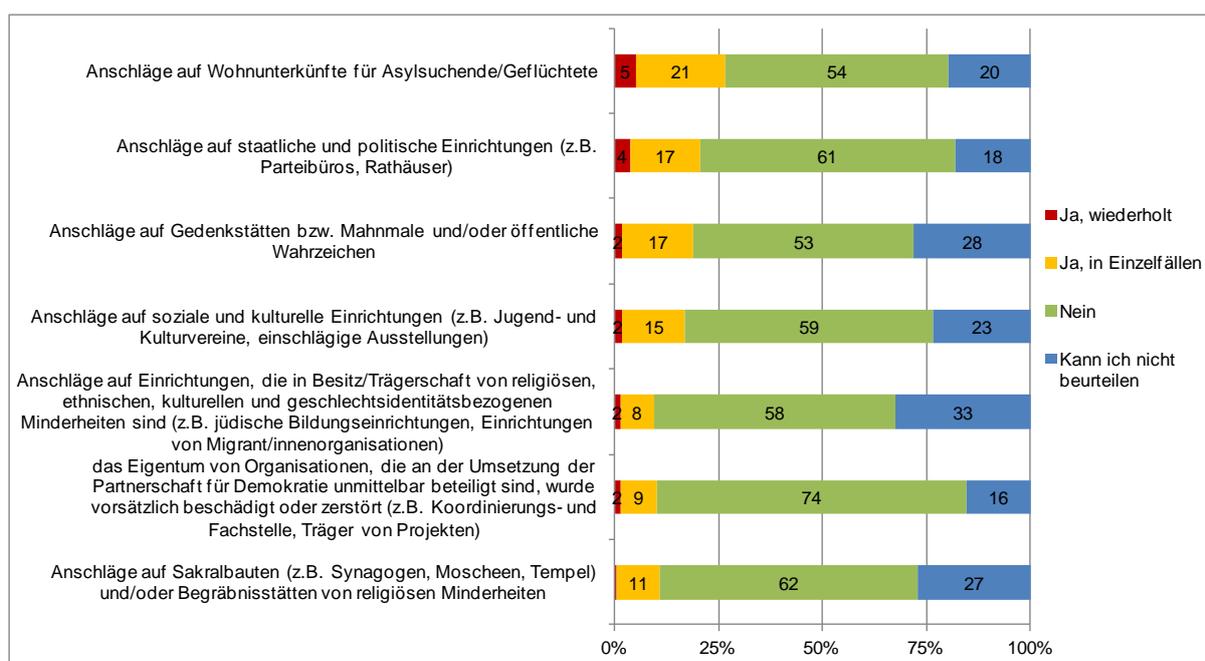
180 Vgl. Tabelle 140 im Anhang.

Anschläge auf Einrichtungen und Sachbeschädigungen werden aus weniger Förderregionen gemeldet als persönliche Anfeindungen.

Übereinstimmend mit den Befunden zu Betroffenengruppen waren Wohnunterkünfte für Asylsuchende (26 %, 70) in den meisten Förderregionen Anschlagziele. In 14 Standorten erfolgten diese Anschläge wiederholt. Ferner werden von den Koordinator/innen auch Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (21 %, 54), Gedenkstätten, bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen (19 %, 50) sowie soziale und kulturelle Einrichtungen (17 %, 45) zurückgemeldet. Diese Anschläge werden proportional häufiger aus Berlin und in den neuen Bundesländern gemeldet.¹⁸¹

25 Koordinator/innen (10 %) gaben an, dass Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind, verübt wurden. In 14 Förderregionen handelte es sich hierbei um Einrichtungen in muslimischer Trägerschaft bzw. in muslimischem Besitz.¹⁸²

Abbildung 36: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017¹⁸³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

181 Vgl. Tabellen 142 bis 144 im Anhang.

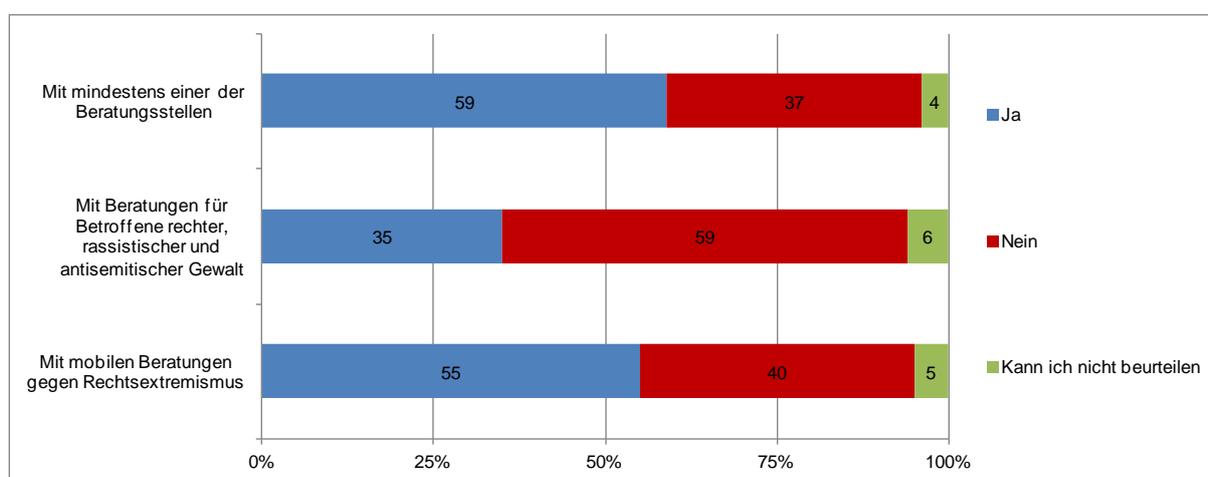
182 Vgl. Tabelle 145 im Anhang.

183 Vgl. Tabelle 141 im Anhang.

Eine Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung bzw. den Opferberatungsstellen erfolgt in etwas mehr als der Hälfte der Fördergebiete, in denen menschenfeindliche Handlungen bzw. Übergriffe vorkamen.

Da nunmehr alle Bundesländer sowohl über Mobile Beratungen als auch Opferberatungsstellen verfügen, können Partnerschaften, in denen Menschen von Anfeindungen und Übergriffen betroffen sind, auf spezialisierte Beratungsdienste zurückgreifen. In 59 % (130) Standorten, in denen Anfeindungen bzw. Übergriffe stattfanden, erfolgte eine Zusammenarbeit mit mindestens einer Beratungsstelle. In 55 % (121) der Fördergebiete kooperierten die Akteur/innen mit der Mobilen Beratung, in 35 % (77) mit der Opferberatungsstelle.

Abbildung 37: Zusammenarbeit mit Beratungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017¹⁸⁴



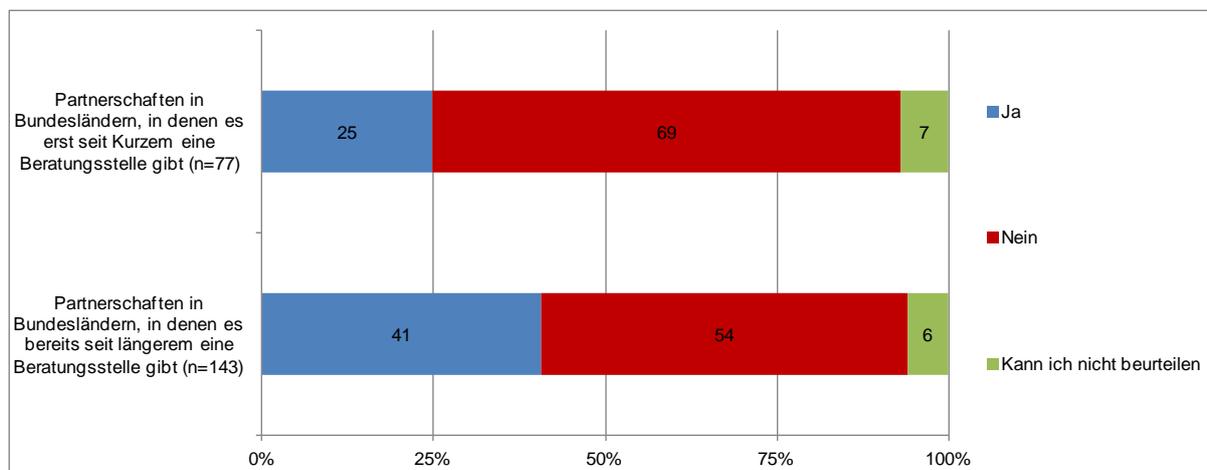
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten (n=220).

Eine Zusammenarbeit findet allerdings in Standorten der Bundesländer häufiger statt, in denen die Opferberatungsstellen (Beratungen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt) bereits über einen längeren Zeitraum existieren. Hier kooperieren 41 % (58) der Partnerschaften für Demokratie mit diesen Diensten.¹⁸⁵

184 Vgl. Tabelle 146 im Anhang.

185 Vgl. Tabelle 148 im Anhang.

Abbildung 38: Zusammenarbeit mit Opferberatungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 differenziert nach Bundesländern, in denen es bereits seit längerem bzw. erst seit Kurzem eine Opferberatungsstelle gibt¹⁸⁶



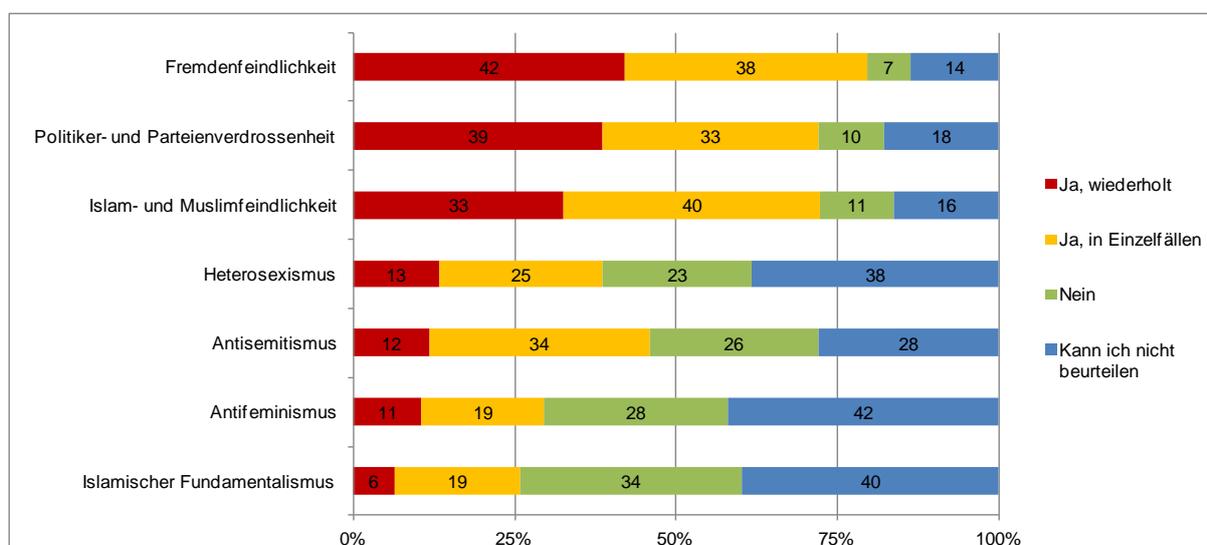
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten (n=220). Bundesländer, in denen es erst seit Kurzem eine Beratungsstelle gibt: Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein. Bundesländer, in denen es bereits seit längerem eine Beratungsstelle gibt: Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Fremdenfeindliche, islam- bzw. muslimfeindliche sowie politiker- und parteiverdrossene Diskurse prägen das lokale demokratiefeindliche Klima vor Ort.

Den Angaben der Koordinator/innen zufolge werden in 80 % der Förderregionen (210) vor allem fremdenfeindliche sowie islam- bzw. muslimfeindliche Diskurse (73 %, 191) öffentlich geführt und auch Politiker- bzw. Parteienverdrossenheit (72 %, 190) offensiv formuliert. Öffentlich geäußerte antisemitische Positionen nehmen knapp die Hälfte der Koordinator/innen (46 %, 121) in ihren Förderregionen wahr.

¹⁸⁶ Vgl. Tabellen 147 und 148 im Anhang.

Abbildung 39: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017¹⁸⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Fremdenfeindliche Diskurse wurden insbesondere aus Berlin zurückgemeldet (11 Koordinator/innen gaben „ja, wiederholt“ an), in den neuen Bundesländer kommen solche offensiv öffentlich vertretenen Positionen ebenfalls in anteilig mehr Förderregionen wiederholt vor (52 %, 48) als in den alten Bundesländern (33 %, 52). Auch Antisemitismus, Antifeminismus und Heterosexismus wurden als öffentlich vertretene Positionen aus einem größeren Anteil der Förderregionen Berlins gemeldet, die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern fielen demgegenüber gering aus. Im Gegensatz hierzu werden in einem größeren Anteil der alten Bundesländer islamisch fundamentalistische Haltungen öffentlich vertreten.¹⁸⁸

Um über die einzelnen Vorkommnisse hinaus auch abbilden zu können wie die lokalen Gemeinwesen in den Fördergebieten von Seiten demokratischer sowie demokratiefeindlicher Akteur/innen geprägt sind, wurden in diesem Jahr erstmalig Akteursgruppen und ihr Auftreten im öffentlichen Raum erhoben.

In dreiviertel der Förderregionen sind rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen aktiv, sie sind die am häufigsten wiederholt auftretenden Akteur/innen vor Ort.

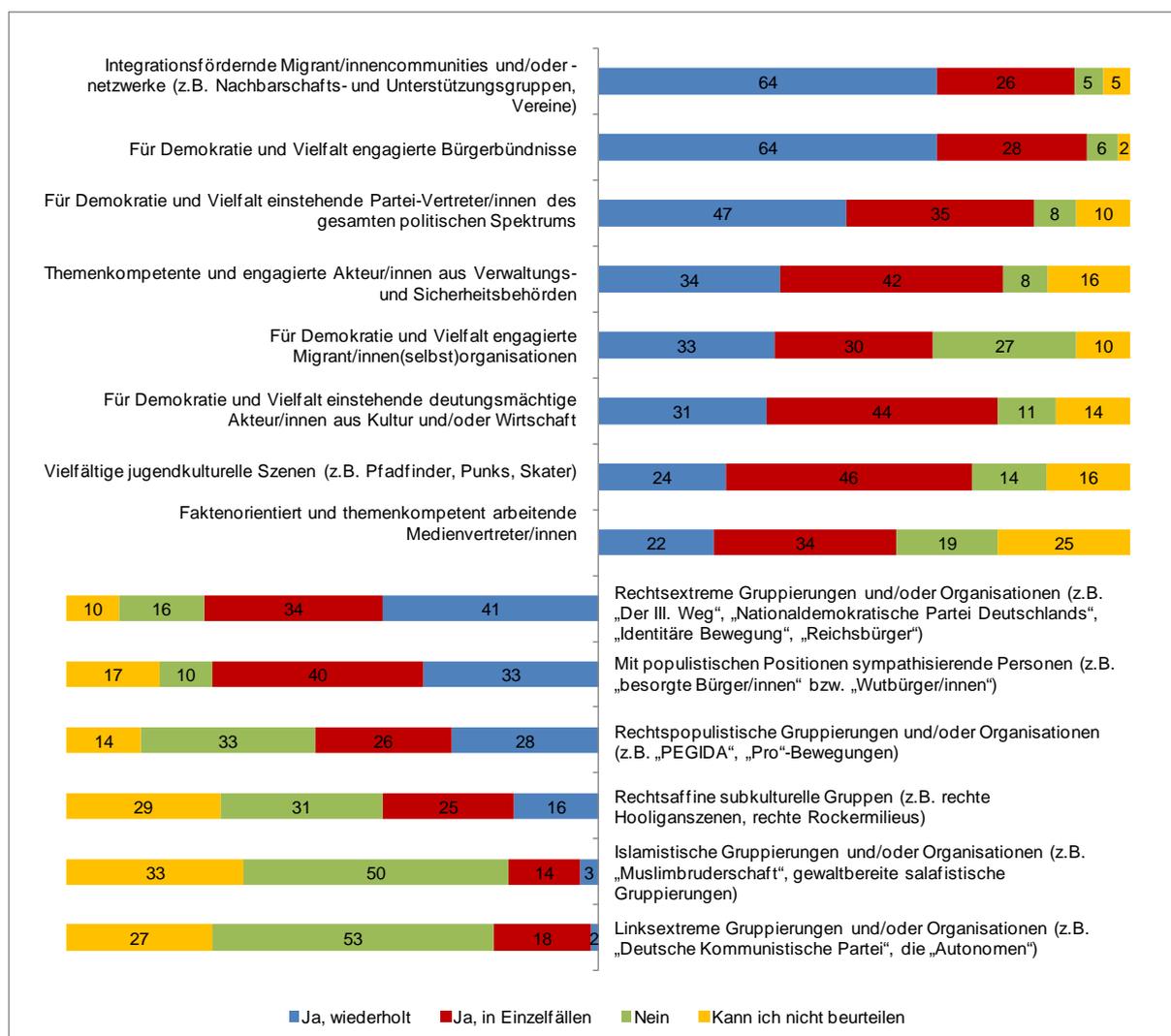
Nach Angaben der Koordinator/innen sind in 75 % der Förderregionen (196) rechtsextreme Organisationen und/oder Gruppierungen vertreten und auch öffentlich wahrnehmbar aktiv. Aus 41 % (107) der Partnerschaften wird von wiederholten Aktionen dieser Gruppierungen berichtet. Während Verantwortliche nahezu ebenso häufig (73 %, 192) zurückmelden, dass es aktive mit populistischen Positionen sympathisierende Bürger/innen gibt, treten rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen in etwas mehr als der Hälfte der Standorte (54 %, 141) öffentlich wahrnehmbar handelnd auf. Wiederholtes öffentliches Tätigwerden von

¹⁸⁷ Vgl. Tabelle 149 im Anhang.

¹⁸⁸ Vgl. Tabellen 150 bis 152 im Anhang.

islamistischen Gruppierungen und/oder Organisationen nehmen neun Koordinator/innen in ihren Partnerschaften wahr, in insgesamt 17 % (45) der Standorte sind diese Gruppierungen aktiv. (Wiederholte) Aktionen linksextremer Gruppierungen und rechtsaffiner Subkulturen werden demgegenüber aus einer geringen Zahl von Förderregionen gemeldet.

Abbildung 40: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017¹⁸⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

189 Vgl. Tabellen 153 und 154 im Anhang.

Auch hinsichtlich der Akteur/innen zeigt sich der bereits benannte Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen sowie rechtsaffine subkulturelle Gruppen werden aus Landkreisen häufiger zurückgemeldet.¹⁹⁰ Ebenso werden rechtsextreme und rechtspopulistische Organisationen in den neuen Bundesländern häufiger als regelmäßig aktiv beschrieben als in den alten Bundesländern.¹⁹¹

Die Koordinator/innen melden jedoch auch das Vorhandensein einer Vielzahl unterschiedlicher demokratisch tätiger Akteur/innen zurück. In nahezu allen (92 %, 242) Standorten gibt es aktive und in 64 % der Fördergebiete (168) wiederholt aktive Bürgerbündnisse. Für Demokratie und Vielfalt einsetzende Politiker/innen des gesamten politischen Spektrums werden aus 82 % (216) der Standorte benannt, in nahezu jeder zweiten Partnerschaft (47 %, 123) werden sie auch wiederholt tätig. Themenkompetent und engagiert agierende Akteur/innen aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden nehmen 76 % der Koordinator/innen wahr. Zusammen mit den weiteren Akteur/innen aus Kultur und/oder Wirtschaft sowie engagierten Migrant/innen(selbst)organisationen zeigt sich das Spektrum demokratisch engagierter Personen und Organisationen gut aufgestellt. Aktivitäten von faktenorientiert und themenkompetent arbeitenden Medienvertreter/innen sind für die Koordinator/innen wahrnehmbar, nämlich in etwas mehr als der Hälfte der Standorte (56 %, 148).

Gezielte und insbesondere wiederholte Maßnahmen der Gegenrede auf die zahlreichen Vorfälle von Hate Speech im Netz werden nur aus wenigen Partnerschaften für Demokratie zurückgemeldet.

Auf der Handlungsebene zeigen die Antworten der Koordinator/innen, dass demokratiefeindliche Akteur/innen sowohl im Netz (74 %, 196) als auch räumlich dominant (72 %, 191) agieren. In etwas mehr als der Hälfte der Partnerschaften (53 %, 140) finden Demonstrationen und Kundgebungen demokratiefeindlicher Akteur/innen statt, 62 Koordinator/innen berichten von wiederholten Veranstaltungen dieser Art. Wortergreifungen und Störungen auf Veranstaltungen melden 45 % der Koordinator/innen (119) zurück, allerdings sind dies weit häufiger singuläre als wiederholte Vorfälle. Eine gezielte Behinderung der Arbeit der Partnerschaft findet in 21 Standorten statt, 18 dieser Standorte werden seit den ersten zwei Interessenbekundungsverfahren gefördert.¹⁹² Die regionale Verteilung dieser 21 Standorte entspricht in etwa der gesamten Verteilung aller Partnerschaften.¹⁹³

190 Vgl. Tabellen 155 bis 157 im Anhang.

191 Vgl. Tabellen 158 bis 160 im Anhang. Die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie zwischen den Verwaltungseinheiten sind teilweise überlappend, da Partnerschaften in den neuen Bundesländern beispielsweise häufiger in Landkreisen angesiedelt sind als Partnerschaften in den alten Bundesländern. Dennoch zeigen sich auch unter Kontrolle der Verwaltungseinheit Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. So sind z.B. rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen in Landkreisen in den neuen Bundesländern aktiver als in Landkreisen in den alten Bundesländern. Vgl. Tabellen 164 und 165 im Anhang.

192 Vgl. Tabelle 165 im Anhang.

193 Vgl. Tabelle 166 im Anhang.

Abbildung 41: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen und demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017¹⁹⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Demokratische Akteur/innen klären demgegenüber wiederholt Bürger/innen auf (95 %, 249), führen antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen durch (85 %, 223) und unterbreiten Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit menschenfeindlichen Akteur/innen (82 %, 217). Demonstrationen und Kundgebungen sowie moderierte Diskurse zu polarisierenden Themenstellungen finden stattdessen eher als Einzelaktionen statt, werden aber von 68 % bzw. 71 % der Partnerschaften umgesetzt. In 68 Standorten werden Demonstrationen und in 61 Fördergebieten Diskussionsveranstaltungen wiederholt durchgeführt. Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltung und Sicherheitsbehörden melden 35 % der Koordinator/innen,

¹⁹⁴ Vgl. Tabellen 163 und 164 im Anhang.

sie werden demnach in 92 Standorten umgesetzt. Wiederholte Aktionen werden regelmäßig häufiger aus Kommunen berichtet.¹⁹⁵

Zivilgesellschaftliche Akteur/innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement fest.

Die Rückmeldungen der Koordinator/innen hinsichtlich der Auswirkungen demokratie- und menschenfeindlicher Vorkommnisse in ihren Förderregionen zeichnen das Bild, dass in den Partnerschaften auf vielfältige Weise reagiert wird. Zunächst wird deutlich, dass sich zivilgesellschaftliche Akteur/innen in der überwiegenden Mehrzahl der Standorte (87 %, 232) eher bzw. gar nicht einschüchtern lassen und an ihrem Engagement festhalten. Lediglich in sieben Standorten verneinen Koordinator/innen eine solche Haltung durch die Zivilgesellschaft. Auf Vorfälle wird in 66 % der Standorte öffentlich z.B. durch zeitnahe Verurteilungen, Gegendemonstrationen oder zivilgesellschaftliche Gegenwehr reagiert (172). Etwa zwei Drittel der Koordinator/innen schätzen ferner ein, dass relevante Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft über akute Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher informiert sind und diese ernst nehmen (197).

Dass auf kompetente Weise durch verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf Vorfälle reagiert wird, melden 67 % der Koordinator/innen (177) zurück, ebenso geben 61 % der Mitarbeiter/innen an, dass in ihren Fördergebiete Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft bei Vorfällen zusammenarbeiten (159).

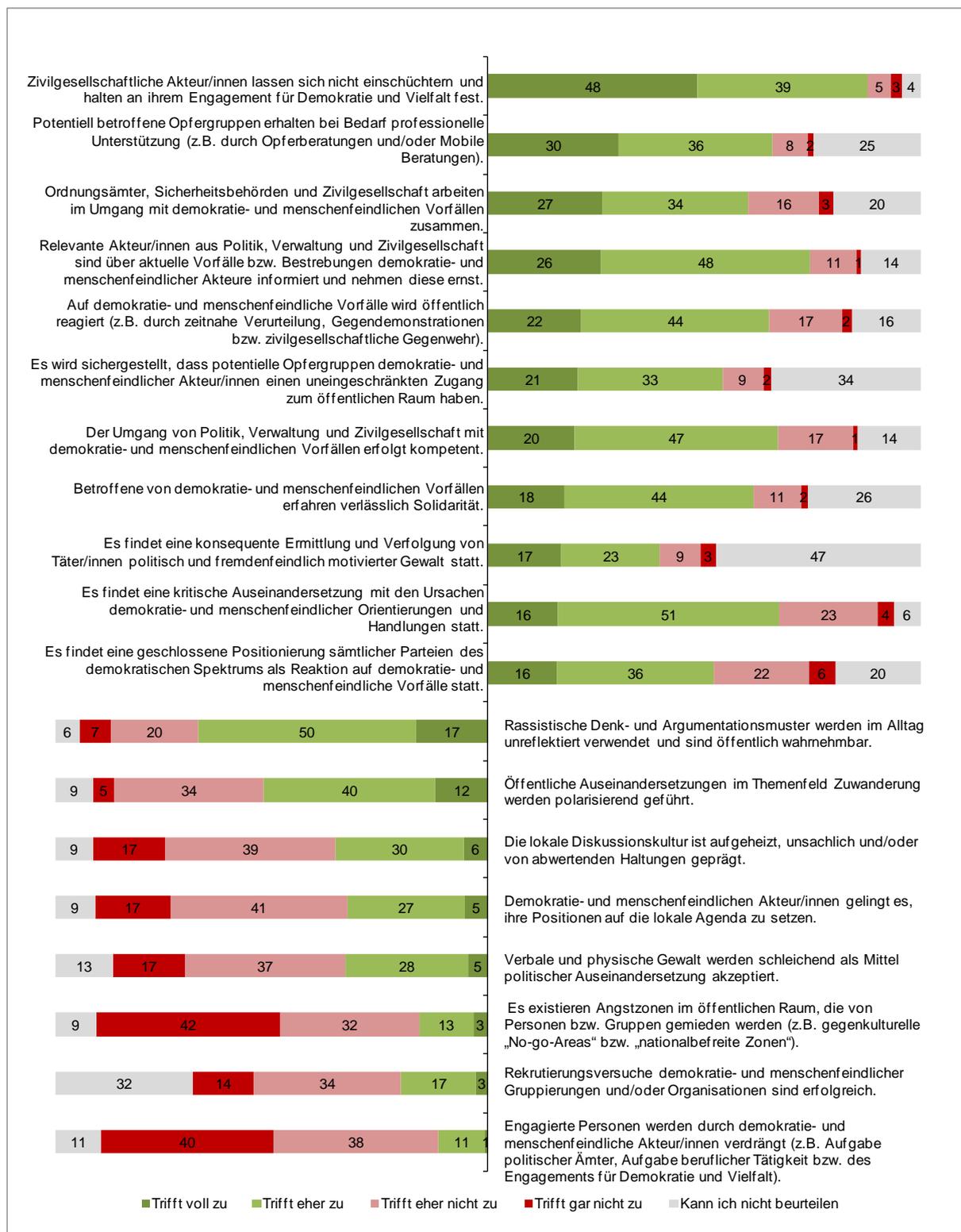
Opfer erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (66 %, 174) und erfahren aus Sicht der Koordinator/innen Solidarität (62 %, 162).

Aus nahezu jeder fünften Partnerschaft für Demokratie melden Koordinator/innen unzureichende öffentliche Reaktionen auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle zurück.

Trotz dieser überwiegend positiven Rückmeldungen geben 28 % (74) der Koordinator/innen an, dass eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf Vorfälle in ihren Fördergebieten eher nicht bzw. gar nicht erfolgt. 27 % (70) schätzen ferner ein, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen eher nicht bzw. gar nicht stattfindet. Jeweils 19 % melden darüber hinaus zurück, dass eine zivilgesellschaftliche und staatliche Kooperation mit den Ordnungsämtern und Sicherheitsbehörden im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen (52) eher nicht bzw. nicht erfolge und auf Vorfälle eher oder gar nicht öffentlich reagiert würde (50).

¹⁹⁵ Vgl. Tabellen 167 bis 169 im Anhang.

Abbildung 42: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf und Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017¹⁹⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

196 Vgl. Tabellen 170 und 171 im Anhang.

Es existieren Förderregionen, in denen rechtsextreme Akteur/innen spürbar das lokale Klima beeinflussen.

Der Aussage, dass Verdrängungseffekte durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen eintreten, stimmt eine Minderheit von 30 Koordinator/innen eher bzw. voll zu (12 %). In jedem fünften Standort (20 %, 53) werden Rekrutierungsversuche demokratiefeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen als eher bzw. voll zutreffend erfolgreich bewertet. Partnerschaften in den neuen Bundesländern und in Berlin berichten dies anteilig häufiger als Partnerschaften in den alten Bundesländern.¹⁹⁷ In 42 Partnerschaften (16 %) existieren Angsträume. Damit wird deutlich, dass es unter den Partnerschaften auch Förderregionen gibt, in denen rechtsextreme Akteur/innen spürbar Einfluss auf das örtliche Klima nehmen. Zusätzlich hierzu berichten Koordinator/innen aus 86 Standorten (32 %), dass es demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelänge, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.

Eine polarisierend geführte öffentliche Auseinandersetzungen um das Thema Zuwanderung melden Koordinator/innen aus etwas mehr als der Hälfte der Partnerschaften (52 %, 137) zurück, ebenso wird eine schleichende Akzeptanz verbaler und physischer Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen in 33 % der Standorte (87) wahrgenommen. Am weitesten verbreitet schätzen die Koordinator/innen die unreflektierte öffentliche Verwendung alltagsrassistischer Argumentationsmuster ein. In 50 % der Partnerschaften (133) trifft dieser Umstand für die Mitarbeiter/innen eher und in 17 % (44) voll zu.

¹⁹⁷ Vgl. Tabellen 172 bis 174 im Anhang.

12 Anhang

12.1 Literatur

ISS-Frankfurt a.M./Camino (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (unveröffentlicht).

ISS-Frankfurt a.M./Camino (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (unveröffentlicht).

12.2 Tabellen

Tabelle 1: Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	121	56 %	35	75 %	156	59 %
Neue Bundesländer	82	38 %	11	23 %	93	35 %
Berlin	14	7 %	1	2 %	15	6 %
Gesamt	217	100 %	47	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 2: Verwaltungsform der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	117	54 %	31	66 %	148	56 %
Landkreis	73	34 %	8	17 %	81	31 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	27	12 %	8	17 %	35	13 %
Gesamt	217	100 %	47	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 3: Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	103	66 %	32	34 %	13	87 %	148	56 %
Landkreis	39	25 %	42	45 %	0	0 %	81	31 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	14	9 %	19	20 %	2	13 %	35	13 %
Gesamt	156	100 %	93	100 %	15	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 4: Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bei einem freien Träger	193	89 %	42	89 %	235	89 %
Im federführenden Amt der Partnerschaft für Demokratie	22	10 %	5	11 %	27	10 %
Sonderform	2	1 %	0	0 %	2	1 %
Gesamt	217	100 %	47	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 5: Verbindliche Planung einer externen Koordinierungs- und Fachstelle

	Anzahl	In Prozent
Ja	5	17 %
Nein	24	83 %
Gesamt	29	100 %

Quelle: Angaben der nicht extern angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=29).

Tabelle 6: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Bildungsträger	61	26 %
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	93	40 %
Träger der sozialen Arbeit	56	24 %
Träger der kulturellen Arbeit	7	3 %
Sonstiges	18	8 %
Gesamt	235	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235).

Tabelle 7: Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Eingetragener/gemeinnütziger Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband	123	52 %
Eingetragener/gemeinnütziger Verein mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband	46	20 %
Gemeinnützige Gesellschaft (gGmbH)	32	14 %
Stiftung	15	6 %
Privat-gewerbliche Organisationsform	1	0 %
Körperschaft des öffentlichen Rechts	16	7 %
Sonstiges	2	1 %
Gesamt	235	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235).

Tabelle 8: Ansiedlung der nicht-externen Koordinierungs- und Fachstellen in den Verwaltungsstrukturen

	Absolut	In Prozent
Fachreferat im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabewahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen)	13	48 %
Referat in einem anderen Amt	3	11 %
Beauftragte/r (z.B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)	5	19 %
Sonstiges	6	22 %
Gesamt	27	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle (n=27).

Tabelle 9: Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	1,8	1	4	1
Prozent eines Vollzeitäquivalents	81,6	10	200	100

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=255). Bei 9 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

Tabelle 10: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle

		Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	Im federführenden Amt	1,5	1	4	1
	In der KuF beim freien Träger	1,7	1	4	1
	Gesamt	3,2	2	7	3
Prozent eines Vollzeitäquivalents	Im federführenden Amt	52,3	5	138	50
	In der KuF beim freien Träger	78,4	20	200	100
	Gesamt	130,7	60	300	150

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235). Bei 6 Partnerschaften für Demokratie ist die externe Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

Tabelle 11: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	2,2	1	4	2
Prozent eines Vollzeitäquivalents	102,1	10	200	100

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle (n=27).

Tabelle 12: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit geteilter Koordinierungs- und Fachstelle

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	3,5	3	4	-
Prozent eines Vollzeitäquivalents	125	100	150	-

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit geteilter Koordinierungs- und Fachstelle (n=2).

Tabelle 13: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle bei freien Trägern differenziert nach Verwaltungsform und Förderperiode

		Halten Sie das Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle für die Umsetzung Ihrer Partnerschaft für Demokratie für ausreichend?							
		Ja		Nein		Keine Angabe		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
IBK1-2	Kommune	57	54 %	46	43 %	3	3 %	106	100 %
	Landkreis	28	44 %	34	53 %	2	3 %	64	100 %
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	12	52 %	9	39 %	2	9 %	23	100 %
	Gesamt	97	50 %	89	46 %	7	4 %	193	100 %
IBK3-4	Kommune	15	54 %	7	25 %	6	21 %	28	100 %
	Landkreis	2	33 %	2	33 %	2	33 %	6	100 %
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	6	75 %	2	25 %	0	0 %	8	100 %
	Gesamt	23	55 %	11	26 %	8	19 %	42	100 %
Gesamt	Kommune	72	54 %	53	40 %	9	7 %	134	100 %
	Landkreis	30	43 %	36	51 %	4	6 %	70	100 %
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	18	58 %	11	35 %	2	6 %	31	100 %
	Gesamt	120	51 %	100	43 %	15	6 %	235	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235).

Tabelle 14: Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bis zu einem Jahr	21	10 %	26	55 %	47	18 %
Bis zu zwei Jahre	37	17 %	11	23 %	48	18 %
Mehr als zwei bis zu fünf Jahre	88	41 %	4	9 %	92	35 %
Fünf Jahre oder mehr	66	30 %	2	4 %	68	26 %
Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt	5	2 %	4	9 %	9	3 %
Gesamt	217	100 %	47	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 15: Konstituierung eines Begleitausschusses differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Begleitausschuss bereits konstituiert	215	99 %	23	49 %	238	90 %
Begleitausschuss nicht konstituiert	2	1 %	24	51 %	26	10 %
Gesamt	217	100 %	47	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 16: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtzahl
Gesamtanzahl der Mitglieder	18,5	8	84	4.405	100 %
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	5,8	0	21	1.372	31 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,3	0	22	1.038	24 %
Davon Wirtschaftsakteur/innen	0,3	0	3	71	2 %
Davon staatliche/politische Akteur/innen	6,3	1	29	1.490	34 %
Davon Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	1	0	5	227	5 %
Davon Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	0,9	0	30	207	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Tabelle 17: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen (IBK 1-2)

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtzahl
Gesamtanzahl der Mitglieder	18,8	8	84	4.036	100 %
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	5,9	0	21	1.259	31 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,4	0	22	943	23 %
Davon Wirtschaftsakteur/innen	0,3	0	3	67	2 %
Davon staatliche/politische Akteur/innen	6,3	1	29	1.361	34 %
Davon Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	1,0	0	5	207	5 %
Davon Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	0,9	0	30	199	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=215).

Tabelle 18: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen (IBK 3-4)

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtzahl
Gesamtanzahl der Mitglieder	16,0	8	43	369	100 %
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,9	0	20	113	31 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,1	0	13	95	26 %
Davon Wirtschaftsakteur/innen	0,2	0	2	4	1 %
Davon staatliche/politische Akteur/innen	5,6	1	21	129	35 %
Davon Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	0,9	0	2	20	5 %
Davon Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	0,3	0	3	8	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=23).

Tabelle 19: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich professioneller zivilgesellschaftlicher Akteur/innen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	227	95 %	5,8	0	21	1.372
und zwar...						
Vereine/ähnliche Rechtsformen mit finanzierter Struktur (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe etc.)	205	86 %	3	0	15	721
Staatlich finanzierte Bildungs- und Hilfseinrichtungen (z.B. KiTas, VHS, Universitäten etc.)	96	40 %	0,7	0	5	165
Professionelle Zusammenschlüsse (z.B. AK Migration etc.)	88	37 %	0,7	0	10	163
Konfessionelle Strukturen	141	59 %	1	0	5	241
Stiftungen	18	8 %	0,1	0	2	23
Gewerkschaften	54	23 %	0,2	0	3	59

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Tabelle 20: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteur/innen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	218	92 %	4,4	0	22	1.038
und zwar...						
Bürger/innen	100	42 %	1,1	0	17	256
Bürgerbündnisse, Initiativen	126	53 %	1	0	8	229
Vertreter/innen der Jugendforen	172	72 %	1,3	0	7	298
(Kleine) Vereine ohne entlohntes Personal	84	35 %	0,8	0	13	201
Konfessionell organisierte Strukturen	40	17 %	0,2	0	3	54

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Tabelle 21: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich staatlicher/politischer Akteur/innen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Staatliche/politische Akteur/innen	238	100 %	6,3	1	29	1.490
und zwar...						
Verwaltung	228	96 %	3,3	0	28	797
Schulen	118	50 %	0,7	0	6	171
Polizei	93	39 %	0,4	0	3	104
Justiz	9	4 %	0,04	0	2	10
Parlamentsangehörige	89	37 %	1,2	0	10	285
Bürgermeister/in (auch ehrenamtliche Gemeindebürgermeister/in)	85	36 %	0,5	0	8	123

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Tabelle 22: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich der Wirtschaftsakteur/innen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Wirtschaftsakteur/innen	56	24 %	0,3	0	3	71
und zwar...						
Unternehmensvertreter/innen	31	13 %	0,1	0	3	35
Wirtschaftliche Zusammenschlüsse	31	13 %	0,2	0	2	36

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Tabelle 23: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	157	66 %	1	0	5	227

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Tabelle 24: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich Akteur/innen aus sonstigen Bereichen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	67	28 %	0,9	0	30	207

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Tabelle 25: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2 (n=215)		IBK 3-4 (n=23)		Gesamt (n=238)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Jugendvertretungen/ Jugendorganisation	170	79 %	16	70 %	186	78 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	94	44 %	7	30 %	101	42 %
Ausländerbeirat	70	33 %	5	22 %	75	32 %
Gleichstellungsbüro/ Genderbeauftragte/r	68	32 %	6	26 %	74	31 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	46	21 %	2	9 %	48	20 %
Senior/innen(selbst)organisation/ Senior/innengruppen	28	13 %	2	9 %	30	13 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/ Behinderung	26	12 %	3	13 %	29	12 %
Frauen(selbst)organisation/ Frauenverband	20	9 %	1	4 %	21	9 %
LGBTI-(selbst)Organisation	16	7 %	1	4 %	17	7 %
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	12	6 %	5	22 %	17	7 %
Medien	4	2 %	2	9 %	6	3 %
Männer(selbst)organisation/ Männerverband	1	0 %	0	0 %	1	0 %
Keine der genannten Akteursgruppen	20	9 %	3	13 %	23	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

Tabelle 26: Gründe für das Fehlen von Migrant/innen(selbst)organisationen im Begleitausschuss

	Absolut	In Prozent
Keine Migrant/innen(selbst)organisationen in der Förderregion vorhanden bzw. bekannt	60	44 %
Strukturelle Instabilität oder fehlende personelle Kontinuität vorhandener Migrant/innen(selbst)organisationen	31	23 %
Eingeschränkte formelle Zugänglichkeit des Begleitausschusses (z.B. dauerhaft festgelegte Mitgliederstruktur)	18	13 %
Durch Migrant/innen(selbst)organisationen antizipierter Aufwand, der mit dem Engagement in den Begleitausschüssen einhergeht	8	6 %
Sprachliche Hürden	2	2 %
Zweifel von Migrant/innen(selbst)organisationen an einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe	2	2 %
Sonstiges	21	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, bei denen keine Migrant/innen(selbst)organisationen im Begleitausschuss eingebunden sind (n=137).

Tabelle 27: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen

	Begleitausschüsse mit mindestens einem/r Vertreter/in der jeweiligen Personengruppe		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen der jeweiligen Personengruppe	Anteil der jeweiligen Personengruppe an der Gesamtanzahl der Begleitausschussmitglieder aller Partnerschaften für Demokratie
	Absolut	In Prozent		
Frauen	234	98 %	8,3	45 %
Jugendliche (bis 18 Jahre)	96	40 %	0,7	4 %
Junge Erwachsene (19 bis 27 Jahre)	170	71 %	1,3	7 %
Junge Menschen gesamt (unter 27 Jahren)	203	85 %	2	11 %
Senior/innen (ab 65 Jahren)	133	56 %	1,0	5 %
Ehrenamtlich engagierte Personen	207	87 %	6,2	33 %
Personen mit Beeinträchtigung/Behinderung	34	14 %	0,2	1 %
Personen mit Migrationshintergrund	144	62 %	1,9	10 %
Davon Asylsuchende/Geflüchtete	9	4 %	0,1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238). In einigen Fällen gaben Koordinator/innen an, keine Angaben machen zu können (z.B. bei Personen mit Migrationshintergrund). Diese Angaben wurden in die Berechnungen nicht einbezogen.

Tabelle 28: Vertretung verschiedener Parteien im Begleitausschuss

	Absolut	In Prozent
SPD	103	43 %
CDU/CSU	89	37 %
Grüne	73	31 %
DIE LINKE	51	21 %
Freie Wähler	30	13 %
FDP	28	12 %
Sonstige	27	11 %
AfD	5	2 %
NPD	0	0 %
Es arbeiten keine Vertreter/innen aus Parteien im Begleitausschuss mit.	113	48 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238). Mehrfach-nennungen sind möglich oder „Es arbeiten keine Vertreter/innen aus Parteien im Begleitausschuss mit“.

Tabelle 29: Personen, Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschüssen vertreten sind

	Absolut	In Prozent
Migrant/innen(selbst)organisationen	77	46 %
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	71	42 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	61	36 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	55	33 %
Wirtschaft	55	33 %
Schule	47	28 %
LGBTI-(selbst)organisationen	44	26 %
Einzelne Bürger/innen	39	23 %
Feuerwehr	34	20 %
Medien	33	20 %
Religiöse Vereinigungen	34	20 %
Sport	34	20 %
Polizei	26	16 %
Bürgerbündnisse	25	15 %
Senior/innen(selbst)organisationen/Senior/innengruppen	25	15 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	24	14 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	22	13 %
Politik	22	13 %
Wissenschaft	17	10 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	15	9 %
Wohlfahrtsverbände	13	8 %
Ämter	7	4 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	5	3 %
Sonstige Bereiche	15	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, die angegeben haben, dass es Akteur/innen gibt, die in ihrem Begleitausschuss vertreten sein sollten, es aber bisher nicht sind (n=168).

Tabelle 30: Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen

	Hohes Engagement		Eher hohes Engagement		Eher geringes Engagement		Geringes Engagement		Kein Engagement	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	179	75 %	49	21 %	8	3 %	1	0 %	1	0 %
Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	48	20 %	99	42 %	73	31 %	15	6 %	3	1 %
Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort	38	16 %	120	50 %	55	23 %	19	8 %	6	3 %
Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	30	13 %	116	49 %	71	30 %	14	6 %	7	3 %
Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	18	8 %	87	37 %	99	42 %	22	9 %	12	5 %
Proaktive Erschließung (neuer) Akteur/innen zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie	16	7 %	66	28 %	98	41 %	40	17 %	18	8 %
Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit (Beteiligung bei Veranstaltungen, Foren) zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevante Themen	12	5 %	86	36 %	85	36 %	44	18 %	11	5 %
Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	10	4 %	56	24 %	86	36 %	60	25 %	26	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Tabelle 31: Ermüdungserscheinungen in Begleitausschüssen

Nehmen Sie in Bezug auf das Engagement der Akteur/innen Ihres Begleitausschusses Ermüdungserscheinungen wahr?	IBK 1		IBK 2		Gesamt	
	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Ja	65	39 %	12	26 %	77	36 %
Nein	104	62 %	34	74 %	138	64 %
Gesamt	169	100 %	46	100 %	215	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=215).

Tabelle 32: Formen von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss (BgA)

	Anzahl	In Prozent
Geringe Teilnahme bei Sitzungen des BgA	53	69 %
Wenig Diskussionsbereitschaft in Sitzungen bzw. wenig inhaltliche Einbringung	22	29 %
Wenig Interesse an Projekten (u.a. kaum Besuch von Projektveranstaltungen)	14	18 %
Wenige Rückmeldungen auf Anfragen außerhalb der Sitzungen	9	12 %
Wenig Eigeninitiative und Engagement außerhalb der Sitzungen	5	6 %
Keine Angabe	10	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, die Ermüdungserscheinungen wahrnehmen (n=77). Kategorisierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 33: Vorschläge zur Aufrechterhaltung des Engagements der Beteiligten in Begleitausschüssen mit Ermüdungserscheinungen

	Anzahl	In Prozent
Neue Ausschussmitglieder/BgA neu formieren	16	21 %
Anerkennungskultur/Anerkennung der Arbeit steigern	15	19 %
Thematisierung der Ermüdungserscheinungen/direkte Ansprache von Mitgliedern	8	10 %
Neue inhaltliche Impulse	8	10 %
Sitzungen effektiver gestalten	8	10 %
Klausurtagung/Zukunftswerkstatt/Teambuilding	7	9 %
Fortbildungs-/Weiterbildungsangebote	6	8 %
Finanzielle Entschädigung	5	6 %
Klare Aufgabenzuweisung	4	5 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	3	4 %
Keine Angabe	1	1 %
Sonstiges	24	31 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, die Ermüdungserscheinungen wahrnehmen (n=77). Kategorisierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 34: Bedarf einer strukturellen Neuausrichtung des Begleitausschusses differenziert nach dem Vorhandensein von Ermüdungserscheinungen

		Partnerschaften für Demokratie mit Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss		Partnerschaften für Demokratie ohne Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Sehen Sie Bedarf an einer strukturellen Neuausrichtung Ihres Begleitausschusses?	Ja	26	34 %	12	9 %	38	18 %
	Nein	51	66 %	126	91 %	177	82 %
	Gesamt	77	100 %	138	100 %	215	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=215).

Tabelle 35: Gründe für Aufrechterhaltung des Engagements in den Begleitausschüssen ohne Ermüdungserscheinungen

	Anzahl	In Prozent
Intrinsische Motivation der Beteiligten	36	26 %
Gute Vernetzung der Mitglieder untereinander/Informationsaustausch auch zwischen den Sitzungen	34	25 %
Einbindung der Akteur/innen in Entscheidungsprozesse/Entwicklung der PfD und Projektbetreuung	32	23 %
Gute Diskussionskultur in den Sitzungen/respektvolle Gesprächskultur	30	22 %
Neue Mitglieder/neu gegründeter BgA	18	13 %
Spannende/wichtige/neue Themen werden behandelt	17	12 %
Erfolgreich abgeschlossene Projekte	16	12 %
Zeitliche Belastung reduzieren	16	12 %
Gute Gestaltung der Sitzungen z.B. durch die Moderation/Rahmenbedingungen	16	12 %
Gemeinsame Veranstaltungen/Fortbildungen/Klausuren	16	12 %
Anerkennung der Arbeit	12	9 %
Gut vorbereitete Sitzungen	11	8 %
Regelmäßige Sitzungen	7	5 %
Klare Aufgabenverteilung	4	3 %
Sonstiges	16	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, die keine Ermüdungserscheinungen wahrnehmen (n=138). Kategorisierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 36: Budget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2017

	Mittelwert	Minimum	Maximum
Gesamtbudget	104.911 €	55.000 €	379.500 €
Davon Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für die externe Koordinierungs- und Fachstelle	40.792 €	10.000 €	45.000 €
Davon Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für den Aktions-/Initiativfonds	39.784 €	20.000 €	85.000 €
Davon Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für den Jugendfonds	6.680 €	5.000 €	25.000 €
Davon Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für die Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit	9.657 €	4.500 €	10.000 €
Budget für die externe Koordinierungs- und Fachstelle insgesamt	43.605 €	22.500 €	80.000 €
Budget des Aktions- und Initiativfonds insgesamt	47.290 €	20.000 €	289.500 €
Budgets des Jugendfonds insgesamt	7.617 €	5.000 €	26.000 €
Budget für Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit insgesamt	9.761 €	5.000 €	19.000 €
Sonstige Budgets/nicht zugewiesene Mittel	347 €	0 €	40.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Die Mittel für die externe Koordinierungs- und Fachstelle wurden nur für Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle angegeben (n=235).

Tabelle 37: Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2017

	Absolut	In Prozent
Weniger als 105.000 €	89	34 %
105.000 €	128	49 %
Mehr als 105.000 €	47	18 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 38: Zusammensetzung des Budgets der Partnerschaften für Demokratie mit einem Gesamtbudget in Höhe von 105.000 €

	Absolut	In Prozent
Höchstförderung an Bundesmitteln und kommunale Mittel	73	57 %
Andere Zusammensetzung	55	43 %
Gesamt	128	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit einem Gesamtbudget von 105.000 € (n=128). Im Fall der Stadtstaaten Berlin und Hamburg ist eine Differenzierung in kommunale Mittel und Landesmittel nicht möglich. Da jedoch nicht davon ausgegangen werden kann, dass die von diesen Partnerschaften für Demokratie angegebenen Landesmittel immer jenen kommunalen Mitteln für den Aktions- und Initiativfonds oder den Jugendfonds entsprechen, wurden auch für diese Partnerschaften für Demokratie nur die spezifischen angegebenen kommunalen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds und den Jugendfonds berücksichtigt.

Tabelle 39: Höhe der Drittmittel im Budget der Partnerschaften für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Keine Drittmittel	50	19 %
Unter 5.000 €	1	0 %
5.000	152	58 %
Über 5.000 €	61	23 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 40: Höhe der Drittmittel im Budget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4	
	Absolut	In Prozent						
Keine Drittmittel	12	7 %	7	15 %	0	0 %	31	97 %
Unter 5.000 €	0	0 %	1	2 %	0	0 %	0	0 %
5.000	104	61 %	33	72 %	14	93 %	1	3 %
Über 5.000 €	55	32 %	5	11 %	1	7 %	0	0 %
Gesamt	171	100 %	46	100 %	15	100 %	32	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 41: Quellen der Komplementärförderung differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2 (n=217)		IBK 3-4 (n=47)		Gesamt (N=264)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommunale Mittel im Budget	136	63 %	8	17 %	144	55 %
Landesmittel im Budget	55	25 %	5	11 %	60	23 %
Bundesmittel anderer Programme im Budget	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Andere Drittmittel im Budget	29	13 %	4	9 %	33	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Im Fall der Stadtstaaten Berlin und Hamburg ist eine Differenzierung in kommunale Mittel und Landesmittel nicht möglich. Daher wurden die öffentlichen Landeszuschüsse dieser Stadtstaaten unter „kommunale Mittel“ gefasst.

Tabelle 42: Anzahl an Partnerschaften für Demokratie, die Landesmittel erhalten, differenziert nach Bundesländern

	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg	0	0 %
Bayern	0	0 %
Berlin	0	0 %
Brandenburg	0	0 %
Bremen	0	0 %
Hamburg	0	0 %
Hessen	23	79 %
Mecklenburg-Vorpommern	0	0 %
Niedersachsen	0	0 %
Nordrhein-Westfalen	1	3 %
Rheinland-Pfalz	0	0 %
Saarland	0	0 %
Sachsen	14	78 %
Sachsen-Anhalt	0	0 %
Schleswig-Holstein	0	0 %
Thüringen	22	96 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Im Fall der Stadtstaaten Berlin und Hamburg ist eine Differenzierung in kommunale Mittel und Landesmittel nicht möglich. Daher wurden die öffentlichen Landeszuschüsse dieser Stadtstaaten unter „kommunale Mittel“ gefasst.

Tabelle 43: Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	156	98.024 €	55.000 €	170.000 €
Neue Bundesländer	93	116.821 €	56.250 €	379.500 €
Berlin	15	102.686 €	85.288 €	110.000 €
Gesamt	264	104.911 €	55.000 €	379.500 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 44: Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Kommune	148	102.384 €	55.000 €	379.500 €
Landkreis	81	109.355 €	55.000 €	272.340 €
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	35	105.309 €	85.000 €	142.607 €
Gesamt	264	104.911 €	55.000 €	379.500 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 45: Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit und regionaler Verortung

		n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	Kommune	103	97.477 €	55.000 €	170.000 €
	Landkreis	39	96.631 €	55.000 €	124.528 €
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	14	105.929 €	85.000 €	128.000 €
Neue Bundesländer	Kommune	32	118.357 €	56.250 €	379.500 €
	Landkreis	42	121.170 €	70.288 €	272.340 €
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	19	104.623 €	85.000 €	142.607 €
Berlin		15	102.686 €	85.288 €	110.000 €
Gesamt		264	104.911 €	55.000 €	379.500 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 46: Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für die externe Koordinierungs- und Fachstelle

	Absolut	In Prozent
Unter 45.000 €	58	25 %
45.000 €	177	75 %
Gesamt	235	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235).

Tabelle 47: Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für den Aktions-/Initiativfonds

	Absolut	In Prozent
20.000 €	38	14 %
Über 20.000 €	226	86 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 48: Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für den Jugendfonds

	Absolut	In Prozent
5.000 €	179	68 %
Über 5.000 €	85	32 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 49: Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für die Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit

	Absolut	In Prozent
Unter 10.000 €	21	8 %
10.000 €	243	92 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 50: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es...“

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
... vielfältige Angebote an Vereinen.	125	47 %	91	34 %	33	13 %	13	5 %	0	0 %	2	1 %
...eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	66	25 %	116	44 %	59	22 %	17	6 %	1	0 %	5	2 %
...vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	24	9 %	71	27 %	89	34 %	69	26 %	5	2 %	6	2 %
...vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	34	13 %	66	25 %	102	39 %	50	19 %	4	2 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 51: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Förderperiode

	IBK 3-4 (n=47)	IBK 1-2 (n=217)	Gesamt (N=264)
Vielfältige Angebote an Vereinen.	4,1	4,3	4,3
Vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	2,9	3,4	3,3
Vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	2,9	3,2	3,2
Eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	3,8	3,9	3,9
Aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	3,5	3,8	3,7
Einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen.	3,3	3,4	3,4
Eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	3,9	3,4	3,5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („trifft gar nicht zu“) bis 5 („trifft voll zu“) berechnet. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 52: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer (n=156)	Neue Bundesländer (n=93)	Berlin (n=15)	Gesamt (N=264)
Vielfältige Angebote an Vereinen.	4,4	3,9	4,5	4,3
Vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	3,5	2,9	3,7	3,3
Vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	3,3	2,9	3,4	3,2
Eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	4,1	3,5	4,3	3,9
Aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	3,8	3,5	4,1	3,7
Einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen.	3,7	2,8	3,2	3,4
Eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	3,6	3,4	3,6	3,5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („trifft gar nicht zu“) bis 5 („trifft voll zu“) berechnet. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 53: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune (n=148)	Landkreis (n=81)	Zusammen- schluss- von Ge- bietskör- perschaf- ten (n=35)	Gesamt (N=264)
Vielfältige Angebote an Vereinen.	4,4	3,9	4,3	4,3
Vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	3,5	3,0	3,0	3,3
Vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	3,4	2,7	2,9	3,2
Eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	4,1	3,6	3,5	3,9
Aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	4,0	3,3	3,4	3,7
Einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen.	3,6	2,9	3,1	3,4
Eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	3,5	3,4	3,9	3,5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („trifft gar nicht zu“) bis 5 („trifft voll zu“) berechnet. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

**Tabelle 54: Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials:
„In unserer Förderregion gibt es...“ (Gesamt)**

Gesamt	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	72	27 %	88	33 %	62	23 %	36	14 %	3	1 %	3	1 %
...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen.	41	16 %	66	25 %	94	36 %	39	15 %	10	4 %	14	5 %
...eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	28	11 %	103	39 %	86	33 %	24	9 %	4	2 %	19	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

**Tabelle 55: Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials:
„In unserer Förderregion gibt es...“ (IBK 1-2)**

Gesamt	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	63	29 %	74	34 %	48	22 %	28	13 %	3	1 %	1	0 %
...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen.	35	16 %	56	26 %	79	36 %	32	15 %	8	4 %	7	3 %
...eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	22	10 %	78	36 %	77	36 %	23	11 %	4	2 %	13	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=217).

**Tabelle 56: Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials:
„In unserer Förderregion gibt es...“ (IBK 3-4)**

Gesamt	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	9	19 %	14	30 %	14	30 %	8	17 %	0	0 %	2	4 %
...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen.	6	13 %	10	21 %	15	32 %	7	15 %	2	4 %	7	15 %
...eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	6	13 %	25	53 %	9	19 %	1	2 %	0	0 %	6	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=47).

Tabelle 57: Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie

		Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer (n=121)	Ja	12	10 %
	Nein	109	90 %
Neue Bundesländer (n=82)	Ja	13	16 %
	Nein	69	84 %
Berlin (n=14)	Ja	2	14 %
	Nein	12	86 %
Gesamt (n=217)	Ja	27	12 %
	Nein	190	88 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=217).

Tabelle 58: Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements differenziert nach Verwaltungseinheit der Partnerschaften für Demokratie

		Absolut	In Prozent
Kommune (n=117)	Ja	12	10 %
	Nein	105	90 %
Landkreis (n=73)	Ja	13	18 %
	Nein	60	82 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften (n=27)	Ja	2	7 %
	Nein	25	93 %
Gesamt (n=217)	Ja	27	12 %
	Nein	190	88 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=217).

Tabelle 59: Ursachen für den Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements

	Absolut	In Prozent
Zuvor hohes Engagement für Geflüchtete	14	52 %
Kein Interesse der Zivilgesellschaft/Enttäuschung oder Frustration über Politik	4	15 %
Zeitmangel	3	11 %
fehlende Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements	3	11 %
Ermüdungserscheinungen Engagierter	3	11 %
keine Angabe möglich	1	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens, die einen Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements wahrnehmen (n=27). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 60: Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie

In unserer Förderregion...		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
...gibt es muslimische Gemeinden	Ja	137	88 %	31	33 %	7	47 %	175	66 %
	Nein	19	12 %	62	67 %	8	53 %	89	34 %
...gibt es Migrant/innen-(selbst)organisationen	Ja	122	78 %	43	46 %	14	93 %	179	68 %
	Nein	34	22 %	50	54 %	1	7 %	85	32 %
...wurden/werden Asylsuchende/Geflüchtete aufgenommen	Ja	156	100 %	93	100 %	15	100 %	264	100 %
	Nein	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 61: Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach Verwaltungsform und regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie

In unserer Förderregion...		Absolut	In Prozent	
...gibt es Migrant/innen-(selbst)organisationen	Alte Bundesländer	Kommune	90	87 %
		Landkreis	23	59 %
		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	9	64 %
	Neue Bundesländer	Kommune	20	63 %
		Landkreis	18	43 %
		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	5	26 %
	Berlin	14	93 %	
...gibt es muslimische Gemeinden	Alte Bundesländer	Kommune	95	92 %
		Landkreis	31	80 %
		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	11	79 %
	Neue Bundesländer	Kommune	21	66 %
		Landkreis	7	17 %
		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	3	16 %
	Berlin	7	47 %	

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 62: Vertretung von Migrant/innen(selbst)organisationen im Begleitausschuss in Förderregionen, in denen diese Organisationen vorhanden sind

	Absolut	In Prozent
Keine Migrant/innen(selbst)organisation im Begleitausschuss vorhanden	66	42 %
Migrant/innen(selbst)organisation im Begleitausschuss vorhanden	93	58 %
Gesamt	159	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, in deren Förderregion die befragten Koordinator/innen eine Migrant/innen(selbst)organisation verorten (n=159).

Tabelle 63: Auftreten von Migrant/innen(selbst)organisationen als Antragstellende von Projekten im Jahr 2016 in Förderregionen, in denen diese Organisationen vorhanden sind

	Absolut	In Prozent
Migrant/innen(selbst)organisationen treten nicht als Antragstellende von Projekten auf	92	59 %
Migrant/innen(selbst)organisationen treten als Antragstellende von Projekten auf	65	41 %
Gesamt	157	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017, in deren Förderregion die befragten Koordinator/innen eine Migrant/innen(selbst)organisation verorten (n=157).

Tabelle 64: Umsetzung weiterer bundesgeförderter Programme in der Förderregion

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
„Zusammenhalt durch Teilhabe“ (BMI)	36	14 %	129	49 %	99	38 %
„Mehrgenerationenhäuser“ (BMFSFJ)	107	41 %	70	27 %	87	33 %
„Engagierte Stadt“ (BMFSFJ)	22	8 %	109	41 %	133	50 %
„Menschen stärken Menschen“ (BMFSFJ)	16	6 %	103	39 %	145	55 %
„Förderung von Projekten zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern“ (BMI/BMFSFJ – BAMF)	6	2 %	105	40 %	153	58 %
„Beteiligungsverfahren für Zuwanderer“ (BMUB)	45	17 %	70	27 %	149	56 %
„Deutscher Engagementpreis“ (BMFSFJ)	4	2 %	83	31 %	177	67 %
Mindestens eins der genannten Programme	143	54 %	39	15 %	82	31 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 65: Vorhandensein eines Kriminalpräventiven Rats bzw. eines Präventionsrats

In unserer Förderregion...	Absolut	In Prozent
...gibt es einen Kriminalpräventiven Rat bzw. einen Präventionsrat	116	44 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 66: Zusammenarbeit mit dem Kriminalpräventiven Rat bzw. dem Präventionsrat seit dem Jahr 2015

Zusammenarbeit seit 2015 bzw. Zusammenarbeit in 2017 verabredet	Absolut	In Prozent
Nein	27	23 %
Ja	89	77 %
Gesamt	116	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, in deren Förderregion es einen Kriminalpräventiven Rat bzw. einen Präventionsrat gibt (n=116).

Tabelle 67: Zusammenarbeit mit ausgewählten Landesstrukturen und anderen (Programm)Akteur/innen

	Keine Zusammenarbeit in 2017 (vorgesehen)		Zusammenarbeit in 2017 erfolgt oder vorgesehen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region/dem gleichen Bundesland	22	8 %	242	92 %
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus	90	34 %	174	66 %
Landeskoordinator/in der Demokratiezentren/Beratungsnetzwerke	63	24 %	201	76 %
Landeszentrale für politische Bildung	151	57 %	113	43 %
Landeskriminalamt	252	96 %	12	5 %
Landesamt für Verfassungsschutz	238	90 %	26	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 68: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	66	42 %	56	60 %	3	20 %	125	47 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	58	37 %	24	26 %	11	73 %	93	35 %
Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten	16	10 %	3	3 %	1	7 %	20	8 %
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	10	6 %	9	10 %	0	0 %	19	7 %
Kann ich nicht beurteilen	6	4 %	1	1 %	0	0 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 69: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	98	45 %	27	57 %	125	47 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	83	38 %	10	21 %	93	35 %
Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten	17	8 %	3	6 %	20	8 %
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	16	7 %	3	6 %	19	7 %
Kann ich nicht beurteilen	3	1 %	4	9 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 70: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden, differenziert nach prioritären Handlungsbedarfen (Spaltenprozente)

Handlungsbedarfe:		Prävention von Radikalisierung und Gewalt (n=19)	Demokratieförderung (n=125)	Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt (n=93)	Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/ Geflüchteten (n=20)	Kann ich nicht beurteilen (n=7)
Wenn oben genannte Handlungsbedarfe identifiziert werden, werden die folgenden Arbeitsschwerpunkte benannt:						
Aktuelle Formen des Antisemitismus	Absolut	6	29	20	2	4
	In Prozent	32 %	23 %	22 %	10 %	57 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	Absolut	10	35	46	11	3
	In Prozent	53 %	28 %	49 %	55 %	43 %
Antiziganismus	Absolut	4	7	19	3	3
	In Prozent	21 %	6 %	20 %	15 %	43 %
Homo- und Transfeindlichkeit	Absolut	6	18	21	4	3
	In Prozent	32 %	14 %	23 %	20 %	43 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	Absolut	12	95	43	10	4
	In Prozent	63 %	76 %	46 %	50 %	57 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	Absolut	15	78	52	16	4
	In Prozent	79 %	62 %	56 %	80 %	57 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	6	18	29	5	3
	In Prozent	32 %	14 %	31 %	25 %	43 %
Linke Militanz	Absolut	0	4	2	0	0
	In Prozent	0 %	3 %	2 %	0 %	0 %

Handlungsbedarfe:		Prävention von Radikalisierung und Gewalt (n=19)	Demokratieförderung (n=125)	Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt (n=93)	Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/ Geflüchteten (n=20)	Kann ich nicht beurteilen (n=7)
Wenn oben genannte Handlungsbedarfe identifiziert werden, werden die folgenden Arbeitsschwerpunkte benannt:						
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/ Geflüchtete	Absolut	15	79	63	20	7
	In Prozent	79 %	63 %	68 %	100 %	100 %
Demokratieförderung	Absolut	17	115	83	18	6
	In Prozent	89 %	92 %	89 %	90 %	86 %
Gender Mainstreaming	Absolut	8	13	29	5	2
	In Prozent	42 %	10 %	31 %	25 %	29 %
Diversity Mainstreaming	Absolut	6	41	44	5	4
	In Prozent	32 %	33 %	47 %	25 %	57 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	Absolut	6	27	24	2	3
	In Prozent	32 %	22 %	26 %	10 %	43 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Bei den Arbeitsschwerpunkten sind Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 71: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Demokratieförderung	142	91 %	82	88 %	15	100 %	239	91 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	113	72 %	62	67 %	9	60 %	184	70 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	93	60 %	63	68 %	9	60 %	165	63 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	87	56 %	76	82 %	1	7 %	164	62 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	75	48 %	21	23 %	9	60 %	105	40 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	41	26 %	19	20 %	1	7 %	61	23 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	52	33 %	4	4 %	5	33 %	61	23 %
Homo- und Transfeindlichkeit	32	21 %	13	14 %	7	47 %	52	20 %
Antiziganismus	28	18 %	5	5 %	3	20 %	36	14 %
Linke Militanz	3	2 %	3	3 %	0	0 %	6	2 %
Diversity Mainstreaming	62	40 %	29	31 %	9	60 %	100	38 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	41	26 %	20	22 %	1	7 %	62	23 %
Gender Mainstreaming	38	24 %	13	14 %	6	40 %	57	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 72: Anzahl der von den Partnerschaften für Demokratie benannten Arbeitsschwerpunkte

	Anzahl	In Prozent
1	3	1 %
2	16	6 %
3	47	18 %
4	67	25 %
5	52	20 %
6	30	11 %
7	17	6 %
8	15	6 %
9	7	3 %
10	6	2 %
11	3	1 %
12	0	0 %
13	1	0 %
Gesamt	264	100 %
Mittelwert: 4,9		

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 73: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	197	91 %	42	89 %	239	91 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/ Geflüchtete	154	71 %	30	64 %	184	70 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	139	64 %	26	55 %	165	63 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	131	60 %	33	70 %	164	62 %
Aktuelle Formen von Islam-/ Muslimfeindlichkeit	85	39 %	20	43 %	105	40 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	51	24 %	10	21 %	61	23 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	47	22 %	14	30 %	61	23 %
Homo- und Transfeindlichkeit	42	19 %	10	21 %	52	20 %
Antiziganismus	31	14 %	5	11 %	36	14 %
Linke Militanz	5	2 %	1	2 %	6	2 %
Diversity Mainstreaming	82	38 %	18	38 %	100	38 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	51	24 %	11	23 %	62	23 %
Gender Mainstreaming	52	24 %	5	11 %	57	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 74: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Demokratieförderung	140	95 %	69	85 %	30	86 %	239	91 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	102	69 %	57	70 %	25	71 %	184	70 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	94	64 %	53	65 %	18	51 %	165	63 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	57	39 %	76	94 %	31	89 %	164	62 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	72	49 %	20	25 %	13	37 %	105	40 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	39	27 %	14	17 %	8	23 %	61	23 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	49	33 %	10	12 %	2	6 %	61	23 %
Homo- und Transfeindlichkeit	35	24 %	11	14 %	6	17 %	52	20 %
Antiziganismus	26	18 %	5	6 %	5	14 %	36	14 %
Linke Militanz	5	3 %	1	1 %	0	0 %	6	2 %
Diversity Mainstreaming	65	44 %	24	30 %	11	31 %	100	38 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	35	24 %	18	22 %	9	26 %	62	23 %
Gender Mainstreaming	36	24 %	15	19 %	6	17 %	57	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 75: Gründe dafür, dass „islamistische Orientierungen und Handlungen“ keinen Arbeitsschwerpunkt darstellen

	Absolut	In Prozent
Es besteht kein Handlungsbedarf im Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“.	99	49 %
Der Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ wird bereits durch andere Akteur/innen bearbeitet.	31	15 %
Die Bearbeitung anderer Themen durch die Partnerschaft für Demokratie (z.B. Rechtsextremismus) hat zurzeit Priorität.	74	36 %
Die Akteur/innen der Partnerschaft für Demokratie verfügen nicht über ausreichend/e Kompetenzen/Handlungssicherheit im Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“.	36	18 %
Die Anzahl kommunaler Akteur/innen/Träger zur Umsetzung entsprechender Projekte ist nicht ausreichend.	35	17 %
Sonstiges	16	8 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	20	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die „islamistische Orientierungen und Handlungen nicht als Arbeitsschwerpunkt benennen (n=203). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 76: Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Jugendliche	257	97 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen, etc.)	247	94 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen, etc.)	204	77 %
Erwachsene	204	77 %
Menschen mit Migrationshintergrund	202	77 %
Asylsuchende/Geflüchtete	164	62 %
Kinder	155	59 %
Staatliche Akteur/innen (z.B. Verwaltung, Polizei, etc.)	133	50 %
Senior/innen	89	34 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	73	28 %
LGBTI-Personen	58	22 %
Wirtschaftsakteur/innen (z.B. Unternehmen)	49	19 %
Sonstige	15	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 77: Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Jugendliche	153	98 %	89	96 %	15	100 %	257	97 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/-innen etc.)	144	92 %	88	95 %	15	100 %	247	94 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/-innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.)	117	75 %	73	79 %	14	93 %	204	77 %
Erwachsene	116	74 %	76	82 %	12	80 %	204	77 %
Menschen mit Migrationshintergrund	122	78 %	69	74 %	11	73 %	202	77 %
Asylsuchende/Geflüchtete	102	65 %	53	57 %	9	60 %	164	62 %
Kinder	83	53 %	66	71 %	6	40 %	155	59 %
Staatliche Akteur/-innen (z.B. Verwaltung, Polizei, etc.)	65	42 %	61	66 %	7	47 %	133	50 %
Senior/innen	42	27 %	44	47 %	3	20 %	89	34 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	41	26 %	30	32 %	2	13 %	73	28 %
LGBTI-Personen	27	17 %	24	26 %	7	47 %	58	22 %
WirtschaftsAkteur/-innen (z.B. Unternehmen)	20	13 %	29	31 %	0	0 %	49	19 %
Sonstige	12	8 %	3	3 %	0	0 %	15	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 78: Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Jugendliche	145	98 %	78	96 %	34	97 %	257	97 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/-innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/-innen etc.)	139	94 %	76	94 %	32	91 %	247	94 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/-innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.)	109	74 %	68	84 %	27	77 %	204	77 %
Erwachsene	113	76 %	62	77 %	29	83 %	204	77 %
Menschen mit Migrationshintergrund	121	82 %	54	67 %	27	77 %	202	77 %
Asylsuchende/Geflüchtete	98	66 %	42	52 %	24	69 %	164	62 %
Kinder	82	55 %	47	58 %	26	74 %	155	59 %
Staatliche Akteur/-innen (z.B. Verwaltung, Polizei, etc.)	68	46 %	47	58 %	18	51 %	133	50 %
Senior/innen	46	31 %	29	36 %	14	40 %	89	34 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	38	26 %	22	27 %	13	37 %	73	28 %
LGBTI-Personen	36	24 %	12	15 %	10	29 %	58	22 %
Wirtschaftsakteur/innen (z.B. Unternehmen)	21	14 %	18	22 %	10	29 %	49	19 %
Sonstige	10	7 %	4	5 %	1	3 %	15	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 79: Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen

	(Eher) gut		(Eher) schlecht	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.) (n=204)	189	93 %	15	7 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.) (n=247)	199	81 %	48	19 %
Staatliche Akteur/innen (z.B. Verwaltung, Polizei etc.) (n=133)	91	68 %	42	32 %
Wirtschaftsakteur/innen (z.B. Unternehmen) (n=49)	6	12 %	43	88 %
Kinder (n=155)	109	70 %	46	30 %
Jugendliche (n=257)	206	80 %	51	20 %
Erwachsene (n=204)	168	82 %	36	18 %
Senior/innen (n=89)	43	48 %	46	52 %
Menschen mit Migrationshintergrund (n=202)	147	73 %	55	27 %
Asylsuchende/Geflüchtete (n=164)	116	71 %	48	29 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/ Behinderung (n=73)	23	32 %	50	69 %
LGBTI-Personen (n=58)	20	35 %	38	66 %
Sonstige (n=15)	8	53 %	7	47 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 80: Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Förderperiode: Häufigkeit/Anteil der „(eher) gut“-Nennungen

	IBK 1-2		IBK 3-4	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.) (n=204, davon 172 IBK 1-2 und 32 IBK 3-4)	165	96 %	24	75 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.) (n=247, davon 204 IBK 1-2 und 43 IBK 3-4)	176	86 %	23	54 %
Staatliche Akteur/innen (z.B. Verwaltung, Polizei etc.) (n=133, davon 114 IBK 1-2 und 19 IBK 3-4)	79	69 %	12	63 %
Wirtschaftsakteur/innen (z.B. Unternehmen) (n=49, davon 39 IBK 1-2 und 10 IBK 3-4)	4	10 %	2	20 %
Kinder (n=155, davon 125 IBK 1-2 und 30 IBK 3-4)	92	74 %	17	57 %
Jugendliche (n=257, davon 211 IBK 1-2 und 46 IBK 3-4)	177	84 %	29	63 %
Erwachsene (n=204, davon 167 IBK 1-2 und 37 IBK 3-4)	144	86 %	24	65 %
Senior/innen (n=89, davon 72 IBK 1-2 und 17 IBK 3-4)	35	49 %	8	47 %
Menschen mit Migrationshintergrund (n=202, davon 170 IBK 1-2 und 32 IBK 3-4)	129	76 %	18	56 %
Asylsuchende/Geflüchtete (n=164, davon 136 IBK 1-2 und 28 IBK 3-4)	105	77 %	11	39 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung (n=73, davon 60 IBK 1-2 und 13 IBK 3-4)	21	35 %	2	15 %
LGBTI-Personen (n=58, davon 49 IBK 1-2 und 9 IBK 3-4)	20	41 %	0	0 %
Sonstige (n=15, davon 11 IBK 1-2 und 4 IBK 3-4)	7	64 %	1	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 81: Vorhandensein eines Konzepts für eine integrierte Handlungsstrategie bei den Partnerschaften für Demokratie des vierten Interessenbekundungsverfahrens

	Absolut	In Prozent
In unserer Partnerschaft für Demokratie wurde bereits ein Konzept für eine integrierte Handlungsstrategie entwickelt.	1	3 %
In unserer Partnerschaft für Demokratie wurde noch kein Konzept für eine integrierte Handlungsstrategie entwickelt.	31	97 %
Gesamt	32	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des vierten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=32).

Tabelle 82: Bereiche, in denen durch die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt werden

	Absolut	In Prozent
Demokratiedistanz	32	100 %
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	30	94 %
Rechtsextremismus	22	69 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	19	59 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	14	44 %
Homo- und Transfeindlichkeit	9	28 %
Antisemitismus	8	25 %
Antiziganismus	4	13 %
Linke Militanz	2	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des vierten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=32). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 83: Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der integrierten Handlungsstrategie kam es zu einer umfassenden Neuausrichtung unserer Partnerschaft für Demokratie.	21	9 %
Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der integrierten Handlungsstrategie kam es nicht zu einer umfassenden Neuausrichtung unserer Partnerschaft für Demokratie.	211	91 %
Gesamt	232	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=232). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 84: Gründe für die Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Angestiegener Problemdruck in bisher nicht bearbeiteten Arbeitsschwerpunkten	7	33 %
Geringerer Problemdruck im Bereich der bisherigen Arbeitsschwerpunkte bzw. bereits erzielte Erfolge bei deren Bearbeitung durch die Partnerschaft für Demokratie	6	29 %
Neue Akteur/innen beteiligten sich an der Partnerschaft für Demokratie	4	19 %
Wechsel des Trägers bei der Koordinierungs- und Fachstelle	4	19 %
Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der ursprünglichen Arbeitsschwerpunkte	3	14 %
Andere Akteur/innen im Themenfeld bearbeiten/übernehmen bisherige Arbeitsschwerpunkte	3	14 %
Veränderungen in der Akteurslandschaft in der Förderregion	3	14 %
Neue ggf. auch überregionale Konzepte/Strategien	3	14 %
Steuernder Impuls aus Politik und/oder Verwaltung	2	10 %
Sonstiges	7	33 %
Kann ich nicht beurteilen	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017, die ihre Partnerschaft für Demokratie neu ausgerichtet haben (n=21). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 85: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Finanzierungsquelle

	Partnerschaften für Demokratie, die Projekte/Initiativen aus diesen Mitteln umsetzen		Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Minimum	Maximum	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil in Prozent an der Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
	Absolut	In Prozent					
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt	232	100 %	19	2	131	4.406	100 %
Davon aus Mitteln des Bundesprogramms	232	100 %	18	2	58	4.176	95 %
Davon aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds	232	100 %	13,1	2	54	3.050	69 %
Davon aus den Mitteln des Jugendfonds	197	85 %	3,3	0	17	766	17 %
Davon aus den Mitteln des Fonds für die Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching	131	57 %	1,6	0	11	360	8 %
Davon aus sonstigen Mitteln	31	13 %	1	0	74	230	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=232).

Tabelle 86: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Schwerpunkten

	Partnerschaften für Demokratie, die Projekte/Initiativen in diesem Themenfeld umsetzen		Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Minimum	Maximum	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil in Prozent an der Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
	Anzahl	In Prozent					
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt	232	100 %	19	2	131	4.406	100 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/ Geflüchtete	212	91 %	5,5	0	64	1.274	29 %
Demokratieförderung	189	82 %	4,6	0	31	1.057	24 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	115	50 %	3,2	0	39	731	17 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	133	57 %	1,8	0	17	410	9 %
Aktuelle Formen von Islam-/ Muslimfeindlichkeit	66	28 %	0,6	0	12	137	3 %
Diversity Mainstreaming	52	22 %	0,5	0	10	123	3 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	57	25 %	0,4	0	5	88	2 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/ Behinderung)	48	21 %	0,3	0	5	75	2 %
Homo- und Transfeindlichkeit	40	17 %	0,2	0	5	52	1 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	37	16 %	0,2	0	4	53	1 %
Gender Mainstreaming	32	14 %	0,2	0	4	45	1 %
Antiziganismus	16	7 %	0,1	0	2	19	0 %
Linke Militanz	0	0 %	0	0	0	0	0 %
Sonstiges	84	36 %	1,5	0	22	342	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=232).

Tabelle 87: Zielgruppen der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen

	Anzahl	In Prozent
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	206	89 %
Asylsuchende/Geflüchtete	202	87 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	197	85 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	193	83 %
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z.B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden, etc.)	188	81 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	186	80 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	180	78 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit, etc.)	176	76 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	176	76 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	150	65 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	142	61 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	141	61 %
Staatliche Akteur/innen (z.B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	97	42 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	72	31 %
Menschen mit Behinderung	59	25 %
Kinder in Kindertagesstätten	41	18 %
Sonstiges	7	3 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=232). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 88: Antragstellende der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen

	Absolut	In Prozent
Freier Träger der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie	128	55 %
Schulvereine/Fördervereine von Schulen	128	55 %
Sonstige Vereine (Tourismusvereine, Kulturvereine etc.)	124	53 %
Bildungs-/Qualifizierungsträger	114	49 %
Bürgerbündnisse, -initiativen zu programmrelevanten Themen	107	46 %
Jugendverbände	102	44 %
Einzelpersonen oder Gruppen ohne Vereinsstatus	88	38 %
Sportvereine/Sportverbände	84	36 %
Christliche Gemeinschaften	83	36 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	66	28 %
Wohlfahrtsverband	65	28 %
Kulturelle Einrichtungen (Museen, Theater usw.)	64	28 %
Netzwerke	52	22 %
Träger der kulturellen Jugendbildung (Kunstwerkstätten, Jugendkunstschulen u.ä.)	40	17 %
Schulen	31	13 %
Muslimische Gemeinschaften	29	13 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	25	11 %
Kindertagesstätten	21	9 %
Träger aus dem Bereich Rettungsdienste, Katastrophenschutz (Freiw. Feuerwehr, THW usw.)	21	9 %
LGBTI-(Selbst-)Organisationen	19	8 %
Asylsuchende/Geflüchtete und/oder deren Selbstvertretungen	17	7 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	12	5 %
Stiftungen	12	5 %
Jüdische Gemeinschaften	9	4 %
Gewerkschaften	6	3 %
Wirtschaftsverband	2	1 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	0	0 %
Sonstiges	27	12 %
Kann ich nicht beurteilen	1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=232). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 89: Anzahl der voraussichtlich im Jahr 2017 umgesetzten Demokratiekonferenzen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent								
0	1	1 %	0	0 %	0	0 %	2	6 %	3	1 %
1	107	63 %	24	52 %	9	60 %	28	88 %	168	64 %
2	57	33 %	21	46 %	5	33 %	1	3 %	84	32 %
3	6	4 %	1	2 %	0	0 %	1	3 %	8	3 %
4	0	0 %	0	0 %	1	7 %	0	0 %	1	0 %
Gesamt	171	100 %	46	100 %	15	100 %	32	100 %	264	100 %
Durchschnittliche Anzahl	1,4		1,5		1,5		1,0		1,4	

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 90: Umsetzung von Demokratiekonferenzen im Jahr 2017 differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
In unserer Partnerschaft für Demokratie wurde in diesem Jahr bereits eine Demokratiekonferenz umgesetzt.	93	43 %	8	17 %	101	38 %
In unserer Partnerschaft für Demokratie wurde in diesem Jahr noch keine Demokratiekonferenz umgesetzt.	124	57 %	39	83 %	163	62 %
Gesamt	217	100 %	47	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 91: Teilnehmer/innen bei der zuletzt durchgeführten Demokratiekonferenz differenziert nach Förderperiode

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
IBK 1-2 (n=93)	60,4	12	250	5615
IBK 3-4 (n=8)	47,3	25	120	378
Gesamt (n=101)	59,3	12	250	5993

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Tabelle 92: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteur/innen/Träger/Einrichtungen	20	20 %	44	44 %	26	26 %	6	6 %	5	5 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Verwaltung	12	12 %	35	35 %	31	31 %	16	16 %	7	7 %
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse	12	12 %	30	30 %	33	33 %	21	21 %	5	5 %
Breite Beteiligung Jugendlicher	13	13 %	25	25 %	29	29 %	25	25 %	9	9 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Politik	9	9 %	26	26 %	40	40 %	20	20 %	6	6 %
Breite Beteiligung von Bürger/innen	10	10 %	10	10 %	44	44 %	28	28 %	9	9 %
Beteiligung von Asylsuchenden/Geflüchteten	4	4 %	13	13 %	20	20 %	42	42 %	22	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Tabelle 93: Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort	30	30 %	43	43 %	18	18 %	8	8 %	2	2 %
Partizipative Entwicklung bzw. Fortschreibung eines Konzepts zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie	25	25 %	24	24 %	23	23 %	21	21 %	8	8 %
Erfolgreiche Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppe(n) zur Mitwirkung in der Partnerschaft für Demokratie	7	7 %	22	22 %	45	45 %	17	17 %	10	10 %
Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung	11	11 %	12	12 %	20	20 %	27	27 %	31	31 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Tabelle 94: Einschätzung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft für Demokratie

	n	Mittelwert
IBK 1	171	5,7
IBK 2	46	5,4
IBK 3	15	5,1
IBK 4	32	2,3
Gesamt	264	5,2

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („niedrig“) bis 10 („hoch“) berechnet.

Tabelle 95: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode

Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	171	79 %	22	47 %	193	73 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	7	3 %	0	0 %	7	3 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	15	7 %	0	0 %	15	6 %
Nein	24	11 %	25	53 %	49	19 %
Gesamt	217	100 %	47	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 96: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach regionaler Verortung

Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	120	77 %	61	66 %	12	80 %	193	73 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	3	2 %	4	4 %	0	0 %	7	3 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	9	6 %	4	4 %	2	13 %	15	6 %
Nein	24	15 %	24	26 %	1	7 %	49	19 %
Gesamt	156	100 %	93	100 %	15	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 97: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit

Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	120	81 %	51	63 %	22	63 %	193	73 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	2	1 %	5	6 %	0	0 %	7	3 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	4	3 %	7	9 %	4	11 %	15	6 %
Nein	22	15 %	18	22 %	9	26 %	49	19 %
Gesamt	148	100 %	81	100 %	35	100 %	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 98: Gründe, weshalb (noch) kein Jugendforum implementiert wurde

	Absolut	In Prozent
Implementierung des Jugendforums befindet sich noch in Vorbereitung/Planung	22	45 %
Probleme, Jugendliche dauerhaft für ein Engagement zu gewinnen	7	14 %
Räumliche Entfernung	6	12 %
Anknüpfung an bestehende Strukturen gestaltet sich schwierig / ist gescheitert (u.a. standen hier auch starre Vorgaben / Komplexität der Richtlinien und Fördervoraussetzungen im Wege (2 der 6 Nennungen))	6	12 %
Probleme beim Aufbau eines Jugendforums auf Kreisebene (fehlende Strukturen, fehlendes Interesse der Jugendlichen an einem kreisweiten Forum)	5	10 %
Fehlende anknüpfungsfähige Jugendbeteiligungsstrukturen im Fördergebiet	4	8 %
Fehlende zeitliche Ressourcen für eine intensive Unterstützung und Begleitung	3	6 %
Bewusste Entscheidung für einen sozialräumlichen Ansatz anstelle eines kreisweiten Jugendforums	2	4 %
In der Förderregion existiert bereits seit mehreren Jahren ein Kinder- und Jugendparlament	1	2 %
Überschneidungen zwischen den Bundesprogrammen „Demokratie leben!“ und „jugendgerechte Kommune“	1	2 %
Personalwechsel in der Koordinierungs- und Fachstelle	1	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die seit Beginn ihrer Förderung noch kein Jugendforum eingerichtet haben (n=49). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 99: Etablierungskontext des Jugendforums differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	75	60 %	49	84 %	23	88 %	147	71 %
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	49	40 %	9	16 %	3	12 %	61	29 %
Gesamt	124	100 %	58	100 %	26	100 %	208	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208).

Tabelle 100: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Stellvertretende Form	2	1 %	3	5 %	5	2 %
Repräsentative Form	19	13 %	28	46 %	47	23 %
Offene Form	93	63 %	22	36 %	115	55 %
Jugendverbandliche Form	12	8 %	3	5 %	15	7 %
Sonstiges	21	14 %	5	8 %	26	13 %
Gesamt	147	100 %	61	100 %	208	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208).

Tabelle 101: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Stellvertretende Form	4	3 %	0	0 %	1	4 %	5	2 %
Repräsentative Form	35	28 %	7	12 %	5	19 %	47	23 %
Offene Form	64	52 %	38	66 %	13	50 %	115	55 %
Jugendverbandliche Form	9	7 %	5	9 %	1	4 %	15	7 %
Sonstiges	12	10 %	8	14 %	6	23 %	26	13 %
Gesamt	124	100 %	58	100 %	26	100 %	208	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208)

Tabelle 102: Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Organisationsform

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus	Median	Summe
Stellvertretende Form	5	11,2	8	20	8	10	56
Repräsentative Form	47	23,6	2	250	12	15	1110
Offene Form	115	13,8	2	200	8	10	1590
Jugendverbandliche Form	15	16,2	5	50	15	14	243
Sonstiges	25	14,5	6	30	10	11	363
Gesamt	207	16,2	2	250	10	11	3362

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=207). Eine Partnerschaft für Demokratie mit etabliertem Jugendforum konnte keine Angaben machen.

Tabelle 103: Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Etablierungskontext

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	146	13,6	2	250	1986
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	61	22,6	4	200	1376
Gesamt	207	16,2	2	250	3362

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=207). Eine Partnerschaft für Demokratie mit etabliertem Jugendforum konnte keine Angaben machen.

Tabelle 104: Am stärksten vertretene Altersgruppe im Jugendforum

	Absolut	In Prozent
Kinder (unter 14 Jahre alt)	4	2 %
Jugendliche (zwischen 14 und unter 18 Jahren)	113	54 %
Heranwachsende (zwischen 18 und 21 Jahren)	71	34 %
Junge Erwachsene (zwischen 22 und unter 27 Jahren)	15	7 %
Kann ich nicht beurteilen	5	2 %
Gesamt	208	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208).

Tabelle 105: Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds

	Absolut	In Prozent
Ja	195	94 %
Nein	7	3 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	6	3 %
Gesamt	208	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208).

Tabelle 106: Vertretung von Jugendforen in konstituierten Begleitausschüssen mit etabliertem Jugendforum

	Absolut	In Prozent
Keine Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	41	21 %
Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	159	80 %
Gesamt	200	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum und konstituiertem Begleitausschuss (n=200).

Tabelle 107: Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss

	Absolut	In Prozent
Ja	150	94 %
Nein	9	6 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	0	0 %
Gesamt	159	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum, bei denen Vertreter/innen des Jugendforums im Begleitausschuss aktiv sind (n=159).

Tabelle 108: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses differenziert nach Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum

	Mit etabliertem Jugendforum (n=208)		Ohne etabliertes Jugendforum (n=56)		Gesamt (N=264)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Problemdefinition und Zielbestimmung	109	52 %	16	29 %	125	47 %
Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung	174	84 %	23	41 %	197	75 %
Beteiligung bei Entscheidungen	156	75 %	18	32 %	174	66 %
Beteiligung bei der Planung	136	65 %	16	29 %	152	58 %
Umsetzung - Engagement und Verantwortungsübernahme	135	65 %	19	34 %	154	58 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	21	10 %	31	55 %	52	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 109: Realisierte Jugendbeteiligung bei der Problemdefinition und Zielbestimmung differenziert nach dem Vorhandensein von Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss

	Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss		Keine Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	85	54 %	21	51 %	106	53 %
Nein	74	47 %	20	49 %	94	47 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum und konstituiertem Begleitausschuss (n=200).

Tabelle 110: Beteiligung von Jugendlichen bei der Problemdefinition und Zielbestimmung differenziert nach Förderperiode (Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum)

	IBK 1-2		IBK 3-4	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Beteiligung bei der Problemdefinition und Zielbestimmung	96	52 %	13	59 %
Keine Beteiligung bei der Problemdefinition und Zielbestimmung	90	48 %	9	41 %
Gesamt	186	100 %	22	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208).

Tabelle 111: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung

	Absolut	In Prozent
Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitliche begrenztes Engagement)	202	77 %
Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenengremien über den Begleitausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)	124	47 %
Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit	115	44 %
Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadtteilkonferenzen etc.)	84	32 %
Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung (z.B. Jugendförderpläne)	30	11 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	33	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 112: Schwerpunkte der aus dem Jugendfonds realisierten Projekte

	Absolut	In Prozent
Stärkung des Demokratieverständnisses und der lokalen politischen Partizipation	162	61 %
Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahraum	160	61 %
Förderung der Aufgeschlossenheit und des gleichberechtigten Miteinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen.	120	45 %
Abbau von Rassismus, Antisemitismus sowie Vorurteilen und Aufklärung über Menschenrechte	111	42 %
Stärkung des Engagements von Jugendlichen für Asylsuchende/Geflüchtete	92	35 %
Sonstiges	18	7 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	49	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 113: Zufriedenheit mit der Umsetzung des Jugendforums differenziert nach regionaler Verortung

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	138	5,9	1	10
Neue Bundesländer	89	5,7	1	10
Berlin	14	5,9	3	9
Gesamt	241	5,9	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=241). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“) berechnet. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 114: Zufriedenheit mit der Umsetzung des Jugendforums differenziert nach Verwaltungseinheit

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Kommune	133	6,2	1	10
Landkreis	76	5,5	1	10
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	32	5,4	2	10
Gesamt	241	5,9	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=241). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“) berechnet. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 115: Zufriedenheit mit der Umsetzung des Jugendforums differenziert nach strukturellen Voraussetzungen in der Förderregion

In unserer Förderregion gibt es...		n	Mittelwert	Minimum	Maximum
...vielfältige Angebote an Vereinen.	Teils/teils, trifft eher nicht zu, trifft gar nicht zu	45	5,0	1	10
	Trifft eher zu, trifft voll zu	196	6,0	1	10
...vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	Teils/teils, trifft eher nicht zu, trifft gar nicht zu	142	5,5	1	10
	Trifft eher zu, trifft voll zu	97	6,3	1	10
...vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	Teils/teils, trifft eher nicht zu, trifft gar nicht zu	148	5,6	1	10
	Trifft eher zu, trifft voll zu	91	6,4	1	10
...eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	Teils/teils, trifft eher nicht zu, trifft gar nicht zu	71	5,3	1	10
	Trifft eher zu, trifft voll zu	167	6,1	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 116: Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fach austausch (Länder-ebene)	218	83 %	22	8 %	24	9 %
Fortbildung	211	80 %	31	12 %	22	8 %
Fach austausch (Bundes-ebene)	176	67 %	45	17 %	43	16 %
Zertifizierte Weiterbildung	157	59 %	58	22 %	49	19 %
Handreichung	136	52 %	78	30 %	50	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 117: Unterstützungsbedarfe der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in (Anteile der „Ja“-Antworten)

	Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in							
	Bis zu einem Jahr (n=47)		Bis zu zwei Jahren (n=48)		Mehr als zwei bis zu fünf Jahre (n=92)		Fünf Jahre oder mehr (n=68)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Handreichung	25	53 %	27	56 %	47	51 %	35	51 %
Zertifizierte Weiterbildung	28	60 %	32	67 %	55	60 %	38	56 %
Fach austausch (Bundes-ebene)	26	55 %	32	67 %	63	69 %	53	78 %
Fortbildung	34	72 %	37	77 %	77	84 %	58	85 %
Fach austausch (Länder-ebene)	36	77 %	40	83 %	79	86 %	59	87 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=255). In neun Fällen ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

Tabelle 118: Unterstützungsbedarf seitens der Programmakteur/innen

	Absolut	In Prozent
Keine (weitere) Unterstützung benötigt	10	4 %
(Weitere) Unterstützung benötigt	254	96 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 119: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern, differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2 (n=208)		IBK 3-4 (n=46)		Gesamt (n=254)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	100	48 %	24	52 %	124	49 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteur/innen	99	48 %	22	48 %	121	48 %
(Fort-)Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	84	40 %	26	57 %	110	43 %
(Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit	89	43 %	18	39 %	107	42 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	88	42 %	16	35 %	104	41 %
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	75	36 %	17	37 %	92	36 %
Bestandsaufnahme von Konzepten, Maßnahmen etc. im Umgang mit aktuellen Problemlagen vor Ort (Ressourcenanalyse)	68	33 %	16	35 %	84	33 %
Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen	62	30 %	19	41 %	81	32 %
Analyse aktueller Problemlagen vor Ort (Situationsanalyse)	58	28 %	21	46 %	79	31 %
Umgang mit Hate Speech in sozialen Medien	67	32 %	12	26 %	79	31 %
Umgang mit einem polarisierten öffentlichen Diskurs	65	31 %	13	28 %	78	31 %
Präzisierung des Aufgabenprofils der Koordinierungs- und Fachstelle	53	25 %	18	39 %	71	28 %
Kofinanzierung	44	21 %	11	24 %	55	22 %
Projektmanagement	36	17 %	14	30 %	50	20 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	42	20 %	8	17 %	50	20 %
Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	37	18 %	7	15 %	44	17 %
Umgang mit der Bedrohung engagierter Akteur/innen	34	16 %	10	22 %	44	17 %
Auseinandersetzungen zwischen zugewanderten Gruppen	36	17 %	8	17 %	44	17 %
Netzwerkarbeit	32	15 %	10	22 %	42	17 %
Umgang mit Parlamentsanfragen	25	12 %	3	7 %	28	11 %
Sonstiges	9	4 %	4	9 %	13	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen 2017 (n=254). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 120: Begleitung durch Coach im Jahr 2017

	Absolut	In Prozent
Ja	119	45 %
Nein	114	43 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	31	12 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 121: Begleitung durch einen Coach differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4	
	Absolut	In Prozent						
Ja	78	46 %	27	59 %	7	46 %	7	22 %
Nein	80	47 %	17	37 %	5	33 %	12	38 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	13	8 %	2	4 %	3	20 %	13	41 %
Gesamt	171	100 %	46	100 %	15	100 %	32	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 122: Bereiche der Unterstützung durch einen Coach

	Absolut	In Prozent
Einrichtung und Reflexion der Beteiligungsstrukturen und Prozesse vor Ort (z.B. Begleitausschüsse, Demokratiekonferenzen)	88	74 %
Klärung der Aufgabenstellungen und Zuständigkeiten von Begleitausschuss, Koordinierungs- und Fachstelle, federführendem Amt sowie Jugendforum	83	70 %
Entwicklung und Reflexion des strategischen Handelns von Begleitausschuss und ggf. Jugendforum	80	67 %
Beratung zur nachhaltigen Verankerung der Ziele, Themen und Verfahren der Partnerschaft für Demokratie in Verwaltungsbereichen/politischen Gremien vor Ort	70	59 %
Beratung bei der Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit	46	39 %
Information über den Nutzen von Ergebnissicherung (Selbst-)Reflexion und Evaluation	43	36 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteur/innen	37	31 %
Beratung zum Thema Kofinanzierung	17	14 %
Beratung zur Umsetzung von Gender-, Diversity-Mainstreaming und Inklusion	13	11 %
Sonstiges	9	8 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	5	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die durch einen Coach begleitet werden (n=119). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 123: Gründe für die Inanspruchnahme des Coachings

	Anzahl	In Prozent
Der Wunsch nach inhaltlicher (Fort-)Entwicklung	93	78 %
Der Wunsch strukturelle Anpassungsprozesse zu reflektieren	66	56 %
Der Wunsch Ergebnisse zu reflektieren	60	50 %
Der Wunsch Konflikte/Reibungsverluste zu beseitigen	37	31 %
Sonstiges	15	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die durch einen Coach begleitet werden (n=119). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 124: Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
IBK 1-2	217	6,9	1	10
IBK 3-4	47	6,0	1	10
Gesamt	264	6,8	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“) berechnet.

Tabelle 125: Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Wir setzen bereits eine Strategie um, die ausreichend ist.	27	10 %	23	9 %	19	7 %
Wir setzen zwar eine Strategie um, es muss jedoch noch mehr getan werden.	32	12 %	35	13 %	34	13 %
Hierzu wird gerade eine Strategie entwickelt.	20	8 %	28	11 %	28	11 %
Wir setzen die Leitlinien ohne eine spezifische Strategie um.	170	64 %	163	62 %	158	60 %
Die Umsetzung der Leitprinzipien spielt für uns derzeit keine Rolle.	15	6 %	15	6 %	25	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 126: Umsetzung der GDI-Leitprinzipien

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Berücksichtigung der Leitprinzipien bei der Projektauswahl	198	75 %	196	74 %	171	65 %
Einbindung relevanter Akteur/innen (z.B. Gender-, Integration-, Behindertenbeauftragte) bei der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie	127	48 %	132	50 %	99	38 %
Qualifizierung/Beratung der ProgrammAkteur/innen (z.B. Projektträger) zur Umsetzung der Leitprinzipien	116	44 %	127	48 %	98	37 %
Gezielte Förderung von Projekten mit einem Fokus auf die Leitprinzipien	107	41 %	119	45 %	95	36 %
Sonstiges	9	3 %	8	3 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 127: Zielgruppenspezifische Projekte/Initiativen im Jahr 2016

Widmeten sich die im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen explizit an genderspezifische Zielgruppen?	Absolut	In Prozent
Ja, und zwar ausschließlich an Jungen/Männer	12	5 %
Ja, und zwar ausschließlich an Mädchen/Frauen	45	19 %
Ja, und zwar ausschließlich an LGBTI-Personen	16	7 %
Nein, keines der geförderten Projekte hat eine explizit genderspezifische Ausrichtung	171	74 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=232). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“.

Tabelle 128: Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Akteursgruppe in der Förderregion für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
220	83 %	4	2 %	40	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Ja“-Angaben finden sich diejenigen Befragten, die für mindestens eine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmelden. Die „Nein“-Angaben umfassen die Befragten, die für alle Akteursgruppen explizit angeben, dass es keine Situation der Anfeindung und Bedrohung gab. Die „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben enthalten somit jene Befragte, die mindestens für eine Akteursgruppe „Kann ich nicht beurteilen“ angeben, aber für keine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmelden.

Tabelle 129: Mindestens eine wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung in der Förderregion bzgl. der Akteursgruppen Geflüchtete, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung oder Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
213	81 %	10	4 %	41	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Ja“-Angaben finden sich diejenigen Befragten, die für mindestens eine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmelden. Die „Nein“-Angaben umfassen die Befragten, die für alle Akteursgruppen explizit angeben, dass es keine Situation der Anfeindung und Bedrohung gab. Die „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben enthalten somit jene Befragte, die mindestens für eine Akteursgruppe „Kann ich nicht beurteilen“ angeben, aber für keine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmelden.

Tabelle 130: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (IBK 1-2)

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	135	62 %	46	21 %	36	17 %
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	163	75 %	14	7 %	40	18 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	93	43 %	69	32 %	55	25 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	33	15 %	180	83 %	4	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=217) des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens.

Tabelle 131: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	78	30 %	117	44 %	16	6 %	53	20 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	73	28 %	104	39 %	18	7 %	69	26 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	50	19 %	111	42 %	53	20 %	50	19 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	9 %	85	32 %	76	29 %	78	30 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	20	8 %	75	28 %	62	23 %	107	41 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	9	3 %	40	15 %	65	25 %	150	57 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	8	3 %	30	11 %	205	78 %	21	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Für die Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung addieren sich die Werte für die Kategorien „Ja, wiederholt“ und „Ja, in Einzelfällen“ auf 41 %, im Text ist jedoch die Zahl 42 % genannt. Die Abweichung ergibt sich durch Rundungen (der Wert für „Ja, wiederholt“ beträgt ungerundet 9,47, der für „Ja, in Einzelfällen“ 32,20), also dem Rundungsergebnis vor oder nach der Addition.

Tabelle 132: Einschätzung der Koordinator/innen zu islam- bzw. muslimfeindlichen Anfeindungen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

In dem Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 wurden in unserer Förderregion...	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
...Menschen Opfer von islam- bzw. muslimfeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	66	37 %	74	42 %	5	3 %	32	18 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die angeben, dass Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n=177).

Tabelle 133: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen differenziert nach Förderdauer und Betroffenheit im Vorjahr für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Absolut	In Prozent
Partnerschaften für Demokratie des 1. und 2. IBK	33	87 %
Davon schon im Vorjahr betroffen	16	42 %
Davon noch nicht im Vorjahr betroffen	17	45 %
Partnerschaften für Demokratie des 3. und 4. IBK	5	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Anfeindungen gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle berichten (n=38).

Tabelle 134: Einschätzung der Koordinator/innen zu rechtsextremen Gruppierungen und/oder Organisationen und mit populistischen Positionen sympathisierende Personen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Absolut	In Prozent
Sowohl rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen als auch mit populistischen Parteien sympathisierende Personen sind in der Förderregion aktiv.	158	60 %
Weder rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen noch mit populistischen Parteien sympathisierende Personen sind in der Förderregion aktiv.	13	5 %
Nur eine der beiden Gruppen ist in der Förderregion aktiv.	35	13 %
Kann ich nicht beurteilen.	58	22 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich alle Befragten, die bei mindestens einer der beiden Gruppen „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben.

Tabelle 135: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	29	19 %	73	47 %	14	9 %	40	26 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	32	21 %	65	42 %	12	8 %	47	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	22	14 %	59	38 %	43	28 %	32	21 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	12	8 %	40	26 %	56	36 %	48	31 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	5	3 %	37	24 %	47	30 %	67	43 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	4 %	19	12 %	42	27 %	89	57 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	5	3 %	18	12 %	116	74 %	17	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 136: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	37	40 %	42	45 %	2	2 %	12	13 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	30	32 %	35	38 %	6	6 %	22	24 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	20	22 %	47	51 %	9	10 %	17	18 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	10	11 %	38	41 %	17	18 %	28	30 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	13	14 %	31	33 %	14	15 %	35	38 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	3 %	18	19 %	18	19 %	54	58 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	3 %	10	11 %	76	82 %	4	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 137: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	12	80 %	2	13 %	0	0 %	1	7 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	73 %	4	27 %	0	0 %	0	0 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	8	53 %	5	33 %	1	7 %	1	7 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	20 %	7	47 %	3	20 %	2	13 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	2	13 %	7	47 %	1	7 %	5	33 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	0	0 %	3	20 %	5	33 %	7	47 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	0	0 %	2	13 %	13	87 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 in Berlin (n=15).

Tabelle 138: Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	62	23 %	49	19 %	153	58 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	0	0 %	237	90 %	27	10 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	3	1 %	133	50 %	128	48 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen	16	6 %	116	44 %	132	50 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	29	11 %	57	22 %	178	67 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Körperverletzungen. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Körperverletzungen gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 139: Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	111	42 %	33	13 %	120	45 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	27	10 %	213	81 %	24	9 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	75	28 %	88	33 %	101	38 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen	106	40 %	64	24 %	94	36 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	73	28 %	37	14 %	154	58 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 140: Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	126	48 %	28	11 %	110	42 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	24	9 %	212	80 %	28	11 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	74	28 %	86	33 %	104	39 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen	98	37 %	67	25 %	99	38 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	97	37 %	32	12 %	135	51 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Straftaten gegen die Ehre. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Straftaten gegen die Ehre gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 141: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Anschläge auf Wohnunterkünfte für Asylsuchende/Ge-flüchtete	14	5 %	56	21 %	142	54 %	52	20 %
Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (z.B. Parteibüros, Rathäuser)	10	4 %	44	17 %	162	61 %	48	18 %
Anschläge auf Gedenkstätten bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen	5	2 %	45	17 %	140	53 %	74	28 %
Anschläge auf soziale und kulturelle Einrichtungen (z.B. Jugend- und Kulturvereine, einschlägige Ausstellungen)	5	2 %	40	15 %	157	59 %	62	23 %
Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kultu- rellen und geschlechtsidenti- tätsbezogenen Minderheiten sind (z.B. jüdische Bildungs- einrichtungen, Einrichtungen von Migrant/ innenorganisationen)	4	2 %	21	8 %	153	58 %	86	33 %
Das Eigentum von Organisa- tionen, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demo- kratie unmittelbar beteiligt sind, vorsätzlich beschädigt oder zerstört (z.B. Koordinie- rungs- und Fachstelle, Träger von Projekten)	4	2 %	23	9 %	196	74 %	41	16 %
Anschläge auf Sakralbauten (z.B. Synagogen, Moscheen, Tempel) und/oder Begräbnis- stätten von religiösen Minderheiten	1	0 %	28	11 %	163	62 %	72	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 142: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Anschläge auf Wohnunterkünfte für Asylsuchende/Geächtete	3	2 %	25	16 %	95	61 %	33	21 %
Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (z.B. Parteibüros, Rathäuser)	2	1 %	12	8 %	118	76 %	24	15 %
Anschläge auf Gedenkstätten bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen.	0	0 %	25	16 %	87	56 %	44	28 %
Anschläge auf soziale und kulturelle Einrichtungen (z.B. Jugend- und Kulturvereine, einschlägige Ausstellungen)	1	1 %	14	9 %	107	69 %	34	22 %
Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind (z.B. jüdische Bildungseinrichtungen, Einrichtungen von Migrant/innenorganisationen)	1	1 %	13	8 %	94	60 %	48	31 %
Das Eigentum von Organisationen, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie unmittelbar beteiligt sind, vorsätzlich beschädigt oder zerstört (z.B. Koordinierungs- und Fachstelle, Träger von Projekten)	2	1 %	7	4 %	127	81 %	20	13 %
Anschläge auf Sakralbauten (z.B. Synagogen, Moscheen, Tempel) und/oder Begräbnisstätten von religiösen Minderheiten	0	0 %	19	12 %	97	62 %	40	26 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 143: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Anschläge auf Wohnunterkünfte für Asylsuchende/Ge-flüchtete	6	6 %	26	28 %	43	46 %	18	19 %
Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (z.B. Parteibüros, Rathäuser)	7	8 %	30	32 %	37	40 %	19	20 %
Anschläge auf Gedenkstätten bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen	4	4 %	16	17 %	48	52 %	25	27 %
Anschläge auf soziale und kulturelle Einrichtungen (z.B. Jugend- und Kulturvereine, einschlägige Ausstellungen)	4	4 %	23	25 %	44	47 %	22	24 %
Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind (z.B. jüdische Bildungseinrichtungen, Einrichtungen von Migrant/innenorganisationen)	3	3 %	8	9 %	53	57 %	29	31 %
Das Eigentum von Organisationen, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie unmittelbar beteiligt sind, vorsätzlich beschädigt oder zerstört (z.B. Koordinierungs- und Fachstelle, Träger von Projekten)	2	2 %	14	15 %	60	65 %	17	18 %
Anschläge auf Sakralbauten (z.B. Synagogen, Moscheen, Tempel) und/oder Begräbnisstätten von religiösen Minderheiten	1	1 %	7	8 %	59	63 %	26	28 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 144: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Anschläge auf Wohnunterkünfte für Asylsuchende/Ge-flüchtete	5	33 %	5	33 %	4	27 %	1	7 %
Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (z.B. Parteibüros, Rathäuser)	1	7 %	2	13 %	7	47 %	5	33 %
Anschläge auf Gedenkstätten bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen	1	7 %	4	27 %	5	33 %	5	33 %
Anschläge auf soziale und kulturelle Einrichtungen (z.B. Jugend- und Kulturvereine, einschlägige Ausstellungen)	0	0 %	3	20 %	6	40 %	6	40 %
Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind (z.B. jüdische Bildungseinrichtungen, Einrichtungen von Migrant/innenorganisationen)	0	0 %	0	0 %	6	40 %	9	60 %
Das Eigentum von Organisationen, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie unmittelbar beteiligt sind, vorsätzlich beschädigt oder zerstört (z.B. Koordinierungs- und Fachstelle, Träger von Projekten)	0	0 %	2	13 %	9	60 %	4	27 %
Anschläge auf Sakralbauten (z.B. Synagogen, Moscheen, Tempel) und/oder Begräbnisstätten von religiösen Minderheiten	0	0 %	2	13 %	7	47 %	6	40 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Berlin (n=15).

Tabelle 145: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen in ihrer Förderregion, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind, im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja		Nein	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Einrichtungen in muslimischer Trägerschaft bzw. in muslimischem Besitz	14	56 %	11	44 %
Einrichtungen in jüdischer Trägerschaft bzw. in jüdischem Besitz	6	24 %	19	76 %
Einrichtungen in sonstiger Trägerschaft	5	20 %	20	80 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 die angegeben haben, dass Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen oder geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind, verübt wurden (n=25).

Tabelle 146: Zusammenarbeit mit Beratungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus	121	55 %	88	40 %	11	5 %
Mit Beratungen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt	77	35 %	130	59 %	13	6 %
Mit mindestens einer der Beratungsstellen	130	59 %	82	37 %	8	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten (n=220).

Tabelle 147: Zusammenarbeit mit Opferberatungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Partnerschaften für Demokratie in Bundesländern, in denen es erst seit Kurzem eine Beratungsstelle gibt)

Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
19	25 %	53	69 %	5	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten und in Bundesländern verortet sind, in denen es erst seit Kurzem eine Beratungsstelle gibt (Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) (n=77).

Tabelle 148: Zusammenarbeit mit Opferberatungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Partnerschaften für Demokratie in Bundesländern, in denen es bereits seit längerem eine Beratungsstelle gibt)

Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
58	41 %	77	54 %	8	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten und in Bundesländern verortet sind, in denen es bereits seit Längerem eine Beratungsstelle gibt (Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) (n=143).

Tabelle 149: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	111	42 %	99	38 %	18	7 %	36	14 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	102	39 %	88	33 %	27	10 %	47	18 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	86	33 %	105	40 %	30	11 %	43	16 %
Heterosexismus	35	13 %	67	25 %	61	23 %	101	38 %
Antisemitismus	31	12 %	90	34 %	69	26 %	74	28 %
Antifeminismus	28	11 %	50	19 %	75	28 %	111	42 %
Islamischer Fundamentalismus	17	6 %	51	19 %	91	34 %	105	40 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 150: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	52	33 %	66	42 %	14	9 %	24	15 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	48	31 %	56	36 %	23	15 %	29	19 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	47	30 %	65	42 %	22	14 %	22	14 %
Heterosexismus	14	9 %	41	26 %	40	26 %	61	39 %
Antisemitismus	16	10 %	47	30 %	49	31 %	44	28 %
Antifeminismus	13	8 %	27	17 %	51	33 %	65	42 %
Islamischer Fundamentalismus	13	8 %	37	24 %	46	29 %	60	38 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 151: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	48	52 %	31	33 %	3	3 %	11	12 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	43	46 %	31	33 %	3	3 %	16	17 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	29	31 %	37	40 %	7	8 %	20	22 %
Heterosexismus	13	14 %	24	26 %	19	20 %	37	40 %
Antisemitismus	7	8 %	41	44 %	18	19 %	27	29 %
Antifeminismus	7	8 %	21	23 %	22	24 %	43	46 %
Islamischer Fundamentalismus	1	1 %	12	13 %	38	41 %	42	45 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 152: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	11	73 %	2	13 %	1	7 %	1	7 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	11	73 %	1	7 %	1	7 %	2	13 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	10	67 %	3	20 %	1	7 %	1	7 %
Heterosexismus	8	53 %	2	13 %	2	13 %	3	20 %
Antisemitismus	8	53 %	2	13 %	2	13 %	3	20 %
Antifeminismus	8	53 %	2	13 %	2	13 %	3	20 %
Islamischer Fundamentalismus	3	20 %	2	13 %	7	47 %	3	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Berlin (n=15).

Tabelle 153: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Integrationsfördernde Migrant/innen-communities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	168	64 %	68	26 %	14	5 %	14	5 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	168	64 %	74	28 %	16	6 %	6	2 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter/innen des gesamten politischen Spektrums	123	47 %	93	35 %	21	8 %	27	10 %
Themenkompetente und engagierte Akteur/innen aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	90	34 %	111	42 %	22	8 %	41	16 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant/innen(selbst)organisationen	87	33 %	79	30 %	71	27 %	27	10 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteur/innen aus Kultur und/oder Wirtschaft	83	31 %	115	44 %	29	11 %	37	14 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z.B. Pfadfinder, Punks, Skater)	63	24 %	122	46 %	37	14 %	42	16 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter/innen	57	22 %	91	34 %	50	19 %	66	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 154: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	107	41 %	89	34 %	42	16 %	26	10 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	87	33 %	105	40 %	26	10 %	46	17 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	73	28 %	68	26 %	86	33 %	37	14 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	42	16 %	65	25 %	81	31 %	76	29 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	9	3 %	36	14 %	131	50 %	88	33 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	4	2 %	48	18 %	140	53 %	72	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 155: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	57	39 %	43	29 %	32	22 %	16	11 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	46	31 %	61	41 %	15	10 %	26	18 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	39	26 %	37	25 %	56	38 %	16	11 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	20	14 %	37	25 %	46	31 %	45	30 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	6	4 %	24	16 %	67	45 %	51	34 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	2	1 %	30	20 %	71	48 %	45	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 156: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	36	44 %	32	40 %	8	10 %	5	6 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	30	37 %	29	36 %	7	9 %	15	19 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	25	31 %	23	28 %	17	21 %	16	20 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	16	20 %	22	27 %	22	27 %	21	26 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	3	4 %	7	9 %	47	58 %	24	30 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	1 %	10	12 %	51	63 %	19	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Landkreisen (n=81).

Tabelle 157: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	14	40 %	14	40 %	2	6 %	5	14 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	11	31 %	15	43 %	4	11 %	5	14 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	9	26 %	8	23 %	13	37 %	5	14 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	17 %	6	17 %	13	37 %	10	29 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	5	14 %	17	49 %	13	37 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	3 %	8	23 %	18	51 %	8	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=35).

Tabelle 158: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	55	35 %	49	31 %	32	21 %	20	13 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	40	26 %	68	44 %	16	10 %	32	21 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	30	19 %	35	22 %	64	41 %	27	17 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	16	10 %	38	24 %	51	33 %	51	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	8	5 %	29	19 %	63	40 %	56	36 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	3	2 %	27	17 %	84	54 %	42	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 159: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	44	47 %	36	39 %	8	9 %	5	5 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	41	44 %	31	33 %	9	10 %	12	13 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	37	40 %	29	31 %	17	18 %	10	11 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	21	23 %	24	26 %	28	30 %	20	22 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	4	4 %	59	63 %	30	32 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	0	0 %	20	22 %	50	54 %	23	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 160: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	8	53 %	4	27 %	2	13 %	1	7 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	6	40 %	6	40 %	1	7 %	2	13 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	6	40 %	4	27 %	5	33 %	0	0 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	5	33 %	3	20 %	2	13 %	5	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	7 %	3	20 %	9	60 %	2	13 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	7 %	1	7 %	6	40 %	7	47 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Berlin (n=15).

Tabelle 161: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise in den alten Bundesländern)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	18	46 %	15	39 %	2	5 %	4	10 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	12	31 %	16	41 %	3	8 %	8	21 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	8	21 %	9	23 %	11	28 %	11	28 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	15 %	14	36 %	7	18 %	12	31 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	3	8 %	5	13 %	13	33 %	18	46 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	3 %	5	13 %	21	54 %	12	31 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Landkreisen in den alten Bundesländern (n=39).

Tabelle 162: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise in den neuen Bundesländern)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	18	43 %	17	41 %	6	14 %	1	2 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	18	43 %	13	31 %	4	10 %	7	17 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	17	41 %	14	33 %	6	14 %	5	12 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	10	24 %	8	19 %	15	36 %	9	21 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	2	5 %	34	81 %	6	14 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	0	0 %	5	12 %	30	71 %	7	17 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Landkreisen in den neuen Bundesländern (n=42).

Tabelle 163: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	163	62 %	86	33 %	8	3 %	7	3 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	123	47 %	100	38 %	16	6 %	25	9 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	117	44 %	100	38 %	24	9 %	23	9 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	68	26 %	111	42 %	68	26 %	17	6 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	61	23 %	128	48 %	49	19 %	26	10 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	48	18 %	113	43 %	51	19 %	52	20 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	32	12 %	70	27 %	81	31 %	81	31 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	27	10 %	65	25 %	64	24 %	108	41 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	22	8 %	59	22 %	96	36 %	87	33 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 164: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Hate Speech im Netz	117	44 %	79	30 %	15	6 %	53	20 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	83	31 %	108	41 %	41	16 %	32	12 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	62	23 %	78	30 %	105	40 %	19	7 %
Zusammenschluss zu-wanderungskritischer Akteur/innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	31	12 %	62	23 %	105	40 %	66	25 %
Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	22	8 %	97	37 %	91	34 %	54	20 %
Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z.B. Konzerte, Feste)	21	8 %	54	20 %	110	42 %	79	30 %
Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	0	0 %	21	8 %	229	87 %	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 165: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
1. IBK (n=171)	14	8 %	154	90 %	3	2 %
2. IBK (n=46)	4	9 %	42	91 %	0	0 %
3. IBK (n=15)	3	20 %	12	80 %	0	0 %
4. IBK (n=32)	0	0 %	21	66 %	11	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 166: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	13	62 %
Neue Bundesländer	7	33 %
Berlin	1	5 %
Gesamt	21	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die eine gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit ihrer Partnerschaft für Demokratie wahrgenommen haben (n=21).

Tabelle 167: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	98	66 %	42	28 %	5	3 %	3	2 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	77	52 %	53	36 %	7	5 %	11	7 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	69	47 %	54	36 %	12	8 %	13	9 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	44	30 %	58	39 %	36	24 %	10	7 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	43	29 %	64	43 %	28	19 %	13	9 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	36	24 %	62	42 %	19	13 %	31	21 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	19	13 %	44	30 %	36	24 %	49	33 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	18	12 %	41	28 %	34	23 %	55	37 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	13	9 %	36	24 %	54	36 %	45	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 168: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	47	58 %	30	37 %	2	2 %	2	2 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	32	40 %	34	42 %	6	7 %	9	11 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	34	42 %	32	40 %	7	9 %	8	10 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	18	22 %	35	43 %	22	27 %	6	7 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	13	16 %	43	53 %	15	19 %	10	12 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	10	12 %	34	42 %	20	25 %	17	21 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	9	11 %	19	23 %	29	36 %	24	30 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	7	9 %	15	19 %	18	22 %	41	51 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	4	5 %	18	22 %	27	33 %	32	40 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Landkreisen (n=81).

Tabelle 169: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	18	51 %	14	40 %	1	3 %	2	6 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	14	40 %	13	37 %	3	9 %	5	14 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	14	40 %	14	40 %	5	14 %	2	6 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	6	17 %	18	51 %	10	29 %	1	3 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	5	14 %	21	60 %	6	17 %	3	9 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	2	6 %	17	49 %	12	34 %	4	11 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	4	11 %	7	20 %	16	46 %	8	23 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	2	6 %	9	26 %	12	34 %	12	34 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	5	14 %	5	14 %	15	43 %	10	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=35).

Tabelle 170: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	128	48 %	104	39 %	14	5 %	7	3 %	11	4 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	80	30 %	94	36 %	21	8 %	4	2 %	65	25 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	70	27 %	89	34 %	43	16 %	9	3 %	53	20 %
Relevante Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen informiert und nehmen diese ernst.	69	26 %	128	48 %	28	11 %	3	1 %	36	14 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	57	22 %	115	44 %	44	17 %	6	2 %	42	16 %

Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	55	21 %	88	33 %	25	9 %	5	2 %	91	34 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	53	20 %	124	47 %	46	17 %	3	1 %	38	14 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	47	18 %	115	44 %	29	11 %	4	2 %	69	26 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter/innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	45	17 %	60	23 %	25	9 %	9	3 %	125	47 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	43	16 %	135	51 %	60	23 %	10	4 %	16	6 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	42	16 %	96	36 %	58	22 %	16	6 %	52	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 171: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	44	17 %	133	50 %	53	20 %	19	7 %	15	6 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	32	12 %	105	40 %	91	34 %	13	5 %	23	9 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	15	6 %	78	30 %	104	39 %	44	17 %	23	9 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	14	5 %	72	27 %	108	41 %	46	17 %	24	9 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	12	5 %	75	28 %	98	37 %	44	17 %	35	13 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	9	3 %	33	13 %	85	32 %	112	42 %	25	9 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	7	3 %	46	17 %	90	34 %	37	14 %	84	32 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	2	1 %	28	11 %	101	38 %	105	40 %	28	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 172: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	21	13 %	71	46 %	38	24 %	18	12 %	8	5 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	16	10 %	59	38 %	57	37 %	10	6 %	14	9 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	6	4 %	33	21 %	71	46 %	34	22 %	12	8 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	8	5 %	31	20 %	62	40 %	41	26 %	14	9 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	5	3 %	32	21 %	64	41 %	33	21 %	22	14 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	4	3 %	13	8 %	34	22 %	90	58 %	15	10 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	5	3 %	20	13 %	53	34 %	31	20 %	47	30 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	2	1 %	7	4 %	49	31 %	80	51 %	18	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 173: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	20	22 %	51	55 %	14	15 %	1	1 %	7	8 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	15	16 %	37	40 %	31	33 %	3	3 %	7	8 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	9	10 %	40	43 %	29	31 %	7	8 %	8	9 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	5	5 %	33	35 %	42	45 %	5	5 %	8	9 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	7	8 %	37	40 %	29	31 %	10	11 %	10	11 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	4	4 %	17	18 %	46	49 %	19	20 %	7	8 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	2	2 %	20	22 %	33	35 %	5	5 %	33	35 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	0	0 %	18	19 %	46	49 %	20	22 %	9	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 174: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (Berlin)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	3	20 %	11	73 %	1	7 %	0	0 %	0	0 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	1	7 %	9	60 %	3	20 %	0	0 %	2	13 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	0	0 %	5	33 %	4	27 %	3	20 %	3	20 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	1	7 %	8	53 %	4	27 %	0	0 %	2	13 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	0	0 %	6	40 %	5	33 %	1	7 %	3	20 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	1	7 %	3	20 %	5	33 %	3	20 %	3	20 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	0	0 %	6	40 %	4	27 %	1	7 %	4	27 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	0	0 %	3	20 %	6	40 %	5	33 %	1	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Berlin (n=15).

Tabelle 175: Passung der Handlungsdimensionen auf die Strategien der Partnerschaften für Demokratie

Ziele	Handlungs-dimension	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver. (n=47)	Strategie der dem. Er-munterung (n=18)	Strategie der dem. Gegenwehr (n=12)	Strategie der pluralen Gemein-schaft (n=68)	Strategie der Förde-rung dem. Bürgertugenden (n=59)
Förderung ges. Teilhabe	Partizipation	3,3	3,2	2,8	3,2	3,6
	Integration	3,1	2,3	1,9	2,9	3,3
Verdeutli-chung norma-tiver Grenzen	Stigmatisierung	2,9	1,5	2,8	2,5	2,8
	Sensibilisierung	3,6	2,3	3,3	2,9	3,6
Stärkung dem. Grund-werte	Anerkennung der Demokratie als politische und ges. Ordnung	2,9	2,6	2,4	3,0	3,6
	Anerkennung so-zialer Konventionen	3,0	2,7	2,4	3,0	3,6
Erhöhung personaler Kompetenzen	Wissensvermitt-lung	3,1	2,8	3,0	3,0	3,6
	Sozialisation	3,5	2,4	3,1	2,8	3,8

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204). Mittelwerte: 1=„trifft gar nicht zu“ bis „4=trifft voll zu“.

Tabelle 176: Passung der Handlungselemente auf die Strategien der Partnerschaften für Demokratie

Handlungselemente	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver. (n=47)	Strategie der dem. Ermunterung (n=18)	Strategie der dem. Gegenwehr (n=12)	Strategie der pluralen Gemeinschaft (n=68)	Strategie der Förderung dem. Bürgertugenden (n=59)
über das Jugendforum hinaus demokratische Beteiligungsstrukturen schaffen bzw. erweitern (z.B. Beteiligungsprojekte, Infos zu Netzwerken und Aktionen usw.).	3,2	3,2	2,4	3,2	3,5
vorhandene Beteiligungs- bzw. Engagementmöglichkeiten bekannt machen.	3,3	3,2	3,3	3,3	3,6
die Beteiligungschancen von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen und ihren Organisationen am gesellschaftlichen Leben erhöhen (z. B. Selbstorganisationen aktivieren, interkulturelle Öffnung von Diensten, Barrierefreiheit usw.).	3,1	2,5	1,8	3,0	3,3
Minderheiten bzw. benachteiligte Gruppen gezielt dazu befähigen, selbstständig ihre Interessen zu vertreten (z.B. nötige Informationen vermitteln).	3,2	2,1	1,6	3,0	3,2
einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen leisten (z.B. von geflüchteten oder asylsuchenden Menschen, LGTBI-Menschen etc.).	3,0	2,4	2,3	2,8	3,2
lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen (z.B. ...) identifizieren und öffentlich problematisieren.	3,3	1,7	3,3	2,6	3,0
die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren (z.B. Demonstrationsverbote erwirken, Mustermietverträge erarbeiten).	2,6	1,3	2,3	2,4	2,6
die gesellschaftlichen Folgen von demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen öffentlich kritisch thematisieren.	3,6	2,3	2,9	3,0	3,6
sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs (z.B. Stolpersteine, Demonstrationen etc.) im öffentlichen Raum setzen.	3,5	2,3	3,7	2,9	3,5

Handlungselemente	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver. (n=47)	Strategie der dem. Ermunterung (n=18)	Strategie der dem. Gegenwehr (n=12)	Strategie der pluralen Gemeinschaft (n=68)	Strategie der Förderung dem. Bürgertugenden (n=59)
aktiv das demokratische System und seine Vorzüge (Volksouveränität, Wahlfreiheit usw.) thematisieren.	2,9	2,7	2,2	3,1	3,6
das Vertrauen gegenüber demokratischen Institutionen, Akteur/innen und Verfahren durch positive Signale/Vorbilder/Erlebnisse stärken (z.B. Demokratiespaziergänge).	2,7	2,4	1,8	2,9	3,5
die Bekanntheit und Akzeptanz der Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens fördern.	3,1	2,8	3,2	3,1	3,7
den konstruktiven Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar machen und über Verstöße aufklären (z.B. hate-speech).	3,3	2,5	3,0	2,9	3,8
die Bekanntheit und Akzeptanz gesellschaftlicher Werte gezielt bei Menschen mit Migrationshintergrund stärken.	2,7	2,7	1,6	2,9	3,4
Entscheidungsträger/innen und Meinungsführer/innen zu Achtsamkeit und Engagement motivieren.	3,1	2,8	2,7	3,1	3,6
Wissen über Minderheiten (Kulturen, Religionen, Lebenswelten etc.) vermitteln.	3,2	3,2	2,9	3,2	3,7
Wissen zu historischen Zusammenhängen vermitteln.	3,0	2,7	3,0	2,9	3,5
Kenntnisse vermitteln und Informationen bereitstellen, die zur Ausübung bürgerschaftlichen Engagements benötigt werden (z.B. bzgl. rechtlicher Grundlagen, Projektmanagement etc.).	3,1	2,5	3,2	2,9	3,5
kritische Reflexionsfähigkeit und Kompetenzen zur Positionierung gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit bzw. Formen des Extremismus schulen und einüben.	3,7	2,4	3,5	2,8	3,7
Zivilcourage fördern und Konfliktlösungsstrategien einüben.	3,5	2,6	3,0	2,8	3,8
Kompetenzen zur bürgerschaftlichen Mündigkeit und Selbstbestimmung vermitteln.	3,2	2,2	2,3	2,9	3,8
Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlich eingestellten Personen vermitteln.	3,4	2,6	3,4	2,8	3,7

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204). Mittelwerte: 1=„trifft gar nicht zu“ bis „4=trifft voll zu“.

Tabelle 177: Regionale Verortung differenziert nach Strategie

	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver.		Strategie der dem. Ermunterung		Strategie der dem. Gegenwehr		Strategie der pluralen Gemeinschaft		Strategie der Förderung dem. Bürger-tugenden		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
West	28	60 %	7	39 %	9	75 %	34	50 %	33	56 %	111	54 %
Ost	13	28 %	10	56 %	3	25 %	33	49 %	20	34 %	79	39 %
Berlin	6	13 %	1	6 %	0	0 %	1	2 %	6	10 %	14	7 %
Gesamt	47	100 %	18	100 %	12	100 %	68	100 %	59	100 %	204	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204).

Tabelle 178: Förderkulisse differenziert nach Strategien

	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver.		Strategie der dem. Ermunterung		Strategie der dem. Gegenwehr		Strategie der pluralen Gemeinschaft		Strategie der Förderung dem. Bürger-tugenden		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	28	60 %	8	44 %	6	50 %	32	47 %	36	61 %	110	54 %
Landkreis	12	26 %	8	44 %	4	33 %	29	43 %	16	27 %	69	34 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	7	15 %	2	11 %	2	17 %	7	10 %	7	12 %	25	12 %
Gesamt	47	100 %	18	100 %	12	100 %	68	100 %	59	100 %	204	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204).

Tabelle 179: Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung, differenziert nach Strategien

In unserer Förderregion gibt es ...	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver. (n=47)	Strategie der dem. Ermunterung (n=18)	Strategie der dem. Gegengewehr (n=12)	Strategie der pluralen Gemeinschaft (n=68)	Strategie der Förderung dem. Bürgertugenden (n=59)	Gesamt (n=204)
...vielfältige Angebote an Vereinen.	4,3	3,9	4,3	4,2	4,4	4,2
...vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	3,2	2,7	3,0	3,2	3,4	3,2
...vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	3,0	2,9	2,8	3,3	3,2	3,1
...eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	4,0	3,7	3,5	3,8	3,7	3,8
...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/ oder Bürgerinitiativen.	3,8	3,4	4,3	3,8	4,0	3,8
...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen.	3,4	2,8	3,8	3,3	3,5	3,4
...eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/ Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	3,2	3,1	4,2	3,5	3,5	3,4

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204). Mittelwerte: 1=„trifft gar nicht zu“ bis „5=trifft voll zu“ oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 180: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet in den Jahren 2015 und oder 2016

... wurden zivilgesellschaftliche Akteur/innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.			Ja	Nein	Kann ich nicht beurteilen	Gesamt
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver.	(n=47)	Absolut	33	7	7	47
		In Prozent	70 %	15 %	15 %	100 %
Strategie der dem. Ermunterung	(n=18)	Absolut	9	5	4	18
		In Prozent	50 %	28 %	22 %	100 %
Strategie der dem. Gegenwehr	(n=12)	Absolut	9	1	2	12
		In Prozent	75 %	8 %	17 %	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	(n=68)	Absolut	42	12	14	68
		In Prozent	62 %	18 %	21 %	100 %
Strategie der Förderung dem. Bürgertugenden	(n=59)	Absolut	34	13	12	59
		In Prozent	58 %	22 %	20 %	100 %
Gesamt	(n=204)	Absolut	127	38	39	204
		In Prozent	62 %	19 %	19 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204).

Tabelle 181: Zielgruppen, welche die Partnerschaften schwerpunktmäßig erreichen möchten, differenziert nach Strategie

Zielgruppen	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver.		Strategie der dem. Ermunterung		Strategie der dem. Gegenwehr		Strategie der pluralen Gemeinschaft		Strategie der Förderung dem. Bürger-tugenden	
	(n=47)		(n=18)		(n=12)		(n=68)		(n=59)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen, etc.)	35	75 %	15	83 %	5	42 %	49	72 %	49	83 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen, etc.)	43	92 %	18	100 %	11	92 %	66	97 %	57	97 %
Staatliche Akteur/innen (z.B. Verwaltung, Polizei, etc.)	25	53 %	11	61 %	4	33 %	32	47 %	40	68 %
WirtschaftsAkteur/innen (z.B. Unternehmen)	11	23 %	4	22 %	0	0 %	15	22 %	16	27 %
Kinder	26	55 %	11	61 %	5	42 %	45	66 %	42	71 %
Jugendliche	44	94 %	17	94 %	12	100 %	66	97 %	58	98 %
Erwachsene	38	81 %	12	67 %	10	83 %	60	88 %	49	83 %
Senior/innen	12	26 %	5	28 %	2	17 %	29	43 %	18	31 %
Menschen mit Migrationshintergrund	36	77 %	12	67 %	7	58 %	53	78 %	51	86 %
Asylsuchende/Geflüchtete	27	57 %	14	78 %	6	50 %	49	72 %	49	83 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	11	23 %	3	17 %	1	8 %	21	31 %	16	27 %
LGBTI-Personen	8	17 %	2	11 %	1	8 %	8	12 %	12	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204). Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 182: Bereiche, in denen die Partnerschaften durch ihre Arbeit Verbesserungen bzw. Fortschritte anstreben, differenziert nach Strategie

Bereich	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver.		Strategie der dem. Ermunterung		Strategie der dem. Gegenwehr		Strategie der pluralen Gemeinschaft		Strategie der Förderung dem. Bürger-tugenden	
	(n=47)		(n=18)		(n=12)		(n=68)		(n=59)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	47	100 %	17	94 %	12	100 %	60	88 %	56	95 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	31	66 %	7	39 %	5	42 %	36	53 %	38	64 %
Antisemitismus	12	26 %	3	17 %	7	58 %	20	29 %	26	44 %
Antiziganismus	8	17 %	2	11 %	2	17 %	8	12 %	14	24 %
Homo- und Transfeindlichkeit	10	21 %	4	22 %	2	17 %	16	24 %	22	37 %
Demokratiedistanz	38	81 %	15	83 %	10	83 %	57	84 %	53	90 %
Linke Militanz	0	0 %	1	6 %	1	8 %	3	4 %	0	0 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	12	26 %	2	11 %	2	17 %	20	29 %	25	42 %
Rechtsextremismus	40	85 %	10	56 %	12	100 %	52	77 %	44	75 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204). Mehrfachnennungen möglich.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform	3
Abbildung 2:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	6
Abbildung 3:	Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle bei freien Trägern	7
Abbildung 4:	Anteile der verschiedenen Akteursgruppen an allen Mitgliedern in den Begleitausschüssen	9
Abbildung 5:	In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen	10
Abbildung 6:	Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen	12
Abbildung 7:	Formen von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss	13
Abbildung 8:	Quellen der Komplementärförderung	16
Abbildung 9:	Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es...“	19
Abbildung 10:	Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials: „In unserer Förderregion gibt es...“	20
Abbildung 11:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie	24
Abbildung 12:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung	28
Abbildung 13:	Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie	29
Abbildung 14:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen	34
Abbildung 15:	Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen	35
Abbildung 16:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode	36
Abbildung 17:	Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	37
Abbildung 18:	Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext	38
Abbildung 19:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses differenziert nach Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum	40

Abbildung 20:	Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung	41
Abbildung 21:	Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte	42
Abbildung 22:	Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	43
Abbildung 23:	Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern	44
Abbildung 24:	Begleitung durch einen Coach differenziert nach Förderperiode	45
Abbildung 25:	Bereiche der Unterstützung durch einen Coach	46
Abbildung 26:	Gründe für die Inanspruchnahme des Coachings	47
Abbildung 27:	Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien	48
Abbildung 28:	Umsetzung der GDI-Leitprinzipien	49
Abbildung 29:	Zielgruppenspezifische Projekte/Initiativen im Jahr 2016	49
Abbildung 30:	Beurteilung der Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion	50
Abbildung 31:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	52
Abbildung 32:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 differenziert nach regionaler Verortung	54
Abbildung 33:	Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	55
Abbildung 34:	Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	56
Abbildung 35:	Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	56
Abbildung 36:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	57
Abbildung 37:	Zusammenarbeit mit Beratungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	58
Abbildung 38:	Zusammenarbeit mit Opferberatungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 differenziert nach	

	Bundesländern, in denen es bereits seit längerem bzw. erst seit Kurzem eine Opferberatungsstelle gibt	59
Abbildung 39:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	60
Abbildung 40:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	61
Abbildung 41:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen und demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	63
Abbildung 42:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf und Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	65

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode	67
Tabelle 2:	Verwaltungsform der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode	67
Tabelle 3:	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform	68
Tabelle 4:	Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Förderperiode	68
Tabelle 5:	Verbindliche Planung einer externen Koordinierungs- und Fachstelle	68
Tabelle 6:	Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	69
Tabelle 7:	Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	69
Tabelle 8:	Ansiedlung der nicht-externen Koordinierungs- und Fachstellen in den Verwaltungsstrukturen	70
Tabelle 9:	Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie	70
Tabelle 10:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle	70
Tabelle 11:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle	71
Tabelle 12:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit geteilter Koordinierungs- und Fachstelle	71
Tabelle 13:	Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle bei freien Trägern differenziert nach Verwaltungsform und Förderperiode	72
Tabelle 14:	Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in differenziert nach Förderperiode	73
Tabelle 15:	Konstituierung eines Begleitausschusses differenziert nach Förderperiode	73
Tabelle 16:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteurs- gruppen	74
Tabelle 17:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteurs- gruppen (IBK 1-2)	74

Tabelle 18:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteurs- gruppen (IBK 3-4)	75
Tabelle 19:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich professioneller zivilgesellschaftlicher Akteur/innen	76
Tabelle 20:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteur/innen	77
Tabelle 21:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich staatlicher/ politischer Akteur/innen	77
Tabelle 22:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich der Wirtschaftsakteur/innen	78
Tabelle 23:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich Mitarbeiter/ innen der Koordinierungs- und Fachstelle	78
Tabelle 24:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	78
Tabelle 25:	In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen differenziert nach Förderperiode	79
Tabelle 26:	Gründe für das Fehlen von Migrant/innen(selbst)organisationen im Begleitausschuss	80
Tabelle 27:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personen- gruppen	81
Tabelle 28:	Vertretung verschiedener Parteien im Begleitausschuss	82
Tabelle 29:	Personen, Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschüssen vertreten sind	83
Tabelle 30:	Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen	84
Tabelle 31:	Ermüdungserscheinungen in Begleitausschüssen	85
Tabelle 32:	Formen von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss (BgA)	85
Tabelle 33:	Vorschläge zur Aufrechterhaltung des Engagements der Beteiligten in Begleitausschüssen mit Ermüdungserscheinungen	86
Tabelle 34:	Bedarf einer strukturellen Neuausrichtung des Begleitausschusses differenziert nach dem Vorhandensein von Ermüdungserscheinungen	86
Tabelle 35:	Gründe für Aufrechterhaltung des Engagements in den Begleitausschüssen ohne Ermüdungserscheinungen	87
Tabelle 36:	Budget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2017	88
Tabelle 37:	Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2017	88

Tabelle 38:	Zusammensetzung des Budgets der Partnerschaften für Demokratie mit einem Gesamtbudget in Höhe von 105.000 €	89
Tabelle 39:	Höhe der Drittmittel im Budget der Partnerschaften für Demokratie	89
Tabelle 40:	Höhe der Drittmittel im Budget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode	89
Tabelle 41:	Quellen der Komplementärförderung differenziert nach Förderperiode	90
Tabelle 42:	Anzahl an Partnerschaften für Demokratie, die Landesmittel erhalten, differenziert nach Bundesländern	91
Tabelle 43:	Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	91
Tabelle 44:	Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit	92
Tabelle 45:	Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit und regionaler Verortung	92
Tabelle 46:	Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für die externe Koordinierungs- und Fachstelle	92
Tabelle 47:	Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für den Aktions-/Initiativfonds	93
Tabelle 48:	Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für den Jugendfonds	93
Tabelle 49:	Mittel des Programms „Demokratie leben!“ für die Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit	93
Tabelle 50:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es...“	94
Tabelle 51:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Förderperiode	95
Tabelle 52:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach regionaler Verortung	96
Tabelle 53:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Verwaltungseinheit	97
Tabelle 54:	Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials: „In unserer Förderregion gibt es...“ (Gesamt)	98
Tabelle 55:	Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials: „In unserer Förderregion gibt es...“ (IBK 1-2)	99
Tabelle 56:	Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials: „In unserer Förderregion gibt es...“ (IBK 3-4)	100

Tabelle 57:	Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie	101
Tabelle 58:	Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements differenziert nach Verwaltungseinheit der Partnerschaften für Demokratie	101
Tabelle 59:	Ursachen für den Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements	102
Tabelle 60:	Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie	102
Tabelle 61:	Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach Verwaltungsform und regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie	103
Tabelle 62:	Vertretung von Migrant/innen(selbst)organisationen im Begleitausschuss in Förderregionen, in denen diese Organisationen vorhanden sind	103
Tabelle 63:	Auftreten von Migrant/innen(selbst)organisationen als Antragstellende von Projekten im Jahr 2016 in Förderregionen, in denen diese Organisationen vorhanden sind	104
Tabelle 64:	Umsetzung weiterer bundesgeförderter Programme in der Förderregion	104
Tabelle 65:	Vorhandensein eines Kriminalpräventiven Rats bzw. eines Präventionsrats	105
Tabelle 66:	Zusammenarbeit mit dem Kriminalpräventiven Rat bzw. dem Präventionsrat seit dem Jahr 2015	105
Tabelle 67:	Zusammenarbeit mit ausgewählten Landesstrukturen und anderen (Programm)Akteur/innen	105
Tabelle 68:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie	106
Tabelle 69:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Förderperiode	106
Tabelle 70:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden, differenziert nach prioritären Handlungsbedarfen (Spaltenprozente)	107
Tabelle 71:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung	109
Tabelle 72:	Anzahl der von den Partnerschaften für Demokratie benannten Arbeitsschwerpunkte	110
Tabelle 73:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden differenziert nach Förderperiode	111

Tabelle 74:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden differenziert nach Verwaltungseinheit	112
Tabelle 75:	Gründe dafür, dass „islamistische Orientierungen und Handlungen“ keinen Arbeitsschwerpunkt darstellen	113
Tabelle 76:	Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie	114
Tabelle 77:	Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen differenziert nach regionaler Verortung	115
Tabelle 78:	Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen differenziert nach Verwaltungseinheit	116
Tabelle 79:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen	117
Tabelle 80:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Förderperiode: Häufigkeit/Anteil der „(eher) gut“-Nennungen	118
Tabelle 81:	Vorhandensein eines Konzepts für eine integrierte Handlungsstrategie bei den Partnerschaften für Demokratie des vierten Interessenbekundungsverfahrens	119
Tabelle 82:	Bereiche, in denen durch die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt werden	119
Tabelle 83:	Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie	119
Tabelle 84:	Gründe für die Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie	120
Tabelle 85:	Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Finanzierungsquelle	121
Tabelle 86:	Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Schwerpunkten	122
Tabelle 87:	Zielgruppen der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen	123
Tabelle 88:	Antragstellende der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen	124
Tabelle 89:	Anzahl der voraussichtlich im Jahr 2017 umgesetzten Demokratiekonferenzen differenziert nach Förderperiode	125
Tabelle 90:	Umsetzung von Demokratiekonferenzen im Jahr 2017 differenziert nach Förderperiode	125
Tabelle 91:	Teilnehmer/innen bei der zuletzt durchgeführten Demokratiekonferenz differenziert nach Förderperiode	126
Tabelle 92:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen	126

Tabelle 93:	Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen	127
Tabelle 94:	Einschätzung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft für Demokratie	127
Tabelle 95:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode	128
Tabelle 96:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach regionaler Verortung	128
Tabelle 97:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	129
Tabelle 98:	Gründe, weshalb (noch) kein Jugendforum implementiert wurde	130
Tabelle 99:	Etablierungskontext des Jugendforums differenziert nach Verwaltungseinheit	131
Tabelle 100:	Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext	131
Tabelle 101:	Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	132
Tabelle 102:	Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Organisationsform	132
Tabelle 103:	Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Etablierungskontext	133
Tabelle 104:	Am stärksten vertretene Altersgruppe im Jugendforum	133
Tabelle 105:	Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds	133
Tabelle 106:	Vertretung von Jugendforen in konstituierten Begleitausschüssen mit etabliertem Jugendforum	134
Tabelle 107:	Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	134
Tabelle 108:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses differenziert nach Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum	135
Tabelle 109:	Realisierte Jugendbeteiligung bei der Problemdefinition und Zielbestimmung differenziert nach dem Vorhandensein von Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	135
Tabelle 110:	Beteiligung von Jugendlichen bei der Problemdefinition und Zielbestimmung differenziert nach Förderperiode (Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum)	136
Tabelle 111:	Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung	136

Tabelle 112:	Schwerpunkte der aus dem Jugendfonds realisierten Projekte	137
Tabelle 113:	Zufriedenheit mit der Umsetzung des Jugendforums differenziert nach regionaler Verortung	137
Tabelle 114:	Zufriedenheit mit der Umsetzung des Jugendforums differenziert nach Verwaltungseinheit	138
Tabelle 115:	Zufriedenheit mit der Umsetzung des Jugendforums differenziert nach strukturellen Voraussetzungen in der Förderregion	138
Tabelle 116:	Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	139
Tabelle 117:	Unterstützungsbedarfe der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in (Anteile der „Ja“-Antworten)	139
Tabelle 118:	Unterstützungsbedarf seitens der Programmakteur/innen	140
Tabelle 119:	Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern, differenziert nach Förderperiode	141
Tabelle 120:	Begleitung durch Coach im Jahr 2017	142
Tabelle 121:	Begleitung durch einen Coach differenziert nach Förderperiode	142
Tabelle 122:	Bereiche der Unterstützung durch einen Coach	143
Tabelle 123:	Gründe für die Inanspruchnahme des Coachings	143
Tabelle 124:	Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Förderperiode	144
Tabelle 125:	Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien	144
Tabelle 126:	Umsetzung der GDI-Leitprinzipien	145
Tabelle 127:	Zielgruppenspezifische Projekte/Initiativen im Jahr 2016	145
Tabelle 128:	Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Akteursgruppe in der Förderregion für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	146
Tabelle 129:	Mindestens eine wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung in der Förderregion bzgl. der Akteursgruppen Geflüchtete, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung oder Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	146
Tabelle 130:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (IBK 1-2)	147

Tabelle 131:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	148
Tabelle 132:	Einschätzung der Koordinator/innen zu islam- bzw. muslimfeindlichen Anfeindungen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	149
Tabelle 133:	Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen differenziert nach Förderdauer und Betroffenheit im Vorjahr für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	149
Tabelle 134:	Einschätzung der Koordinator/innen zu rechtsextremen Gruppierungen und/oder Organisationen und mit populistischen Positionen sympathisierende Personen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	150
Tabelle 135:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (alte Bundesländer)	151
Tabelle 136:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (neue Bundesländer)	152
Tabelle 137:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (Berlin)	153
Tabelle 138:	Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	154
Tabelle 139:	Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	154
Tabelle 140:	Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	155
Tabelle 141:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	156
Tabelle 142:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)	157

Tabelle 143:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)	158
Tabelle 144:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)	159
Tabelle 145:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen in ihrer Förderregion, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind, im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	160
Tabelle 146:	Zusammenarbeit mit Beratungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	160
Tabelle 147:	Zusammenarbeit mit Opferberatungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Partnerschaften für Demokratie in Bundesländern, in denen es erst seit Kurzem eine Beratungsstelle gibt)	161
Tabelle 148:	Zusammenarbeit mit Opferberatungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Partnerschaften für Demokratie in Bundesländern, in denen es bereits seit längerem eine Beratungsstelle gibt)	161
Tabelle 149:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	162
Tabelle 150:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)	162
Tabelle 151:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)	163
Tabelle 152:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)	163

Tabelle 153:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	164
Tabelle 154:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	165
Tabelle 155:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Kommunen)	166
Tabelle 156:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise)	167
Tabelle 157:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	168
Tabelle 158:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)	169
Tabelle 159:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)	170
Tabelle 160:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)	171
Tabelle 161:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise in den alten Bundesländern)	172
Tabelle 162:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise in den neuen Bundesländern)	173

Tabelle 163:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	174
Tabelle 164:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	175
Tabelle 165:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode	176
Tabelle 166:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	176
Tabelle 167:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Kommunen)	177
Tabelle 168:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise)	178
Tabelle 169:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	179
Tabelle 170:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	180
Tabelle 171:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	182
Tabelle 172:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (alte Bundesländer)	184
Tabelle 173:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (neue Bundesländer)	185
Tabelle 174:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (Berlin)	187
Tabelle 175:	Passung der Handlungsdimensionen auf die Strategien der Partnerschaften für Demokratie	188

Tabelle 176:	Passung der Handlungselemente auf die Strategien der Partnerschaften für Demokratie	189
Tabelle 177:	Regionale Verortung differenziert nach Strategie	191
Tabelle 178:	Förderkulisse differenziert nach Strategien	191
Tabelle 179:	Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung, differenziert nach Strategien	192
Tabelle 180:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet in den Jahren 2015 und oder 2016	193
Tabelle 181:	Zielgruppen, welche die Partnerschaften schwerpunktmäßig erreichen möchten, differenziert nach Strategie	194
Tabelle 182:	Bereiche, in denen die Partnerschaften durch ihre Arbeit Verbesserungen bzw. Fortschritte anstreben, differenziert nach Strategie	195



Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e.V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

